

Erlebnisse und Gespräche mit Bismarck





Adolf von Scholz

Staatsminister Adolf von Scholz

Erlebnisse und Gespräche mit Bismarck

Herausgegeben

von

Wilhelm von Scholz



J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

Stuttgart und Berlin 1922



1.—5. Tausend

Vorwort

Mein jetzt achtundachtzigjähriger Vater hat mich mit der Herausgabe dieses Buches betraut. Wennschon er in körperlicher und geistiger Frische, die ein Erbteil seines Vaters ist, seine früheren Aufzeichnungen, die Urkunden, Dokumente, wichtigen Briefe, die er aus der Zeit seiner amtlichen Tätigkeit unter dem Fürsten Bismarck besitzt, erst jetzt zusammenstellte, selbst redigierte, ergänzte und mit klarer Handschrift den verbindenden Text dazu schrieb, ermüdete sein Auge doch zu sehr bei dieser Arbeit, als daß er für die Aufgabe der technischen Druckfertigmachung, der genauen Anordnung von Text und Anmerkungen, der Abschriftenvergleichung und schließlich der Korrektur nicht eine Hilfe gebraucht hätte. Diese Arbeit, diese Hilfe habe ich geleistet — nicht mehr. Da alles Inhaltliche von meinem Vater vollständig fertiggemacht war und für den, der ihm bei seinen „Erlebnissen und Gesprächen mit Bismarck" helfend zur Seite trat, nicht etwa politisch-geschichtliche Kenntnis, wissenschaftliche Vertrautheit mit dem Stoff, sondern nur sichere Übung mit dem Handwerkszeug des Schriftstellers gefordert wurde, so

konnte und durfte ich die mir gewordene Aufgabe übernehmen, ja so war ich der nächste dazu.

Daß ich bei dieser geringfügigen Mitarbeit als Herausgeber zeichne, geschieht auf Wunsch meines Vaters. Er will mich damit auszeichnen, aus väterlicher Liebe auch meinen Namen mit seinem Buche verbinden. Aber er will auch, wenn er jetzt, nach über dreißigjähriger Ruhe von den Saatsgeschäften, nachdem die schwersten Schicksale das Reich betroffen haben, an dessen innerem Ausbau er mitgeschaffen hat, nach Niederlage und Umsturz, aus seiner streng gehüteten völligen Zurückgezogenheit noch einmal an die Öffentlichkeit hervortritt, gewissermaßen nur durch einen Mittler noch sprechen. Er hatte, ehe die großen Umwälzungen und Veränderungen in unserem Staatsleben kamen, seinen Besitz an Aufzeichnungen, Briefen und Urkunden nur für seine Familie bestimmt und jede spätere Veröffentlichung abgelehnt. Nun, da die Lage, aus der heraus er zu dieser Ablehnung kam, sich so völlig geändert hat, daß sein Buch nur noch als eine Erinnerung an eine große versunkene Vergangenheit erscheint, entschloß er sich wohl, das Buch zu schreiben und zu veröffentlichen. Aber die alte Scheu vor dem Heraustreten ist doch noch groß genug, daß er es von der Hand seines Sohnes herausgegeben wünscht.

Stuttgart, im Dezember 1921.

Wilhelm von Scholz.

Erst in meinem 88. Lebensjahre, als ältester Bürger der Stadt Konstanz — was mir durch eine stiftungsgemäße Widmung edelsten Weines aus der städtischen Kellerei bekannt wurde — habe ich mich infolge wiederholter Anregungen meines lieben Sohnes entschlossen, meine Erlebnisse mit Bismarck, wie sie in meiner Erinnerung geblieben und in sorgsam aufbewahrten Personalakten vorhanden waren, zu einem kleinen Buch für mich und die Meinigen zusammenzufassen. Aber mein Sohn bat um mehr; nicht bloß für uns möge ich das Buch schaffen, sondern für Alle! Auch hierzu habe ich mich dann entschlossen, die Aufgabe jedoch schwieriger gefunden, als ich glaubte. So ist das Buch langsamer fertig geworden, und kann doch vielleicht hier und da noch eines Irrtums überführt werden. —

Gegenüber dem ganz allgemein bekannten Lebenslauf des Fürsten Otto von Bismarck glaube ich wenigstens in aller Kürze auch meinen Lebenslauf bis zu der Zeit, wo die gemeinsamen Erlebnisse begannen, den Lesern dieses Buches mitteilen zu sollen, damit sie mir überhaupt erst einige Anteilnahme widmen und dann den weiteren Inhalt des Buches leichter verstehen und beurteilen können. —

Am 1. November 1833 in Schweidnitz als zweiter Sohn des nachmaligen Geheimen Sanitätsrates Dr. von Scholz geboren und daselbst erzogen, durfte ich zu Ostern 1851 nach Berlin gehen, um dort jura zu

studieren und zugleich beim Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiment unter für meinen Vater besonders wertvoller Aufsicht als Einjährigfreiwilliger meiner militärischen Dienstpflicht zu genügen. Letzteres gefiel mir so sehr, daß ich das Studium aufgeben und Offizier werden wollte, — den damaligen Prinz von Preußen hatte ich da zuerst gesehen und bewundern gelernt. Bei einem erwünschten Regiment als Junker angenommen zu werden, gelang mir nicht, und zur Entschädigung durfte ich die schöne Universität Bonn am Rhein beziehen, wo ich trotz aller Freuden und Genüsse doch auch wirklich studierte, von Ernst Moritz Arndt noch persönlich tief beeinflußt, von Boecking für die Rechtswissenschaft ganz gewonnen wurde, und — wie ich heut schmerzlich bekenne, ein herrliches Jahr am schönen deutschen Rhein zubrachte. Nach Berlin zurückgekehrt, hatte ich das wirklich große Glück, dem Lehrer des Preußischen Staats- und Privatrechts, dem gefeierten Geheimen Justizrat Professor Dr. Heydemann näher bekannt, ja befreundet zu werden und allmählich in ein dauerndes, fast brüderliches Verhältnis zu ihm zu kommen, das mir immer wertvoller und für meine weitere Laufbahn geradezu entscheidend wurde. Seinem Unterricht verdankte ich zunächst ein glückliches Assessorexamen; meine fünf Mitexaminanden bestanden nicht! es war also doch wohl ein recht schweres Examen. Nach kurzer praktischer Beschäftigung beim heimatlichen Kreisgericht und dem Berliner Stadt-

gericht wurde ich auf Heydemanns Empfehlung zur Vertretung des als Landtags-Abgeordneter beurlaubten Justitiarius der Danziger Regierung dorthin gesandt, wo ich die Verwaltung und die Verwaltung mich schätzen lernte, so daß beide nicht mehr von einander scheiden wollten. Der Regierungs-Präsident beurteilte mich so günstig, daß er mir bei der Heimkehr des Abgeordneten die Verwaltung des gerade herrenlosen Landratsamtes in Danzig anvertrauen wollte, was jedoch die Herrn Ressortminister nicht genehmigten, weil sie einen Regierungs-Assessor doch für unbedingt geeigneter dazu erachteten als den Gerichts-Assessor. Ich wurde daher als Justitiarius zur Regierung in Oppeln versetzt und erlaube mir das amtliche Abschiedsschreiben vom 31. August 1860 hierunter abdrucken zu lassen* — nicht etwa zu meiner Ehrung, sondern um dem unvergleichlich wohlwollenden und für seine Untergebenen immer wahrhaft besorgten Herrn Regierungs-Präsidenten von Blumenthal, den ich noch die Freude

---

* Da ich in diesen Tagen auf längere Zeit zu verreisen beabsichtige und Euer Wohlgeboren Abgang von hier nahe bevorsteht, so kann ich nicht umhin, es hiermit gegen Sie auszusprechen, wie sehr ich es bedaure, daß der Königlichen Regierung durch Ihr Ausscheiden ein so begabter, fleißiger, kenntnißreicher und sorgfältiger Mitarbeiter entzogen wird. Meine innigen Wünsche für Ihr Wohlergehen werden Sie in Ihr neues Dienstverhältniß begleiten. — Abschrift dieses Schreibens habe ich dem Königlichen Regierungs-Präsidium in Oppeln mitgetheilt.

Danzig, den 31. August 1860.

Der Regierungs-Präsident v. Blumenthal.

hatte als Gast in Berlin bei mir im Finanzministerium zu sehen, ein kleines Denkmal der Dankbarkeit zu setzen. —

Als Regierungs-Assessor, was ich bald geworden war, wurde ich dann nach Breslau versetzt und hier zu meiner großen Freude nach Herrn von Keudells Abgang zu Bismarck mit der Funktion als Oberpräsidialrat betraut. Ein schöneres Dienstverhältnis als dies hier bei dem von aller Welt hochverehrten und geliebten Oberpräsidenten Freiherrn von Schleinitz konnte ich mir gar nicht wünschen, aber ich mußte aus mancherlei Gründen doch wieder nach Berlin streben, und dort wurde ich auch bald als Hilfsarbeiter im Kultusministerium bereitwillig aufgenommen zur Bearbeitung der äußeren Angelegenheiten der evangelischen Kirchen und Volksschulen. In dieser Stellung wurde ich von meiner Heimat zum Abgeordneten in den Preußischen Landtag gewählt, wo ich der konservativen Partei angehörte. Seltsamer Weise mußte der Abgeordnete später den Hilfsarbeiter aus dem Kultusministerium vertreiben.

Sieben Jahre hatte ich dem Kultusministerium angehört in der begründeten Hoffnung, aus diesem Kreise hochgebildeter, interessanter und sehr kameradschaftlicher Männer mein Leben lang nicht scheiden zu müssen. Mit vielem Lobe meiner Arbeit, mit immer erhöhten Diäten und erneuten Zusicherungen etatsmäßiger Anstellung bei eintretenden Vakanzen war ich festgehalten

worden, als mir von dem Herrn Minister eines Tages plötzlich eröffnet wurde, daß ich noch zu jung sei, um Ministerialrat zu werden, daß ich erst in der Provinz mich noch umsehen und vervollkommnen müsse; ich möge ihm sagen, wohin ich zu kommen wünsche. Was war das?! Nur die Frau Gemahlin des Ministers zürnte diesem Landtags-Abgeordneten, weil der es entschieden abgelehnt hatte, von ihr gewünschte Anträge im Abgeordnetenhause einzubringen, um die Achtung und das Ansehen ihres Gemahls, die in der Presse und auch sonst grundlos angegriffen und geschädigt worden seien, wieder zu heben und so seine Stellung zu befestigen. Das war der Grund der von ihr verlangten und erlangten Entlassung des ja immer noch bloß diätarisch angestellten „Regierungsrates“.

Die Auffälligkeit und Komik der Sache verbreitete sich schnell und weit. Die nächste dienstliche Wirkung war, daß ich als Hilfsarbeiter in das Finanzministerium berufen und hier in der Etats-Abteilung mit der Bearbeitung aller Finanzbedürfnisse des Kultusministeriums betraut wurde. Dies hatte bald auch zur Folge, daß ich als Kommissar des Finanzministers in manchen Staatsministerial-Sitzungen auch meinem früheren Herrn Chef entgegentreten mußte, was unterdrückte Heiterkeit veranlaßte und auch die Aufmerksamkeit des Fürsten Bismarck mehr als bisher schon auf mich lenkte. So kam es weiter zu den Erlebnissen mit Bismarck, von denen dieses Buch berichten will.

Dem preußischen Abgeordnetenhause mußte im März 1878 ein Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Staatshaushaltsetat für das Jahr 1878/79, vorgelegt werden, ein Finanzminister aber zur Vertretung der Vorlage war nicht vorhanden, da für den zurückgetretenen Minister noch kein Ersatz gefunden war. Deshalb übernahm der Ministerpräsident Fürst v. Bismarck selbst die Vertretung der Vorlage und erschien am Morgen des 23. März 1878 im Abgeordnetenhause — an seiner Seite ich, der von ihm als Regierungskommissar angemeldete Geheime Oberfinanzrat Scholz.

Die Verhandlungen begannen mit einer langen Rede Miquels, während welcher der Fürst nur ab und zu kurze Bemerkungen einer gewissen Befriedigung machte wie: „seine Argumente sprechen ja alle für die Vorlage". Er folgte darauf mit einer auch recht ausführlichen Rede, und als nun nach ihm Virchow ebenfalls lang, aber feindlich sprach, sagte der Fürst zu mir bei einigen sehr kräftigen Stellen: „er verleumdet uns doch sehr" und ähnliches. Als dann die Verhandlungen ins Gleichgültige verliefen, sprach der Fürst noch länger mit mir über die schwierige Lage der Regierung und sagte dabei folgendes:

„Na, ich bemühe mich sehr, Ihnen so bald wie möglich einen neuen Chef zu verschaffen, es ist aber unglaublich, welchen Weigerungen man da begegnet! Nicht wahr, man sollte doch glauben, daß in solchem Falle

ganz natürlich man an die Männer sich wenden könne, die schon mit dem abtretenden Minister an der Leitung der Finanzen Teil gehabt haben, die mit den großen Geldinstituten zu tun haben, u. dgl. Ich habe nun zunächst bei Delbrück angefragt — der schützte unzulängliche Gesundheit vor, höchstens Handelsminister könne er noch werden. Darauf habe ich mit dem Grafen Stolberg verhandelt, er solle das Finanzministerium neben dem Vizepräsidium übernehmen; das schien ihm bedenklich! Dann habe ich den Grafen Eulenburg aufgefordert, der hatte ebenso nur Lust zu seinem Ministerium des Innern, ich habe Friedenthal gebeten — nein, er bleibe lieber Landwirtschaftsminister, zumal mit den jetzigen Erweiterungen. Dann habe ich mich an die Hauptbank gewendet: hier mußte ich doch ausreichende Kenntnis und Befähigung für die Finanzen voraussetzen — der Herr hat förmlich um Hilfe in meinem Zimmer gerufen! Ich habe Burchard aufgefordert; den habe ich wirklich gebeten, ohne Erfolg! Er hat mir nicht persönlich absagen wollen, er hat mir abgeschrieben. Ich habe Achenbach gebeten, ihn im Namen des Kaisers dringend gebeten — nein, er verstände es nicht, er könne das nicht; ich habe ihm gesagt, er solle es doch nur auf ein halbes Jahr nehmen, er solle dann sein Handelsministerium wieder haben, wie er es jetzt habe; ich wolle ihm ein schriftliches Versprechen des Kaisers darüber beschaffen — — nein, nein, er könne es nicht übernehmen. Wenn er das nicht kann, kann er auch

nicht Handelsminister sein. — Ich habe dann die Post ins Auge gefaßt; Stephan ist doch ein tüchtiger Mann; er sagt mir auch am Morgen zu — am Abend ab! Inzwischen war Diner bei Ravené gewesen, wo er mit Delbrück und den anderen zusammen gewesen war! Ja! — — — und es ist gar nichts Besonderes nötig in nächster Zeit; ich beabsichtige nur eine bindende Verständigung der Bundesstaaten, so einen Finanzministerkongreß im Sommer — das ist ja doch auch schließlich nur eine kleine Sache, die solche Körbe nicht rechtfertigt. Das Auskunftsmittel, von dem ich vorher gesprochen, sollte sein: Maybach zum Handelsminister zu machen und diesen die Eisenbahnaufgabe durchführen zu lassen; dann könnte ja später wieder das Handelsressort abgezweigt und vielleicht Achenbach wiedergegeben werden."

Nach alledem kam es bekanntlich zum Ministerium Bitter. In diesem Ministerium war nicht viel zu erleben, und als ich am 11. Juli 1879 einen Brief des Grafen Herbert v. Bismarck folgenden Inhalts empfing:

„Euer Hochwohlgeboren läßt der Reichskanzler bitten, ihn heut um 6 Uhr zu Tisch (im Überrock) mit Ihrem Besuch beehren zu wollen, oder wenn Ihnen das nicht möglich sein sollte, Abends nach 9 Uhr zu einer Besprechung zu ihm zu kommen.

Graf Bismarck, Legationssekretär."

da erwachte auch schon wieder ein tatenlustiger, munterer Geist in mir. Die Besprechungen betrafen die

beabsichtigte Umwandlung der Finanzabteilung des Reichskanzleramtes in ein selbständiges Reichsschatzamt, dessen Chef einstweilen mit dem Charakter und Gehalt eines Unterstaatssekretärs zufrieden sein müßte — ich war es wirklich mit Freude und Zufriedenheit und amtierte als solcher schon vom 22. Juli d. J. an. Das neue Amt unter der unmittelbaren Aufsicht und Leitung des innig verehrten großen Kanzlers einzurichten und zu verwalten, war mir eine schöne Aufgabe. Nicht sehr lange dauerte es, da gab's auch hier trübe schmerzliche Tage für den neuen Unterstaatssekretär! Am 3. Oktober d. J. wurde mir um 1 Uhr bestellt, daß Fürst Bismarck mich bitten lasse, um 2 Uhr zu ihm zu kommen. Zu dieser Stunde wurde ich sofort gemeldet, und es folgte nun nach freundlichem Empfange die nachstehende, im Gedächtnis und dann sofort schriftlich festgehaltene Unterredung:

Bismarck: „Nun, wie ist es Ihnen gegangen? Sicherlich besser als mir?!"

Scholz: „Oh — ich habe geglaubt, daß es Euer Durchlaucht recht gut gegangen sei — und Ihr Aussehen, alles, was ich gelesen habe — —"

Bismarck: „Ja, zuerst in Kissingen ist es mir ja auch ganz gut gegangen; da hoffte ich, noch einmal für den Winter gesund zu werden. Aber diese letzten sechs Wochen haben mich um alles gebracht, um alles — ich bin so herunter, so abgewirtschaftet wie noch nie — und das nur im ununterbrochenen täglichen

Kampfe mit dem Kaiser, der durchaus sein Olmütz von Rußland haben will, der die Anlehnung, die wir gegen Rußlands Übermut und Bedrohungen jetzt in Österreich finden könnten, nicht will, meine Politik durchaus nicht mehr anerkennen will — — — Nun muß es sich aber bald entscheiden, vielleicht Sonntag, in drei Tagen, ob der Kaiser dann noch ein Ministerium hat oder ob alle mit mir abgegangen sind und ein neues gesucht wird!"

Scholz: „Ich bin ganz betroffen! Aber ich kann im Ernst diesen Gedanken gar nicht fassen! Ich bin sicher, daß es so unmöglich kommen kann. Aber wenn es sich um solche Fragen und um solche Gegensätze gehandelt hat, dann kann es Euer Durchlaucht freilich nicht gut gegangen sein!"

Bismarck: „Nein, wahrlich nicht! Denken Sie, daß in Gastein kein Tag vergangen ist, wo ich nicht wenigstens sechs Bogen in der allersubtilsten Form zu schreiben gehabt habe — zu schreiben gehabt habe gegen die aufregendsten Weigerungen, dasjenige zu tun, was dem Lande allein frommt! Es ist ja die allernatürlichste Politik, dem Reiche nach außen diejenige Sicherheit wieder zu verschaffen, die es unter den früheren Verhältnissen in der Verbindung mit Österreich gehabt hat. Darauf habe ich immer den Blick gerichtet. Alles ist gelungen. In Österreich denkt man jetzt ebenso; Ungarn betrachtet uns geradezu als seinen Hort. Man ist dort also bereit zu einer friedlichen, die beiderseitige Stel-

lung sichernden Einigung — England würde sie aufrichtig begrüßen; das alles soll geopfert werden einer rein persönlichen, auf Täuschung beruhenden Neigung für einen fremden listigen Fürsten, die mit einer gewissen Furcht vor der russischen Macht verknüpft ist. Es muß dahin kommen, daß ich gehe! — Da lesen Sie den Schluß dieses Berichtes — das ist die neueste Phase!“ (Dabei übergab mir der Fürst einen bereits mundierten, etwa fünf bis sechs Bogen starken Immediatbericht so, daß ich die beiden letzten Seiten schnell lesen konnte, welche in dem mit zerrütteter Gesundheit motivierten Gesuch um Entlassung und dem Anheimstellen bestanden, die einstweilige Fortführung derjenigen Geschäfte, die dem Staatsminister v. Bülow nicht übergeben werden könnten, dem Grafen zu Stolberg übertragen zu wollen. Das sehr bestimmt lautende ärztliche Attest lag bei.)

Scholz: „Ja, dann ist's freilich schon sehr weit gekommen, und doch — ich kann nicht glauben, daß es so zu Ende kommen könnte! Der Kaiser wird nachgeben — daran kann ich nicht zweifeln. Euer Durchlaucht haben ja auch noch keine Gelegenheit genommen, persönlich auf ihn einzuwirken.“

Bismarck: „Das geht gar nicht! Ich habe auch daran gedacht, ob ich mich in meinem Zustande aufsetzen und nach Baden reisen soll; aber ich habe mir sagen müssen, daß das ganz umsonst wäre. Käme ich hin, so würde er nicht glauben, daß ich so krank und erregt wäre; er würde glauben, daß ich gern noch länger

Minister bliebe, und nur um so fester bei seiner Weigerung beharren. Persönliche Einwirkung ist überhaupt so gut wie ausgeschlossen: einen Brief muß er doch bis zu Ende lesen; komme ich selber, dann dauert es nicht lange, plötzlich ist er auf und hinaus! Ohne die schuldige Ehrerbietung zu verletzen, bin ich gar nicht in der Lage, zu Worte zu kommen; eine ruhige sachliche Erörterung ist ganz unmöglich — das kenne ich schon von so vielen Malen!

Ich erzähle Ihnen das, weil ich weiß, daß Sie royalistisch gesinnt sind — ich muß mein Herz erleichtern! Ich liebe und verehre den Kaiser wahrhaftig; er ist voll Güte und Dankbarkeit für mich; wir wollen beide ernstlich uns nicht trennen. — Jetzt ist er ein eigenwilliger Greis, bei dem keine Vorstellungen helfen. Die Zeitungen, die immer alles wissen, haben natürlich keine Ahnung von alledem! Wer jemals die intime Geschichte der letzten Jahre zu schreiben hätte, würde finden, daß mein Hauptverdienst darin bestanden habe, der Schild des Landes gegen seinen eigenen Herrn zu sein und es vor unseligem Tun oder Nichttun desselben zu hüten. Was nach außen sonst zu tun war, war eine Kleinigkeit dagegen; ich habe in drei Minuten immer gewußt, was ich zu tun hatte — aber dieser stete aufreibende Kampf mit meinem Herrn hat mich heruntergebracht!"

Scholz: „Das betrübt mich tief; ich habe selbst kürzlich, als ich dem Kaiser in Babelsberg meine Auf-

wartung machen durfte, einen so ganz anderen Eindruck gehabt. Er sprach zum Beispiel über die Zoll- und Steuersachen mit so lebhaftem Interesse, mit so warmer Anerkennung der von Euer Durchlaucht eingeleiteten Reformen: Wenn diese Sache gelinge, so sei sie doch wieder ein neues unverwelkliches Blatt in Ihrem Ruhmeskranze."

Bismarck: „Ja — zu so etwas reicht's noch! Zu Kindern, Reservisten, Generalen und anderen kann der Kaiser gut sprechen; in der auswärtigen Politik war und ist's leider anders. Ich traf ihn im September 1862 mit unterzeichneter Abdikationsurkunde; 1863 wollte er partout zum Fürstenkongreß, ich bot alles dagegen auf, es wollte nichts helfen! Damals wurde ich zum erstenmal krank; 1864 war er der reine Augustenburger, mit den Kleinen und Bayern wollte er damals durchaus losgehen gegen Österreich — alle wären über uns hergefallen! Die Zeit im Frühjahr und Sommer 1866 werde ich nie vergessen, wo ich Woche für Woche die Penelopearbeit zu verrichten hatte, immer von neuem bei ihm aufzubauen, was er immer wieder fallen ließ; denn ein so tapferer, furchtloser Degen er ist, ein so ängstlicher Politiker ist er doch! Und als er in den Krieg eingetreten war und die Erfolge hatte, da war wieder kein Halten. Er und die Generale und alle wollten weiter nach Ungarn — ohne Sinn und Ziel, nur für die Cholera! Ich hatte mir gesagt, daß ich der Einzige war, der das vernünftige Ziel nicht aus den

Augen lasse; ich sagte ihnen, wenn sie das byzantinische Kaiserreich erobern wollten, so möchten sie nach Ungarn ziehen! Rückkehr sei von dort nicht mehr! Ich setzte es endlich durch, aber wie?! sie hatten es so weit gebracht, daß mich fast niemand mehr im Lager grüßte, daß ich allgemein als der Questenberg angesehen wurde. Der Kronprinz hat mir damals geholfen — er hat seinen Vater zur Genehmigung des Friedens gebracht. Er suchte ihn in seinem Zimmer auf, fand ihn in der Sofaecke bedeckt, traurig, nur widerwillig sich finden lassend in dem schlecht erleuchteten Zimmer. Ich habe in meinen Familienakten eine Kabinettsorder aus jenen Tagen, die beginnt mit den Worten: ‚Nachdem Mich Mein Ministerpräsident im Angesicht des Feindes verlassen, nachdem mein Sohn, den Ich zu Rathe gezogen, Meinem Ministerpräsidenten beigetreten ist, so habe Ich diesen schmachvollen Frieden genehmigt, aber Ich protestire vor Gott und der Geschichte dagegen, daß Mich eine Schuld trifft an diesem schmachvollen Frieden.' — Das war der Frieden von Prag!

1870 hatte er sich ja in Ems zu allem schon verstanden, hatte gegen Benedetti schon alles versprochen, was verlangt war, als ich mit jenen zwei etwas verbesserten Depeschen dazwischenfuhr. Und in Versailles, wie hat er sich da gegen ‚Kaiser' und ‚Reich' gesträubt — wie ein Leutnant, der nur Graf genannt sein will, weil er das von Geburt ist; er wolle nicht Charaktermajor werden, hat er selbst gesagt; er wollte alles

fernerhin als König von Preußen tun, wie sehr das auch die anderen Menschen ärgern möchte. Was habe ich da aufbieten müssen, um ihn zum Nachgeben zu bringen! Es gelang ja, was unglaublich erschien, ihm den bayrischen König zu bringen; aber wenn auch nur ein Lippe gefehlt hätte, so wäre aus Kaiser und Reich nichts geworden! Und als das nun proklamiert war, wie böse war er auf mich! Ich stand vor ihm mitten im Saal, aber er tat, als sehe er mich nicht, als kenne er mich nicht; er ging dicht an mir vorüber, mit allen sprach er, mit mir nicht ein Wort!

Jetzt nun hat ihn, allen meines Abratens ungeachtet, dieser Manteuffel unverantwortlicherweise allein, ohne Minister in die Hände des russischen Kaisers geliefert, dieses schlauen glatten Sarmaten! Ich hatte gesagt, der Kaiser dürfe nicht auf russischen Boden gehen; man erwiderte mir, der russische Kaiser könne unmöglich nach Preußen kommen, weil man ihn nicht vor Attentaten schützen könne. Welche Absurditäten! Der hat ihm nun gesagt: Die Königin Luise — meine Großmutter — deine Mutter usw. Damit war er gefangen worden, damit hat er sich sein Olmütz und ein viel tolleres als jenes bereiten lassen. Und nun will er von nichts sonst wissen, will ganz allein in seinem Eigenwillen beharren, die Interessen des Landes preisgeben! Und ganz allein steht er diesmal! Der Kronprinz ist mit uns, ja selbst die Kaiserin — diese zum erstenmal, seit ich Minister bin, auf der Seite meiner Politik; denn 1864

war sie noch Augustenburgisch, 1866 hat sie den Kaiser auf den Knieen gebeten, von dem Kriege abzustehen — immer, immer war sie gegen mich, nur jetzt nicht. —

Mit welchem großen Fonds royalistischer Empfindungen und Ehrfurcht vor dem Könige bin ich in mein Amt getreten, und wie traurig habe ich diesen Fonds mehr und mehr abnehmen sehen müssen! — Ich weiß also nicht, ob ich die nächsten sechs Monate noch in diesem Hause weilen oder fern auf dem Lande sein werde. Jedenfalls muß ich nun wieder einen langen Urlaub haben, um mich etwas zu erholen. Die Kissinger Kur ist also dahin — und solange man noch die Geschäfte zu verwalten hat, muß man ihnen doch auch gerecht werden. Ich habe Sie also bitten lassen, um einige mir am Herzen liegende Fragen mit Ihnen zu besprechen."

Es folgte nun eine spezielle Besprechung meines Eintritts und meiner Wirksamkeit im Bundesrat, über die für die nächste Reichstagssession in Aussicht zu nehmenden Gesetzesvorlagen, endlich auch noch über die räumliche Unterbringung des Reichsschatzamtes. Dann fuhr der Fürst fort:

„Es ist mir freilich alles ungewiß, aber in wenig Tagen muß es sich entscheiden. Ich weiß allerdings nicht, wen der Kaiser zu meinem Nachfolger nehmen könnte? Eigentlich müßte es Manteuffel übernehmen, und wenn man zu ihm von einem solchen Gedanken spricht, antwortet er mit einem sehr künstlichen homerischen Gelächter, das aber etwas anderes verbergen soll!"

Scholz: „Glauben Sie wirklich, daß Herr v. Manteuffel sich die Befähigung dazu zutrauen sollte?"

Bismarck: „O ja! Was daraus würde, ist nicht zu sagen. Die Russen haben ihre Truppen an der deutschen Grenze bereits in der Art konzentriert und aufgestellt, daß sie jeden Tag bei uns einrücken können; sie wurden entsprechend unverschämter; aber seitdem die Dinge in Wien einen so guten Lauf zu nehmen begannen, schlugen sie gleich eine andere Tonart an, fanden den Berliner Vertrag selbst schön und haltbar und wollten eigentlich nur noch mißverstanden sein! Die Österreicher sind natürlich noch zurückhaltend, und wenn wir nicht bald kommen, wenden sie sich notwendig von uns ab, andere Alliierte suchend. Frankreich ist ja natürlich immer bereit; und so stehen wir leicht bald total isoliert da, leicht derselben Koalition gegenüber, wie sie im Siebenjährigen Kriege bestand! Wer will das verantworten?! Unter solchen Umständen wird man vom Kaiser abgewirtschaftet! Wie er meinen guten Herrn v. Bülow inzwischen auch schon abgewirtschaftet hat; selbst Herr v. Radowitz ist in diesen wenig Wochen an das Ende seines Ertragens gekommen!"

Danach deutete eine Bewegung des Fürsten an, daß er nichts mehr zu sagen habe, und so verabschiedete ich mich bald. Die Krisis war dann allmählich überwunden worden ohne weitere Zwischenfälle. Erst am 28. Januar 1880 erhielt ich wieder eine Einladung,

den Fürsten um 1 Uhr vor der Bundesratssitzung zu besuchen. —

Auf die freundliche Begrüßung folgte da nur eine leichte Klage über noch nicht gutes Befinden, große Schwäche und Überflutung mit Geschäften — dann aber eine eingehende Besprechung, die mir von neuem so recht bewies, mit welch umfassender Sorge der Fürst über allen den schweren Aufgaben seines Amtes wachte.

Bismarck: „Wie steht's nun mit unseren Vorlagen für den Reichstag?"

Scholz: „Die Etats sind alle fertig und verteilt, heut auch der Marineetat, und der Hauptetat wird in den nächsten Tagen vorgelegt werden."

Bismarck: „Also bis zum 12. Februar wird doch alles für den Reichstag fertig sein?"

Scholz: „Das ist bestimmt zu hoffen."

Bismarck: „Was die Marine betrifft, so kümmere ich mich um den Etat grundsätzlich jetzt nicht. Ich habe die Besorgnis, daß die Marineverwaltung nicht so geleitet wird, wie es sein sollte und wie es dem Interesse des Reiches entsprechen würde — allein ich sehe von allen Schritten gegen Stosch ab. Der Kaiser hält ihm stets die Stange, und ich bin zu alt und schwach, um auch den Kampf noch auf mich zu nehmen. Ich will also von den Marineangelegenheiten mich ganz fernhalten, an der Verantwortlichkeit für sie absolut keinen Anteil nehmen — vermöge des Stellvertretungsgesetzes

kann ich ja das auch, und dabei will ich es belassen. — Und wie steht's mit unseren Steuervorlagen?“

Scholz: „Die Brausteuer ist schon durchgegangen — Stempel-, Börsen-, Bank- und Quittungssteuer desgleichen — Inseratensteuer ist dahinein nicht zu verarbeiten gewesen, wird aber bald vorgelegt werden.“

Bismarck: „Ja, die wird man uns nicht bewilligen. Da wird die Presse und die Preßjunker, die durch das Inseratenwesen reich geworden sind, für sorgen; aber das darf uns nicht abhalten. Ich nehme im allgemeinen an, daß die Aussicht auf so einen Korb gar nicht für so schlimm anzusehen ist; solche Bäume fallen nicht auf den ersten Schlag, und abgesehen davon muß man solche Vorlage um seines Gewissens, seiner Schuldigkeit willen machen und gar keine Kabinettsfrage daraus machen; denn wenn die Welt zwei Jahre später klüger geworden ist und dann ebenso denkt, wie ich schon jetzt, und den Vorwurf erhebt, warum ist solche Vorlage nicht schon gemacht worden, so kann man sich nicht damit entschuldigen: ja, sie würde nicht angenommen worden sein; wer sollte das dartun? Darum muß man die Ablehnung selbst herbeiführen und so die Säumnis dem Gegner ins Gewissen stellen. Diese meine Auffassung ist von manchen und selbst von meinen Kollegen irrig als eine aggressive, feindselige, abstoßende gegenüber den Parteien angesehen worden — mit Unrecht — ich finde sie ganz richtig und offenbar begründet, so zu sagen: meine Pflicht und Schuldigkeit darin.

Also wir bringen die Inseratensteuer ein, wenn wir auch nicht hoffen dürfen, sie jetzt durchzusetzen. Dem Unwesen der Inserate, von dem eine große Zahl verbreiteter Blätter leben und sich nachteilig beeinflussen lassen gegen das wahre Gemeinwohl, wird doch einmal auf diesem Wege entgegengetreten werden.

Und nun zu den Kampfzöllen."

Scholz: „Verzeihung — ich möchte im Zusammenhange nur erst noch die Wehrsteuer erwähnen, die auch fast fertig bearbeitet ist und die ich mir nur noch zu eigener Überarbeitung der Motive, die nicht sehr gelungen sind, zurückgelegt habe."

Bismarck: „Ja, die Wehrsteuer! Sollen wir die nicht vielleicht zurückstellen? Wir haben nun schon das Wehrgesetz vorzulegen, und das wird viel Mühe und Zeit kosten — ob wir da auch noch hieran gehen sollen?"

Scholz: „Mir erschien dies Zusammentreffen eigentlich vorteilhaft, erleichternd für das Durchbringen der Wehrsteuer; deren Ertrag ist auf etwa 19 Millionen geschätzt, zufällig annähernd ebensoviel wie die Vermehrung des Militäraufwands bei den dauernden Ausgaben, die das andere Gesetz mit sich bringt; es liegt da eine zusammenhängende Fürsorge der Regierung für die Deckungsfrage vor."

Bismarck: „Ich bin erfreulich überrascht von der Möglichkeit, die Sachen so in Zusammenhang bringen zu können — dann muß sie aber auch gleich damit

kombiniert werden. Da Sie von den Motiven sprechen, scheint mir, werden Sie baldigst mit dem Kriegsminister sich benehmen müssen, damit das alles einheitlich und übereinstimmend gestaltet werde."

Scholz: „Euer Durchlaucht hielten im Oktober, als Sie mir den Auftrag gaben, eine separate Kommunikation mit dem Kriegsministerium nicht für rätlich, da — woran ich erinnern darf — schon den früheren, viel beschränkteren Projekten (Stempel für Ausmusterungsurkunden usw.) ein so entschiedener, auf ideale Gründe gestützter Widerspruch entgegengestellt worden war."

Bismarck: „Ja, ich erinnere mich. Da muß ich mich allerdings des Kriegsministers persönlich zu versichern suchen. Der Nachfolger von Voigts-Rhetz ist — — mit Kameke ist ja zu verhandeln. Das Militärgesetz, wie es jetzt vorliegt, ist ja auch mehr meine Auffassung wie die des Kriegsministers; der dachte sich nur einen bequemen, ewig unanfechtbaren Etat zu sichern und die Ersatzreserveübungen einzuführen. Die Idee des einen Prozents der wachsenden Bevölkerung usw. stammt erst von mir." (Er klingelte und bestellte das Nötige, um den Besuch des Kriegsministers sich zu sichern.) „Ich würde noch mehr Steuerquellen suchen und zu eröffnen trachten, wenn ich nicht glaubte, die Bewegung vom vorigen Jahre sich erst einigermaßen beruhigen lassen zu müssen. Ich werde namentlich auf das Tabaksmonopol wieder zurückkommen; denn, was ist es denn, was die beiden Großmächte, die uns be-

drohen, in den Stand setzt, die Million Soldaten immer auf die Beine zu bringen? Die Einnahmen aus dem Tabaksmonopol und von den Spirituosen! warum sollen wir uns das gleiche Mittel entgehen lassen? Es sind nur Rußland und Frankreich, welche den Frieden unsicher machen, und der Kläffer Italien, der immer und überall dabei ist. —

Im übrigen brauchen wir das Geld, um die Steuerreform wirklich ausführen zu können. Es ist ja nicht wahr, daß ich etwas *versprochen* hätte und daß das Versprechen nicht gehalten würde. Nichts habe ich versprochen, *gefordert* habe ich, daß die Reformen eingeführt werden sollen, und gesagt: ‚Sie müssen das Geld dazu bewilligen.' Preußen hat ja auch alles dafür gerichtet, die Reformen einzuführen, wenn das nötige Geld erst da sein wird."

Als hierüber, über die Zollverwaltung in Elsaß-Lothringen, über Manteuffel und Herzog, über die Verwaltung des Invalidenfonds noch gesprochen worden war, kam die Meldung, daß der Kriegsminister da sei. Also verabschiedete ich mich. —

Auf ähnliche Einladungen des Reichskanzlers fanden in den nächsten Monaten noch drei ähnliche Besprechungen mit mir statt. Ohne die geringste Anregung meinerseits hatte inzwischen der Reichskanzler die Zweckmäßigkeit, ja Notwendigkeit selbst erkannt, *baldigst* das Reichsschatzamt und ihren Vorstand den anderen Reichsämtern und dessen Vorständen

gleichzustellen, was dann auch durch Allerhöchste Order vom 18. Juni 1880 geschah, aber nicht etwa ein neues Verhältnis zwischen dem Fürsten v. Bismarck und mir mit sich brachte, sondern nur das alte bestätigte. Einen interessanten Beleg für die bewunderungswert weiten Grenzen des Wissens und Wollens des Fürsten auch auf den hier in Betracht kommenden Gebieten und für seine sehr freundliche, fast kollegiale Stellungnahme zu den Untergebenen, deren uneigennütziger und verläßlicher Mitarbeiterschaft er gewiß war, gewährt das hier unten folgende amtliche Schreiben des Reichskanzlers an mich vom 2. August 1881 aus Kissingen, und in letzterer Beziehung auch ein ebenfalls abgedrucktes Schreiben vom 24. Dezember 1881 und 24. November 1882.

„Kissingen, den 2. August 1881.

Auf das gefl. Schreiben vom 26. v. M., die Zuckersteuer betreffend, erwidere ich Euerer Excellenz ergebenst, daß ich aus Gründen, welche hauptsächlich in der politischen Gesammtlage beruhen, einen Antrag auf Erhöhung der Zuckersteuer im gegenwärtigen Augenblick nicht für rathsam halte. Da meine Gründe für die Auffassung weniger in der Frage selbst, als in der politischen Gesammtlage beruhen, so enthalte ich mich einer Erörterung der Frage, inwieweit das finanzielle Interesse der Steigerung der Reichseinnahmen oder das wirthschaftliche, dessen Bedeutung in der Ausdehnung un-

seres Ausfuhrhandels mit Zucker beruht, schwerer ins Gewicht fällt. Ich zweifle nicht, daß auch der Zucker mit der Zeit einen höheren Beitrag als bisher zu dem Reichseinkommen gewähren kann, aber ich glaube, daß derselbe bezüglich dieses Anspruchs nicht in der ersten Linie der Verpflichtung steht. Meines Erachtens bleibt der Tabak, das Bier und der Branntwein erheblich weiter hinter den berechtigten Anforderungen der Finanzverwaltung zurück als der Zucker, und ich würde mich aus den Gründen politischer Taktik, bei dem sachlich unbegründeten Widerstreben, welches die höhere Besteuerung des Biers, des Tabaks und der Schankgerechtigkeiten im Reichstage findet, nicht dazu verstehen können, mit einer höheren Besteuerung eines landwirthschaftlichen Produktes vorzugehen, welches in seinen dermaligen Steuerverhältnissen einen der blühendsten Zweige des Ausfuhrhandels begründet.

Abgesehen von dieser Prioritäten-Frage würde eine Steigerung der Zuckersteuer um nicht ganz 20 % zwar ein immerhin erhebliches Ergebniß in Aussicht stellen, aber doch nicht von der Bedeutung, wie es erforderlich sein würde, um die Kosten der beabsichtigten socialpolitischen und steuerlichen Reformen an sich zu decken. Dieses Resultat kann vielmehr nur von dem Tabaksmonopol in der Hauptsache erwartet werden; insoweit daneben gesteigerte Einnahmen aus Zucker, Bier und Getränken erforderlich oder nützlich sein sollten, glaube ich, daß wir die Herbeiführung

derselben erst in zweiter Linie in Aussicht nehmen sollen. Ich fürchte, daß wir uns die Erreichung des Tabaksmonopols, welches an sich allein wichtiger ist, als die übrigen Objekte zusammengenommen, erschweren, wenn wir vorher oder gleichzeitig geringere Steigerungen zu den Reichseinnahmen auf anderen Gebieten in Aussicht nehmen. Die beabsichtigten Vorlagen für Unfall- und Altersversorgung im Reiche, für die Betheiligung des Staates an den Schul-, Armen- und anderen bisher auf die Gemeinden abgebürdeten Lasten, sowie die Herstellung eines umfassenden Kanalsystems für die Schiffahrt in Preußen, werden mit Erfolg nicht eingebracht werden können, ohne eine so bedeutende Steigerung des Reichseinkommens in Aussicht zu nehmen, wie sie nur die Monopolisirung oder eine analoge Behandlung des Tabaks gewähren kann, und wenn wir letztere mit den zu Gunsten der ärmeren Klassen erstrebten Reformen principiell in einen solchen Zusammenhang bringen, daß die Erträge des Tabaks als der Vermögensantheil des Arbeiters und des Armen am Staate sich darstellen, so daß beide in systematischem Zusammenhange stehen, so werden die uns gestellten Aufgaben auf beiden Gebieten an Wahrscheinlichkeit der Erfüllung gewinnen.

In vorstehender Auffassung sollten wir meiner Ansicht nach unser Augenmerk zunächst ausschließlich auf die Herstellung des Tabaksmonopols richten, und zunächst gleichzeitig mit den wirthschaftlichen und socialen

Reformen das Monopol als Unterlage derselben im Princip zur Anerkennung zu bringen suchen. Diese Aufgabe wird aber nach meinem Eindruck erschwert und unseren Gegnern die Ablehnung erleichtert, wenn wir vor oder neben dem Tabak andere geringere Geldforderungen einbringen, von denen man dann wird sagen können, daß man deren Ergebniß erst abwarten will.

Ich würde mich freuen, wenn ich in meinem vorstehend entwickelten Gedankengange dem Einverständniß Euerer Excellenz begegnete. Vielleicht gibt meine Anwesenheit in Berlin im Beginn der nächsten Woche mir noch Gelegenheit, die Frage mit Euerer Excellenz mündlich zu besprechen; ich möchte indeß durch diese Anregung auf keinen Fall einen störenden Einfluß auf Euerer Excellenz Urlaubs-Absichten üben, denn ich bin persönlich und geschäftlich im höchsten Grade dabei interessirt, daß Sie vollständig ausgeruht den Winterarbeiten gegenübertreten. Wenn wir den Reichstag vor dem Landtag etwa Ende November berufen, so werden wir ihm, wie ich glaube, bei dieser Gelegenheit kaum andere Vorlagen als die des nächsten Budgets machen können, weil die wirthschaftlichen bis dahin kaum reif werden können; für letztere wird meiner Ansicht nach eine zweite Berufung des Reichstags, sobald der preußische Landtag sein Budget beendet haben wird, in Aussicht genommen werden müssen. Auch hierüber würde ich für die Mittheilung

der Meinung Euerer Excellenz Ihnen zu Dank verpflichtet sein. (gez.) v. Bismarck.

An den Staatssecretair des Reichsschatzamts, Wirklichen Geheimen Rath Herrn Scholz Excellenz."

„Berlin, den 24. Dezember 1881.

Euerer Excellenz beehre ich mich hierneben Abschrift einer Allerhöchsten Ordre, durch welche Ihnen der Rothe Adler-Orden zweiter Klasse verliehen wird, mit meinem besten Glückwunsch ganz ergebenst zu übersenden.

Es wird den Werth der Decoration in Ihren Augen erhöhen, wenn ich Ihnen mittheile, daß die Verleihung derselben zu Weihnachten eine ganz ausnahmsweise und lediglich aus der Initiative Seiner Majestät des Kaisers und Königs hervorgegangen ist, der damit einem meinerseits für den sonst üblichen Termin des Königlichen Geburtsfestes in Aussicht genommenen Antrage proprio motu vorgegriffen hat. (gez.) v. Bismarck.

Abschrift der Ordre

Ich habe dem Staatssecretair des Reichs-Schatzamtes Wirklichen Geheimen Rath Scholz den Rothen Adler-Orden mit Eichenlaub verliehen und ihm die Decoration behändigen lassen. —

Berlin, den 24. Dezember 1881

(gez.) Wilhelm.

(gegengez.) von Bismarck.

An den Reichskanzler und Präsidenten des Staatsministeriums."

„Varzin, 24. November 1882.

Verehrter Freund und College,

Meine Anregung wegen Theilung des Klassensteuergesetzes hatte in der That nur taktische Motive, und war ich auf dieselbe nur durch den Eindruck gekommen, daß ein Theil des Landtages vielleicht mit der Aufhebung einverstanden ist, den Ersatz aber in anderer Form wünscht, als wir vorschlagen. Bei der Entschiedenheit, mit welcher Seine Majestät für die Aufhebung der vier Steuerstufen Sich eingesetzt hat, wäre dringend zu wünschen, daß wir die Aufhebung jedenfalls durchsetzen und unabhängig von der Art des Ersatzes. Indessen wird sich dasselbe Ziel, wenn wir eine Majorität zwar für Aufhebung, aber nicht für Deckung der Lücke gewinnen können, auch auf dem Wege der Amendirung erstreben lassen. Ob wir unser Ziel überhaupt erreichen, ist mir nach der mäkelnden und besser wissenden Art, mit welcher die Conservativen an die Sache herantreten, zweifelhaft geworden. Ich kann aber größere Sicherheit des Erfolges auch auf dem von mir telegraphisch vorgeschlagenen Wege nicht vorhersehn, und war es mehr meine Absicht, die Frage gewissenshalber nochmals zur Erwägung zu stellen, als eine eigene abweichende Überzeugung zu vertreten. Die in Euerer Excellenz Schreiben vom 23. d. M. zusammengefaßten Gegengründe halte ich für vollkommen richtig, übersah nur von hier aus nicht die volle Sachlage. Ich schließe mich Ihrer und der Herren Collegen

Ansicht an und hoffe in spätestens acht Tagen in Berlin anwesend zu sein.

(gez.) v. Bismarck.

p. scr.

Der Professor Wagner ist offenbar ein brillanter Redner, aber finanziell und politisch mit seiner beweglichen Einkommensteuer doch sehr bedenklich; die Grund- und Häuserbesitzer, welche ihn conservativ gewählt haben, werden ihm schwerlich danken, wenn er ihnen zur Grund- und Häusersteuer noch eine verdoppelte Einkommensteuer besorgt."

Einen nicht minder wertvollen, in der Form originellen Beweis seines Vertrauens und Wohlwollens gab mir der Fürst einige Monate später, als die Währungsfrage die Welt noch beschäftigte und ein in vorderster Reihe tätiger konservativer Abgeordneter mit Übersendung einer Broschüre des bekannten Bimetallisten Arendt den Fürsten dringend bat, diese vortreffliche Arbeit doch ja zu lesen „als Gegengift gegen die noch heute im Reichsschatzamte wie zu Camphausens Zeit dominierenden Bambergerschen Doktrinen". Die Absicht dieser Denunziation erschien um so weitergehend, weil amtliche Aufgaben der Art gar nicht vorlagen. Nach Vortrag entschied der Fürst lächelnd: „Nehmen Sie's ad acta samt dem Büchlein, oder das zur Bibliothek." Die „Bambergerschen Doktrinen" verhinderten es selbst nicht, daß ich Camphausens Nachfolger wurde.

Am 26. Juni 1882 telegraphierte mir der Fürst aus Varzin:

„Seine Majestät haben das Entlassungsgesuch des Finanzministers Herrn Bitter angenommen und zugleich die Bereitwilligkeit ausgesprochen, Euere Excellenz zum Finanzminister zu ernennen. Ich bitte demnach Euere Excellenz der Form wegen, um amtlichen Antrag zu stellen, um eine gefällige Erklärung bezüglich der Annahme der intendirten Ernennung behufs Meldung an Seine Majestät.

(gez.) von Bismarck."

Ich telegraphierte alsbald meine Bereitwilligkeit zurück und empfing darauf am 30. Juni 1882 das kurze Telegramm aus Varzin:

„Ich habe heut Ihre Ernennung erhalten und werde dieselbe mit nächster Post an's Staatsministerium absenden.

(gez.) von Bismarck."

Hierzu kam dann noch ein drittes Telegramm aus Ems vom 4. Juli:

„Majestät werden sich freuen, Euere Excellenz am 7. Juli zum Diner um 4 Uhr hier zu sehen.

Graf Perponcher."

Danach traf ich natürlich schon am 6. Juli abends in Ems ein, und am anderen Tage wurde ich schon um 12 Uhr zum Kaiser befohlen behufs eingehender Besprechungen. Diese leitete Seine Majestät in überaus huldvoller Weise mit der Frage ein: „Hat Perponcher Ihnen auch telegraphiert, daß ich mich freue,

Sie hier zu sehen?" (Nach meiner dankbaren Bejahung:) „Das ist nicht etwa bloß Form, das ist wirklich so. Fürst Bismarck hat mir schon oft berichtet, wie vertrauensvoll und gerne er mit Ihnen arbeite. Nur ein solcher Minister kann dem Fürsten wirklich helfen und seine großen schweren Aufgaben erleichtern, und deshalb auch mir nur erwünscht und lieb sein."

Ein solcher Empfang mit freundlichen Blicken aus den hellen Augen, mit Beiseiteschiebung aller steifen Formalitäten und gewollter Offenheit beglückte mich natürlich sehr und erneute die schönen Eindrücke, die ich so manches Mal schon von des Kaisers und Königs Majestät empfangen hatte.

In einem zwar hohen, aber sehr kleinen, einfachen Zimmer des Kurhauses saßen wir um die Ecke eines mit Büchern und Papieren reichlich bedachten Tisches in langem Gespräch über Reich und Preußen, auch über die Sonderstellung des Finanzministers in Preußen.

„Sie haben doch wohl auch die wichtige Kabinettsorder meines hochseligen Bruders gern gelesen und beherzigt, welche feststellte, daß das Heer und die Finanzen die beiden starken Grundpfeiler Preußens sind, die stets in bester Ordnung gehalten werden müssen; daher auch der Finanzminister im Staatsministerium niemals überstimmt werden solle ohne des Königs Genehmigung. So lege ich auch immer großen Wert darauf, daß mir der Staatshaushalts-

etat ohne Defizit, in Einnahme und Ausgabe wirklich balanzierend vorgelegt werde, ohne neue Anleihen, zu denen man nur für ganz außerordentliche notwendige Ausgaben greifen soll."

Ein Stündchen fast hatte die Audienz in Anspruch genommen, als ich mich verabschieden durfte, um bald nachher zum Diner wieder an des Kaisers Seite zu kommen und an einer ganz anderen heiteren Unterhaltung teilzunehmen, bei deren Ende ich noch für den Abend ins Theater befohlen wurde. Das bot ein bescheidenes Lustspiel zu ebener Erde des Kurhaussaales vor einem Halbkreise von Stühlen, in dessen Mitte ein bequemer Großstuhl für Seine Majestät stand; ich fand meinen Platz daneben und erfreute mich noch mancher Unterhaltung mit dem Kaiser, bis im dritten Akt der Schlummer ihn besiegte. Als er aber gegen das Ende der Vorstellung wieder den Schlummer besiegte, wendete er sich lachend mit der Frage zu mir: „Habe ich viel verloren?", dann die andere Frage, ob ich direkt nach Berlin zurückfahre, und als ich diese ebenfalls verneinte, weil ich nach Koblenz fahren wolle, um Ihrer Majestät der Kaiserin meine untertänigste Aufwartung zu machen, faßte er meine Hand und sagte: „Ja, das ist recht; das müssen Sie tun; und bringen Sie ihr auch einen Gruß von mir." — So herzlich und huldvoll diese Entlassung war, so kurz, kühl und formell blieb, jenes Grußes ungeachtet, der Empfang in Koblenz — ganz natürlicherweise.

Als es mir im nächsten Monat möglich wurde, mich zu einem Besuche des Fürsten v. Bismarck in Varzin anzumelden, empfing ich Antwort des Grafen v. Bismarck vom 13. August*, derzufolge ich schon am 16. August hinreiste, um ein paar schöne Tage auf dem Lande bei verehrungs- und liebenswerten Menschen zu verleben und zugleich dem politischen Dienste am Reich und an Preußen wirksam mit obzuliegen. Wie ernstlich letzteres dabei betrieben worden, erhellt am besten aus dem Briefe des Fürsten vom 18. ej. m.**, der zugleich

---

* Varzin, 13. August 1882.

Euerer Excellenz geneigtes Schreiben von gestern nebst Anlage hat der Reichskanzler mit verbindlichstem Danke erhalten, und wird er sich sehr freuen, wenn Hochdieselben ihm die Ehre eines Besuches in Varzin erweisen wollen: er bittet Euere Excellenz, den Tag dafür Selbst auszuwählen und nur am Morgen desselben mir telegraphische Benachrichtigung hierhergelangen zu lassen, auf welche hin Euere Excellenz 5 1/2 Uhr Nachmittags einen Wagen an der Station Hammermühle finden werden.

(gez.) Graf Bismarck.

Seiner Excellenz Herrn Staatsminister Scholz Berlin.

** Varzin, 18. August (1882.)

Verehrter Freund und College,

Es ist ein Symptom des Rückganges meiner Geschäftsfähigkeit, daß ich während unserer Besprechung den Text der Reichsverfassung mit keinem Auge angesehen habe. Heute finde ich nun in Artikel 35 den Wortlaut: das Reich ausschließlich hat die Gesetzgebung über die Besteuerung des Tabaks, Branntweins und Bieres. Gegen diese so allgemeine Fassung ist m. E. nicht aufzukommen. (Auch wenn Artikel 36 den Artikel 35 nicht ausdrücklich dahin declarirte, Zeile 1 und 2, daß er die „Verbrauchssteuern" generell umfaßt.)

Ich hatte gestern, statt mir die Sache klar zu machen, der irrthümlichen Voraussetzung Raum gegeben, daß nur die „Bereitung" der

ein schlagender Beweis gegen die nicht seltenen Versuche seiner Feinde ist, des Fürsten Verfassungstreue zu bezweifeln. —

Steuerobjecte den Reichssteuern vorbehalten sei. Nach der Verfassung aber ist es jede Art von Besteuerung der Gegenstände selbst; ich bin aber nicht zweifelhaft darüber, daß es eine „Besteuerung des Branntweins" im Sinne der Verfassung ist, wenn jemandem von dem Branntwein, den er einlegt oder verpfropft, eine nach dem Quantum der behandelten oder consumirten Flüssigkeit genau bemessene Abgabe auferlegt wird. Der Begriff der Gewerbesteuer hört m. E. da auf, wo an Stelle der Classification des Betriebes und der Betriebsstätten die Bemessung der Quantität und Qualität des Steuerobjects als ausschließlicher Maßstab eintritt. Wenn die mecklenburgische Regierung eine andere Auffassung beim Bundesrath durchgesetzt hat, so halte ich nach Artikel 17 der Reichsverfassung für meine Pflicht als Kanzler, diese particularistische Beeinträchtigung der Rechte des Reichs auch jetzt noch als verfassungswidrig zu bekämpfen, soweit ich Mittel dazu finde. Wenn wir in Preußen ebenfalls den mecklenburgischen Weg betreten und dadurch sanctioniren, so machen wir uns wehrlos für den Fall, daß auch Bayern, Würtemberg, Sachsen zur Selbsthülfe schreiten und die Reichspolitik nicht nur lahm legen in der ferneren Entwickelung, sondern sie von ihrem bisherigen Standpunkte auf unbestimmte Entfernung zurückdrängen. Ich werde deshalb die Verhandlungen über den mecklenburgischen Vorgang einfordern, um zu erwägen, was etwa für Remedur thunlich sein wird. Die Vertretung analoger Maßregeln für Preußen, der ich gestern glaubte zustimmen zu können, wird mir nach dem Wortlaut der Verfassung mit gutem Gewissen nicht möglich sein, und ich wiederhole deshalb meinen ersten Vorschlag der Rückkehr zu dem System unserer Vorlage von 1879, wenn ich auch einsehe, daß damit die Ausdehnung des Planes auf den größeren, ganzen Bedarf in Preußischen Wegen unthunlich wird, vielmehr die Beschränkung auf den stricten Satz des Klassensteuerbedürfnisses angezeigt ist.

Was die Bemessung der Höhe betrifft, zu welcher jedes der vier Steuerobjecte herangezogen werden soll, so wird bei der Klassen=

Ein weiterer Brief vom 30. September* regte mich zu einem nochmaligen Besuch in Varzin an; zu dem kam es bald, am 20. Oktober, und von ihm muß ich in treuer dankbarer Erinnerung mehr erzählen als vom ersten; wenn auch alle Güte und Gastfreundschaft natürlich ganz dieselbe war.

Nach einem teils fleißigen, teils fröhlichen Abend und prächtiger Nachtruhe ließ mich der Fürst am anderen Morgen nach dem Frühstück zu einer Waldfahrt

---

eintheilung nach Art der Gewerbesteuer das Verhältniß der Belastung zum Werthe des Objects nicht zum unmittelbaren Ausdruck gelangen, und möchte ich zunächst vorschlagen, für jedes der vier Steuerobjecte die Erlaubniß der Feilhaltung desselben bei gleicher Örtlichkeit gleich hoch zu bemessen, so daß die Erlaubniß, mit Wein oder Branntwein, Tabak oder Bier zu handeln, jede für sich in gleicher Höhe zu bemessen sein würde, mit Abstufungen nach der Localität und der Dichtigkeit der Bevölkerung.

Unzweifelhaft ist dieses System viel roher, und für die Übertragung auf das Reich nicht geeignet, aber die Verfassung bildet grade für mich als Kanzler und nach meiner Vergangenheit ein unübersteigliches Hinderniß, und selbst da, wo Zweifel und zweierlei Meinungen möglich wären, ist es für mich nicht wohl thunlich, meine Initiative zur particularistischen Auslegung der Reichsverfassung in Preußen zu ergreifen oder doch zu vertreten. Ich bitte zunächst um Euerer Excellenz Meinung bezüglich des Vorstehenden, und um Ihre Verzeihung wegen der intempestiven Verspätung, mit der ich meine Verfassungsbedenken vorbringe.

Der Ihrige (gez.) v. Bismarck.

* Varzin, den 30. September 1882.

Verzeihen Sie, verehrter Herr College, daß ich bisher in tormentis nicht daran gegangen bin, Ihnen auf Ihre ausgiebige Mittheilung vom 1. d. Mts. zu antworten. Ich kann Ihnen auch heute von Schmerzen verschiedener Art geplagt nur kurz mein Einverständniß

mit ihm einladen. Ich kam bei kühlem nassen Wetter an den offenen Wagen, in dem der Fürst eben Platz nahm, während der Diener mir einen Offiziersmantel (natürlich mit gelbem Kragen) umlegen wollte, was mir äußerst willkommen war, vom Fürsten aber lachend mit den Worten begleitet wurde: „Es muß Ihnen aber nicht unangenehm sein, daß Crispi vor acht Tagen diesen Mantel auch umgehabt hat; er war grade hier und wollte gern mit mir in den Wald fahren.“

Im bunten Wechsel der auf diese Weise sehr heiter eingeleiteten Unterhaltung über die geschäftlichen Sachen, über interessante örtliche Verhältnisse und nicht zuletzt über den Wald selbst, gelangten wir zu einem Platz, wo die Nadelhölzer ein trauriges, krankes Aussehen hatten, der Wald wirklich wie eingegangen erschien. Der Fürst selbst machte mich noch aufmerksam darauf und fügte bedauernd hinzu: „Ja, sehen Sie, das sind diese unseligen Douglastannen, zu denen habe ich mich leider von unsicheren Fachleuten verführen lassen, —

---

mit der Anlage Ihres Schreibens aussprechen und halte für eilig von den bevorstehenden Arbeiten nur die unter II, die Aufhebung der vier untersten Klassensteuerstufen und den anderweiten Ersatz des Aufkommens derselben. Diese Vorlage und den Etat dem Landtage gleich bei seinem Zusammentritt bringen zu können, wäre allerdings in hohem Grade erwünscht. Wenn Ihre Gesundheit und Geschäfte es Ihnen in der Zwischenzeit gestatten sollten, mich behufs mündlicher Besprechung zu besuchen, so würde ich mich sehr freuen, vorausgesetzt, daß Sie in Ihrem Strandaufenthalt die wünschenswerthe Kräftigung gewonnen haben, um die Strapazen einer Reise in diese fernen Gegenden nicht zu scheuen. (gez.) v. Bismarck.

sie sind jämmerlich und jedenfalls für den hiesigen Boden und das Klima ganz ungeeignet. Es ist immerhin eine ziemlich große Fläche damit besetzt und der Verlust nicht ganz gering."

Nach einer kurzen Pause, in der ich nichts Sachverständiges hätte erwidern können, fuhr der Fürst mit einer sehr bemerkenswerten Wendung der Gedanken fort:

„Meine Söhne dürfen sich aber nicht darüber ärgern! Andere Väter haben mit anderen Dingen, Pferden, Karten, Weibern und sonstwie ihren Söhnen viel größere Verluste hinterlassen — da werde ich wohl mit meinem Fehlgriff in der Waldwirtschaft keine großen Vorwürfe verdienen."

Und da beruhigte er sich lächelnd hierüber, und ich freute mich innigst, den großen Mann in dieser kleinen Sache so aufrichtig, so gewissenhaft und liebenswert „erlebt" zu haben!

Bei nachherigen geschäftlichen Besprechungen bemerkte der Fürst, es komme ihm sehr darauf an zu wissen, welcher wirtschaftlichen Richtung die in den Finanzbehörden beschäftigten Beamten angehörten. Unter Umständen sei ihm ein fortschrittlicher Schutzzöllner — wenn ein solcher überhaupt möglich sei — lieber als ein hochkonservativer Freihändler. Die staatspolitische Stellung der Beamten habe im Vergleich zu der wirtschaftspolitischen nur geringe Bedeutung*.

---

* In weiterer Verfolgung dieses Gedankens schrieb mir der Fürst später noch den sehr interessanten Brief vom 31. Oktober

Der Fürst kam auch auf das außerordentlich gute Verhältnis zu sprechen, welches mir gelungen sei für die finanziellen Angelegenheiten mit den Einzelstaaten herzustellen und zu erhalten; er besorge, daß der jetzige

1882, dessen baldige Beantwortung vom 6. November 1882 ebenfalls beigefügt sei.

Vertraulich. Varzin, den 31. October 1882.

Verehrter Freund und College,

ich habe den Eindruck, daß die deutschen Zollbeamten zu einem erheblichen Theile Anhänger des Freihandels sind und zu der Wirthschaftspolitik der Regirung in principiellem Gegensatze stehen.

Der Schaden liegt auf der Hand, der dem Staate erwächst, wenn diejenigen Beamten, denen die technische Ausführung der bestehenden Zollgesetze obliegt, ihren amtlichen Pflichten nur mit Widerwillen und gegen ihre Überzeugung nachkommen.

In Preußen werden Euere Excellenz hierin Remedur zu schaffen wissen; ich bin aber nicht sicher, daß dies auch in anderen Bundesstaaten geschehen wird. Ich möchte deshalb Ihrer Erwägung anheimstellen, ob es nicht angezeigt sein dürfte, mit den einzelnen verbündeten Regirungen in vertrauliche Besprechungen über diesen Punkt zu treten und den Versuch zu machen, wenigstens das zu erreichen, daß die höheren Stellen im Zolldienst in Zukunft nur solchen Beamten übertragen werden, welche aus Überzeugung Anhänger des Wirthschaftssystems der Regirung sind. Die Grundsätze desselben liegen jetzt in festen Bahnen, und eine Änderung des Systems und eine Erneuerung der verhängnißvollen Experimente von 1865 u. f. ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Die Frage, ob ein Zollbeamter den Freihandel oder unser Zollsystem für richtig hält, ist keine politische, sondern eine solche der richtigen Vorbildung und darauf beruhenden technischen Befähigung. Dem Beamten, welcher als Freihändler den Schutz deutscher Arbeit als verderblich für das Wohl des Staates ansieht, fehlt ein fundamentales Erforderniß seiner technischen Brauchbarkeit, weil seine wissenschaftliche Ausbildung eine fehlerhafte und irrthümliche ist, und dieser Mangel macht ihn zur Be-

Stellenwechsel leicht eine bedauerliche Änderung darin herbeiführen könne, insbesondere in Bayern, von wo ihm berichtet worden sei, daß mein Ausscheiden aus dem Reichsschatzamt sehr üblen Eindruck gemacht habe.

---

kleidung einer verantwortlichen Stellung nicht minder ungeeignet, als wenn er ein ihm auferlegtes Examen schlecht bestanden hätte. *Er genügt den Vorbedingungen für sein Amt nicht, ganz ohne Rücksicht auf seine politische Gesinnung.*

Die Gefahr, daß durch die höheren Beamten des Ressorts Deutschland in Zukunft neuen Schädigungen seines Wohlstandes ausgesetzt sein könnte, läßt mich mit einiger Sorge auf den Umstand blicken, daß gedankenlose und fanatische Freihändler die Mehrzahl der höheren Stellen im Zollfache innehaben. Ich würde Euerer Exzellenz deshalb sehr dankbar sein, wenn Sie die Güte haben wollten, mir Ihre Ansicht über diese Frage vertraulich mitzutheilen und zu erwägen, ob und wie man auf die verbündeten Regirungen einwirken kann.

Der Ihrige

(gez.) v. Bismarck.

Berlin, den 6. November 1882.

Eurer Durchlaucht

beehre ich mich auf das geneigte Schreiben vom 31. d. Mts. ganz ergebenst zu erwidern, daß ich in voller Übereinstimmung mit Hochdero Anschauungen es mir besonders angelegen sein ließ, den Gefahren, welche aus einer unter den Zollbeamten bestehenden principiellen Gegnerschaft gegen die Wirthschaftspolitik der Regierung sich ergeben, wachsam und nachdrücklich entgegenzuwirken.

Wie ich demgemäß bisher schon in jedem einzelnen Falle der Beförderung oder Anstellung in der Zollverwaltung verfahren habe, so hätte ich eben auch in die übliche allgemeine Umfrage wegen der zu höheren Stellungen geeigneten Personen einen Passus aufzunehmen befohlen, welcher sichern sollte, daß kein Vorschlag auf andere als überzeugte Anhänger der Wirthschaftspolitik der Regierung gerichtet werde.

Nach Empfang Eurer Durchlaucht geneigten Schreibens habe ich geglaubt, diese meine Absicht nicht besser als durch wörtliche Auf-

Ich mußte zwar bestätigen, daß mir von den drei dort besonders in Betracht kommenden Herren sehr bedauernde Gratulationsbriefe* zugegangen seien, glaubte

---

nahme der darin so klar und überzeugend sprechenden Ausführungen erreichen zu können. Ich erlaube mir ein Exemplar des danach ergänzten Circulars zu geneigter Kenntnißnahme anzuschließen. Dasselbe wird, hoffe ich, auch denjenigen Adressaten selbst, welche etwa noch im Herzen den freihändlerischen Anschauungen zugethan sind, den Ernst der Sache und die Nothwendigkeit des vollen Verzichts auf einen so unhaltbaren Standpunkt klar machen.

Was die anderen Bundesstaaten betrifft, so glaube ich, daß eine Einwirkung auf dieselben, in gleichem Sinne zu handeln, nicht nur wünschenswerth, sondern auch wohl ausführbar ist. Die von Preußen aus committirten Reichsbevollmächtigten für Zölle und Steuern müßten im Allgemeinen ausreichend informirt sein über das Zollbeamtenpersonal der anderen Staaten, welches für die höheren Stellen in Betracht kommen kann. Durch dieselben wird sich das erforderliche Material leicht beschaffen lassen, um auf Grund derselben ganz concrete Empfehlungen und Rathschläge in unserem Sinne zu machen. Die Anbringung derselben und ihre nachdrückliche Betreibung in Verbindung mit entsprechenden allgemeinen Darlegungen dürfte demnächst — bei der delicaten Natur der Sache und der wahrscheinlichen Nothwendigkeit, alle überhaupt sich darbietenden anständigen Mittel des Einflusses zu benützen, zweckmäßig wohl nur in die Hände der Gesandten bei diesen Bundesstaaten zu legen sein. Sofern E. D. hiermit einverstanden sein möchten, würde ich nach Sammlung des Materials die erforderlichen Instructionen für die Gesandten entwerfen lassen und dem Ministerium der ausw. Angel. übermitteln.

(gez.) Scholz.

* Euerer Excellenz

erlaube ich mir den aufrichtigsten, herzlichsten Glückwunsch zu Ihrer Ernennung zum Finanzminister darzubringen. Zugleich drängt es mich, Euerer Excellenz für das dienstfreundliche Entgegenkommen, welches Sie meiner Regierung und mir in Ihrer bisherigen Stellung bewiesen haben, auf das Wärmste zu danken.

aber nicht die Besorgnis teilen zu müssen; mein Nachfolger werde wohl in demselben Geleise bleiben.

Indem ich bitte, uns dieses Wohlwollen auch fernerhin zu schenken, bin ich mit dem Ausdrucke der reinsten Verehrung

Euerer Excellenz

ganz ergebener

München, am 4. Juli 1882. (gez.) v. Riedel

k. bayr. Finanzm.

Excellenz!

Hochgeehrtester Herr Staatsminister!

Aus dem gestern mir zugekommenen Reichsanzeiger entnehme ich die nunmehr erfolgte Ernennung Eurer Excellenz zum k. preuß. Staats- und Finanzminister, und ich bitte deßhalb mir zu gestatten, meine ganz ergebensten Glückwünsche sogleich darbringen zu dürfen.

Daß die Allerhöchste Wahl für diesen z. Z. doppelt hochwichtigen Posten auch auf den rechten Mann gefallen, darüber besteht wohl nur eine Stimme, und die Beglückwünschung Eurer Excellenz ist daher auch eine allgemeine und ungetheilte.

Unter all den vielen Gratulationen bitte ich nun aber auch meinen Glückwunsch — der ebenso herzlich als aufrichtig ist — gütigst entgegennehmen und hiebei zugleich die Bitte gestatten zu wollen, daß Excellenz die bisher mir zu Theil gewordene, so außerordentlich freundliche und wohlwollende Gesinnung auch in Zukunft mir bewahren möchten, womit ich unter dem erneuten Ausdruck der ausgezeichneten Hochachtung und besonderen Verehrung zeichne

Euer Excellenz

ganz ergebenster

München, 5. Juli 1882. (gez.) L. v. May

k. b. Generaldirector der Zölle und indirecten Steuern.

Hochwohlgeboren,

Hochzuverehrender Herr Staatsminister!

Eurer Excellenz gestatte ich mir anläßlich der Ernennung Hochderselben zum Königlich preußischen Staats- und Finanzminister meine wärmsten und ergebensten Glückwünsche auszusprechen.

Indem ich Euer Excellenz bitte, dieselben freundlich entgegennehmen zu wollen, kann ich nicht unterlassen, neben der Versicherung

Damit endeten für diesmal, soviel ich mich erinnere, die Besprechungen amtlicher Dinge, und ich hatte mich nur noch des glücklichen Anwesendseins in Varzin zu erfreuen. Ihre Durchlaucht die Frau Fürstin setzte ihrer großen Freundlichkeit und fürsorgenden Gastlichkeit die Krone auf durch einen Reiseproviant erster Güte — ein in Sahne geschmortes mächtiges Stück Rehrücken habe ich nie vergessen — und damit begab ich mich nach ebenso herzlicher wie ehrerbietiger Verabschiedung auf die Rückreise. Diesmal über Danzig, um diese mir so lieb gewesene Stadt und erste Stufe auf meiner Staatsverwaltungsleiter wiederzusehen. Wie verschönert

---

meiner freudigen Antheilnahme zugleich dem aufrichtigen Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß durch Hochderen Übertritt in das neue Amt die unmittelbaren dienstlichen Beziehungen, welche ich mit Euerer Excellenz während Ihrer Stellung an der Spitze des Reichsschatzamtes zu unterhalten die Ehre gehabt habe, zu ihrem Ende gelangt sind.

Indem ich mich schließlich der angenehmen Hoffnung hingebe, daß Euer Excellenz auch in Ihrer neuen Stellung die freundlichen Gesinnungen gegen Bayern bewahren werden, deren wir uns bisher zu erfreuen hatten, bitte ich auch bei diesem Anlasse die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung und Verehrung genehmigen zu wollen, mit welcher ich die Ehre habe zu bestehen

Euer Excellenz

ganz ergebenster
(gez.) Frh. v. Crailsheim
Staatsminister des k. Hauses und
des Äußeren.

München, den 9. Juli 1882.
An Seine Excellenz
den k. Preußischen Staats- und
Finanzminister Herrn Scholz.

und erweitert hatte sie sich inzwischen, wie gut alt-preußisch war alles und deutsch, wie zufrieden und gesichert scheinbar für immer! Und heut — vae victis auch dir — — liebes armes Danzig!

In Berlin brachte der nächste Winter mehr als sonst ernste andauernde Krankheiten auch in der hohen Beamtenschaft und entsprechende Vertretungen mit sich. Dem Schreiben des Herrn Reichskanzlers an mich vom 15. Januar 1883*, wonach in Vertretung des Herrn Staatsministers v. Boetticher ich den Vorsitz im Bundesrate zu übernehmen hatte, folgte schon am 17. Januar ej. a. die Allerhöchste Order**, die mich mit der Stellvertretung des Fürsten v. Bismarck als Reichskanzler betraute. So lag mir auch am 28. Januar ej. a. die Führung der vom Bundesrat beschlossenen Deputation

* Der Reichskanzler.

(Reichsamt des Innern.) Berlin, den 15. Januar 1883.

Nachdem der Herr Staatsminister von Boetticher erkrankt und dadurch verhindert ist, den Vorsitz im Bundesrath zu führen, und auch der Herr Staatssecretair des Reichsschatzamtes durch Krankheit verhindert ist, den Sitzungen des Bundesrathes beizuwohnen, beehre ich mich, Eure Excellenz ganz ergebenst zu ersuchen, bis auf Weiteres den Vorsitz im Bundesrath gefälligst übernehmen zu wollen.

Der Reichskanzler

S. J Nro. 78. (gez.) v. Bismarck.

An

den Königlichen Staats- und Finanzminister

Herrn Scholz

Excellenz.

** Auf Ihren Antrag vom 17ten d. M. will Ich in Gemäßheit des Gesetzes vom 17. März 1878 (Reichsgesetzblatt Seite 7) für die

ob, welche zur silbernen Hochzeit des kronprinzlichen Ehepaares Seiner Majestät dem Kaiser und danach dem hohen Paare selbst seine Glückwünsche darbringen sollte; der Fürst hatte mir Tags vorher noch schreiben lassen, daß er sich noch zu matt dazu fühle. Ein sehr eindrucksvoller Gegensatz gegen diese vorbereitete zeremonielle Aufgabe erwuchs mir durch das in Nachbildung (S. 140) beigefügte Briefchen S. M. des Kaisers vom 13. Februar 1883*, das ich bei meiner ganz nahen Nachbarschaft zum Palais durch den Boten sofort empfing und fast ebenso schnell durch meine persönliche Meldung, daß keine Sitzungen des Bundesrats anberaumt und keine Minister deutscher Staaten zu Beratungen einberufen seien, erledigen konnte. Seine Majestät erklärte sich alsbald ganz beruhigt, glaubte

---

Dauer der Behinderung des Staatsministers und Staats-Sekretärs des Innern von Boetticher Meinen Staats- und Finanz-Minister Scholz mit Ihrer Stellvertretung als Reichskanzler beauftragen.

Berlin, den 17. Januar 1883.

(gez.) Wilhelm.

(gegengez.) v. Bismarck.

An den Reichskanzler.

* Ganz eigenhändiges Schreiben.

Dem Finanzminister Scholz.

Berlin 13. 2. 83.

Ich sehe daß mehrere Minister der deutschen Staaten hier ankommen, wahrscheinlich zu Bundesraths-Sitzungen. Da ich nicht erfahren habe, zu welchen Berathungen sie berufen sind, so wollen Sie mir noch heute Vormittag die Gegenstände bezeichnen lassen, die verhandelt werden sollen.

(gez.) Wilhelm.

sich in den Persönlichkeiten geirrt zu haben, und entließ mich in meiner stillen Bewunderung eines so lebendigen und tatbereiten Regentenbewußtseins.

Die Briefe des Herrn v. Rottenburg vom 8. und des Grafen v. Bismarck vom 18. Februar und 23. Mai d. J.* beweisen zwar, daß aller Störungen ungeachtet mir damals doch bald wieder ernste Gespräche mit dem Herrn Reichskanzler vergönnt waren, ihres Inhalts aber kann ich mich leider nicht erinnern, und meine Personalakten geben mir auch keinerlei Auskunft darüber.

---

* Berlin, den 8. Februar 1883.

Euerer Excellenz

verfehle ich nicht ganz gehorsamst mitzutheilen, daß der Herr Reichskanzler dankbar sein würde, wenn Euere Excellenz ihn auf dem Heimwege vom Reichstag mit Ihrem Besuche beehren wollten.

Um 5 Uhr speist Seine Durchlaucht.

(gez.) Rottenburg.

18. Februar 83.

Ew. Excellenz

würde mein Vater dankbar sein, wenn Sie ihm heute im Laufe des Nachmittags die Ehre Ihres Besuchs erzeigen wollten. Er bleibt zu Hause u. bittet Ew. Excellenz die Stunde zu wählen, welche Ihnen am Bequemsten ist.

(gez.) Gf. H. v. Bismarck.

Berlin, 23. Mai 1883.

Ew. Excellenz

würde der Reichskanzler dankbar sein, wenn Sie ihm morgen die Ehre erzeigen wollten, ihn zu besuchen, um über die Anträge zu § A des Krankenkassengesetzes Rücksprache zu nehmen. Falls Ew. Excellenz eine andre Zeit nicht genehmer sein sollte, möchte der Reichskanzler Ihnen die Stunde um 2 Uhr proponiren.

(gez.) Gf. H. v. Bismarck.

Solches tun sie dagegen reichlichst zu meinem Konzept eines Berichtes vom 28. März 1883* an den Reichs-

* Berlin, den 28. März 1883.

Euerer Durchlaucht

verfehle ich nicht gehorsamst zu berichten, daß ich Hochdero Aufträgen gemäß dem Herrn Staatssekretär des Reichspostamts gestern des Näheren eröffnet habe, welche Haltung er in Fragen betreffend die süddeutschen Postwerthzeichen fortan überall und unbedingt einzunehmen habe. Ich habe ihn insbesondere darauf aufmerksam gemacht, wie irgend eine besondere Postpolitik, welche sich etwa von der allgemeinen Politik emancipiren oder gar derselben zuwider laufen möchte, nicht geduldet werden könne, und wie Euere Durchlaucht vom Standpunkte der allgemeinen Politik von ihm verlangen müßten und verlangen, daß er nicht blos aller amtlichen, direkten oder indirekten, in der Presse oder sonst möglichen aggressiven Schritte gegen die postalischen Reservatrechte der süddeutschen Staaten sich enthalte, sondern auch, wenn solche Schritte von anderer Seite ausgingen, denselben entgegenwirke und so dazu beitrage, daß nicht auf diesem Gebiete Entfremdungen oder Störungen des guten Einvernehmens Platz greifen.

Herr Staatssekretär Stephan erklärte mir, daß er bereits aus Euerer Durchlaucht letztem Erlasse Hochdero dahin gehende Intentionen entnommen habe und nicht ermangeln werde, sein Verhalten streng entsprechend einzurichten.

Dem Grafen von Lerchenfeld habe ich ebenfalls gestern bereits Mittheilung von der Sachlage gemacht und ihn gebeten, bei der Berichterstattung geneigtest hervorzuheben, daß hiernach diesseits gern angenommen werde, die Angelegenheit als zu voller Erfüllung der Wünsche und Erwartungen der Kgl. Bayerischen Regierung erledigt ansehen zu dürfen.

In Ehrerbietung E. D. treu ergebenster

(gez.) v. Scholz.

München, den 23. März 1883.

Der hohe Erlaß Nr. $\frac{\text{II } 9710}{8126}$ vom 20. d. M., betreffend die Postwerthzeichen, ist mir gestern früh zugegangen, und da dies der Emp-

kanzler, betreffend den Herrn Staatssekretär Stephan. Für diesen Herrn hatte der Fürst bekanntlich ein hohes Maß von Wertschätzung und Zuneigung, welches u. a.

---

fangstag des Herrn Ministers von Crailsheim war, so ist es mir möglich gewesen, seinen Inhalt sogleich zu verwerthen.

Der Herr Minister war von dem neuen Vorschlage des Herrn Staatssekretärs Stephan, alle Postkarten, gleichviel ob sie die Marken des Reiches oder Bayerns oder Württembergs trügen, im Bereiche Deutschlands als frankirt zu betrachten, bereits unterrichtet und erklärte mir ohne Umschweife, daß derselbe für Bayern unannehmbar sei und er das auch dem Grafen Lerchenfeld bereits geschrieben habe.

Ich hatte nichts Anderes erwartet, dessenungeachtet überraschte mich der Ton von Empfindlichkeit in seinen Äußerungen. Wie ich inzwischen von meinem Württembergischen Collegen erfahren habe, rührt das daher, daß Herr von Crailsheim durch die Verständigung des Herrn Staatssekretärs Stephan mit der Generaldirection der Verkehrsanstalten über Beförderung in Bayern der mit Reichsmarken versehenen Postkarten unter Erhebung eines Zuschlags die Sache als abgethan betrachtet und sich auf dem Hofdiner in diesem Sinne auch bei Seiner Majestät dem Könige ausgesprochen hat, mit dem ausdrücklichen Bemerken, er habe nicht den mindesten Anlaß zu der Annahme, daß man in Berlin das Bayerische Reservatrecht antasten wolle. — Die Bayerische Regierung erblickt eben — mit Grund oder nicht — in jeder Modification ihrer postalischen Einrichtungen, die nicht von ihr selbst ausgeht, einen Eingriff in ihr Reservatrecht und betrachtet es als eine Gewissenssache, die sich leider noch zur Ehrensache zugespitzt hat, auf dem Wortlaute der Verträge zu beharren; sie kann deshalb und wird nicht nachgeben.

Herr von Crailsheim wird nun in einer Rückäußerung auf meine schriftliche Mittheilung des in Rede stehenden neuen Vorschlages die Lage und Auffassung der Bayerischen Regierung noch einmal darlegen und sich besonders darüber aussprechen, in welcher Weise derselbe seiner Ansicht nach das Reservatrecht auch finanziell tangirt, und hoffe ich, diese Mittheilung Euerer Durchlaucht in den nächsten Tagen zugehen lassen zu können. Höchstdieselben werden danach ermessen, ob das Interesse des Reiches und des Weltpostverkehrs es

auch darin zuweilen hervortrat, daß eigenmächtige Überschreitungen der amtlichen Befugnisse zu an sich klugen und guten Zwecken ignoriert wurden, was den Post-

---

wirklich erfordert, sie zur Annahme der Vorschläge des Herrn Staatssekretärs Stephan zu zwingen, und ob es zweckmäßig ist, dies jetzt zu thun. Meines gehorsamsten Dafürhaltens würde eine Nöthigung, die von uns ausginge, das Ministerium dem König und der Majorität gegenüber bis zur Widerstandslosigkeit schwächen, und eine neue Interpretation der Verträge, von der auch die Rede sein soll, in dem Sinne, daß Bayern und Württemberg nur berechtigt seien, für ihren inneren Verkehr eigene Marken zu halten, der Verkehr zwischen Deutschland und dem Auslande aber lediglich der Reichsgesetzgebung unterliege, woraus folgt, daß beide Staaten zweierlei Marken würden anwenden müssen, die Reichsmarken und ihre eigenen, würde nur den Unterschied machen, daß der geschäftliche Theil des Publikums, der bis jetzt der Angelegenheit ziemlich indifferent gegenüber steht, ebenfalls auf die Seite der Regierung träte. Ich erinnere Euere Durchlaucht ehrerbietigst an die Haltung patriotischer Leute im Volk, als von den Reichseisenbahnen die Rede war.

(gez.) Werthern.

Seiner Durchlaucht
dem Fürsten von Bismarck.

Berlin, den 18ten Februar 1883.

Hochzuverehrender Herr Staatsminister!

Euerer Excellenz beehre ich mich mit Bezugnahme auf die Unterredung, welche ich in der Briefmarkenangelegenheit mit Euer Excellenz zu pflegen die Ehre gehabt habe, anruhend ein an Seine Durchlaucht den Herrn Reichskanzler gerichtetes Schreiben unter offenem Siegel mit dem ganz ergebensten Ersuchen zu übersenden, dasselbe gütigst seiner Bestimmung zuleiten und den diesseitigen Wünschen in dieser Sache bei sich ergebender Gelegenheit geneigtest eine freundliche Vertretung zuwenden zu wollen.

Genehmigen Euer Excellenz mit dem Ausdrucke meiner Dankbarkeit für Ihre so bereitwillige Vermittlung zugleich die erneuerte Ver-

chef natürlich um so mutiger machte. In bester Absicht scheute er sich daher auch nicht, die Grenzen der postalischen Reservatrechte der süddeutschen Staaten anzugreifen. Bayern und Württemberg faßten das sofort sehr ernst auf, verlangten vom Reichskanzler eingehende Prüfung und Schutz gegen jede Schmälerung ihrer Rechte. Die Minister Frhr. v. Crailsheim und v. Mittnacht hatten zugleich vertraulich mir die Angelegenheit mit dem Wunsche mitgeteilt, daß ich mich für deren freundliche Erledigung interessieren möchte. So kam es, daß der Fürst, der meine guten Beziehungen zu den süddeutschen Regierungen, wie schon erwähnt, kannte und selbst sehr schätzte, die Behandlung der Sache mir in die Hand gab und auch die notwendige Rektifikation des Herrn Stephan nur in der Form einer mündlichen

---

sicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung und wärmster Verehrung, mit welcher ich die Ehre habe zu sein

Euer Excellenz ganz ergebenster

(gez.) Frh. Crailsheim.

An den Königlichen Staats- und Finanzminister, Herrn Scholz.

Euer Excellenz

beehre ich mich unter Bezugnahme auf die stattgehabte Unterredung ein an den Herrn Reichskanzler gerichtetes Schreiben in der Postwerthzeichen-Angelegenheit mit der Bitte um gütige Veranlassung des Weiteren ganz ergebenst zu übersenden.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

Euer Excellenz ganz ergebenster

(gez.) Mittnacht.

An den Königlichen Staats- und Finanzminister Herrn Scholz Excellenz.

Überbringung durch mich erfolgt sehen wollte. Nach dieser Mitteilung wird mein voraufgegangenes Gespräch mit dem Fürsten zwar ungefähr zu erkennen sein, dennoch bedaure ich, dasselbe nicht bald festgehalten zu haben — es würde gewiß willkommener sein.

Im Herbste desselben Jahres wurde ich durch einen Brief des Grafen Rantzau vom 20. Oktober* nach Friedrichsruh eingeladen, wohin ich überhaupt öfter als nach Varzin sowohl vor wie nach der Verabschiedung des Fürsten gekommen bin. Obwohl ich hier wie dort immer dieselbe überaus gastfreundliche und herzliche Aufnahme fand, ist mir doch in Friedrichsruh alles so ganz anders wie in Varzin erschienen: die Haltestelle der belebtesten Eisenbahn fast unmittelbar vor dem Hoftor, die große reiche Handelsstadt in nächster Nähe, Zahl und Art der mit der Herrschaft dort ver-

---

* Friedrichsruh, den 20. October 1883.

Euerer Excellenz

hochgeneigtes Schreiben vom 19. d. Mts. hat der Reichskanzler mit verbindlichstem Danke erhalten und wird sich freuen, Hochdieselben in der nächsten Woche hier zu sehen. Er bittet Euere Excellenz den Tag ganz nach Ihrer Convenienz zu wählen, da ihm jeder Tag recht ist. Euere Excellenz darf ich ganz gehorsamst bitten, mich von Tag und Stunde Hochdero Ankunft gütigst benachrichtigen zu wollen, damit die erforderlichen häuslichen Einrichtungen getroffen werden können.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung habe ich die Ehre mich zu zeichnen als

Eurer Excellenz

ganz gehorsamen Diener

(gez.) Rantzau.

kehrenden Menschen dem entsprechend, das brachte von selbst eine ganz andere Lebensweise mit sich, als man sie in Pommern auf dem schönen, großen und ruhigen Landgute führen konnte — und dennoch waren Fürst und Fürstin hier wie dort und wie in Berlin immer ganz dieselben. Ich hatte mich diesmal für den Abend des 24. Oktober anmelden müssen und kam etwas verspätet erst nach der Abendmahlzeit daselbst an, wurde aber nicht nur doch mit einem sehr schönen Abendmahl erquickt, sondern vielmehr noch beglückt durch die mit mir an der Tafel nochmals Platz nehmende hochverehrte Familie, die über meinen Appetit sich ebenso teilnehmend freute, wie über meine neuesten Berichte aus Berlin.

Am andern Morgen nach dem Frühstück nahm mich der Fürst zu einem Spaziergang in den Wald mit — hier zu Fuß — auf gutem Wege, der von noch jungen Bäumen überwölbt war. Zwei Lieblingshunde begleiteten uns, und in angemessener Entfernung folgte uns ein Schutzmann in Zivil. In den Bäumen über uns machten sich viele Eichhörnchen das Vergnügen, uns zu begrüßen und die Hunde zu ärgern, so daß wir im Gespräch mehr und mehr gestört wurden. Da sagte der Fürst: „Die Tiere haben sich hier schon gar zu sehr vermehrt; ich will den Hunden eine Freude machen.“ Er drehte sich um, winkte dem Schutzmann, nahm ihm seinen Revolver ab, zielte senkrecht in einen Baum hinauf, während die Hunde neben ihm in die

Höhe sprangen; — nach einem Schuß lag auch sogleich ein Eichhörnchen zwischen den Hunden, die nun wirklich die gewollte Freude hatten. Mir imponierte der Schuß mit der doch fremden, ungewohnten Waffe in solcher Richtung und immerhin bedeutender Entfernung auf das hüpfende Tier. Der Fürst war lediglich zufrieden mit dieser Erfüllung seines Willens, gab die Waffe dem Beamten zurück, und nun konnten wir in langem Spaziergange ungestört die geschäftlichen Angelegenheiten besprechen. Dazu fanden sich im Laufe des Tages auch noch mehrere andere Stunden, so daß ich schon bald wieder nach Berlin zurückfahren konnte.

Hier folgte nun eine längere Zeit wichtiger und schwieriger Arbeit wie gesellschaftlicher Verpflichtungen bis in den Monat Juli 1884, wo ich mich mit meiner Frau in einem uns sehr empfohlenen Forsthause in Böhmen erholen wollte, mir aber eine schwere Erkrankung holte, mit der ich am 21. Juli wieder in Berlin eintraf. Die Krankheit verschlimmerte sich und zog sich bedenklich in die Länge, da erhielt ich aus Varzin den in Nachbildung (S. 141 ff.) angefügten Brief Bismarcks vom 31. August 1884:

„Sr. Excellenz dem Kön. Staats- u.
Finanzminister Herrn von Scholz Berlin.

Varzin 31. Aug. 1884.

Geehrter Freund und College

ich schreibe Ihnen nicht um meiner herzlichen Theilnahme an Ihrer Erkrankung Ausdruck zu geben, denn

Sie werden derselben ohnehin sicher sein; nur die Bitte will ich Ihnen dringend ans Herz legen, daß Sie den Geschäften und Ihrer Sorge um den Verlauf derselben nicht gestatten wollen, Ihre sichre und volle Genesung zu beeinträchtigen. Nicht bloß vom Standpunkte des theilnehmenden Freundes, sondern ebenso von dem der gemeinsamen dienstlichen Interessen bitte ich Sie im Auge zu behalten, daß Sie im Februar oder März für die Landtagszeit Ihre Kräfte sparen müssen. Dazu wird nothwendig sein, daß Sie das Reichstagsgefecht Böttticher, Burchardt und mir vertrauensvoll überlassen, und für die nächsten Wochen alle Geschäfte als nicht vorhanden betrachten. Ich denke in 8 bis 10 Tagen in Berlin zu sein, und alles so einzurichten, daß Sie unbehelligt bleiben. Die Reichstagswahlen werden erst im October oder November stattfinden, und vor denselben beabsichtige ich nichts in Angriff zu nehmen, was bei den Wahlen gegen uns gemißbraucht werden könnte, also überhaupt nichts Wichtiges; erst müssen die Wahlen feststehn. Das Reichsbudget bleibt im Princip das alte, auch die sonstigen vorjährigen Reichsvorlagen, mutatis mutandis, unter Vervollständigung des Unfallgesetzes. Das alles machen wir ohne Sie und ohne Ihnen ein Concept zu verderben. Sie haben also alle Zeit gesund zu werden ohne etwas zu versäumen. Thun Sie mir nur die Liebe und lassen Sie jetzt über Sich ergehn was Gott verhängt ohne nach dem Staat zu fragen. Lassen Sie mir für die Zukunft die Hoffnung

auf gemeinsames Zusammenwirken mit dem einzigen Finanzminister mit dem mir das, in gegenseitigem Verständniß, seit 22 Jahren vergönnt gewesen ist. Gestatten Sie Ihrem Pflichtgefühl nicht, Sie ungeduldig zu machen, darum bittet Sie herzlich Ihr

Freund und College
(gez.) v. Bismarck."

Daß dieser Brief mich wahrhaft beglückte, mein Leben mir wieder wertvoll machte und so zu meiner Gesundung wesentlich beitrug, bedarf keinerlei Begründung; und auch die weitere fast väterliche Fürsorge für meine Beurlaubung, beste Beförderung auf der Eisenbahn an den Erholungsort und zurück, und für Schonung aller Art darf und muß ich zur Begründung des Bekenntnisses anführen, daß innigste Dankbarkeit, Liebe und Verehrung des großen Mannes bis zu seinem Tode und darüber hinaus bis heut mein Herz erfüllt hat und bis zu meinem Tode erfüllen wird.

Mit ganz ähnlichen Empfindungen erfüllte mich dann noch die Urlaubserteilung Sr. Majestät des Kaisers vom 20. September 1884 (ohne Kontersignatur):

„Ich ersehe aus Ihrem Gesuche vom 18. d. Mts. zu Meiner Freude, daß Sie nach schwerer Krankheit nun soweit wieder hergestellt sind, um in nächster Zeit Behufs einer Ihnen ärztlich verordneten Luftveränderung eine Reise unternehmen zu können. Zu diesem Zweck bewillige Ich Ihnen den erbetenen Urlaub auf vier Wochen vom 24. d. M. ab, will denselben auch gern,

falls Sie nach Ablauf dieser Zeit weiterer Ruhe und Schonung bedürfen, auf einen noch längeren Zeitraum ausdehnen. Meine besten Wünsche für Ihre baldige völlige Genesung begleiten Sie.

Benrath, den 20. Sept. 1884.

(gez.) Wilhelm.

An den Staats- und Finanzminister von Scholz."

Den neuen Abschnitt lasse ich mit einem schriftlichen Gespräch Bismarcks vom 27. Januar 1885 beginnen, welches der Fürst allerdings wohl nicht bloß mit mir, sondern gewiß auch mit einigen anderen preußischen Staatsministern geführt hat. Es ist an mich als Königlich Preußischen Bevollmächtigten zum Bundesrat adressiert und lautet:

„Berlin, den 27. Januar 1885.

Es liegt in den parlamentarischen Traditionen und im Interesse der Opposition, einzelnen Mitgliedern des Bundesraths dem Reichstage gegenüber eine analoge Stellung beizulegen, wie die eines preußischen Ministers in Angelegenheiten seines Ressorts, und wie dieser sie unter Umständen auf die ihn vertretenden Commissare in dem Preußischen Landtage, beziehungsweise in den Commissionen desselben, thatsächlich zu übertragen vermag. Nach dem Wortlaut der Preußischen Verfassung deckt die Unterschrift eines einzelnen Ministers den Bedarf an Verantwortlichkeit für jeden Regirungsact, und da in der Regel das Votum des Ressortministers das entscheidende ist, so ist letzterer häufig in der Lage, in Angelegenheiten seines Ressorts den Beschlüssen des Staatsministeriums durch Erklärungen im Abgeordnetenhause zu präjudiciren. Allerdings ist auch der Preußische Ressortminister genau genommen nicht befugt, in Bezug auf Vorlagen, welche dem Landtage auf Grund einer Königlichen Ordre und eines Beschlusses des Gesammtministeriums ge-

macht worden sind, auf eigene Verantwortung Abänderungen zu concediren oder durch seine Commissarien concediren zu lassen. Thatsächlich aber kann der einzelne Minister die Abweichungen von Verabredungen an allerhöchsten Vorlagen durch seine Stellung zu Seiner Majestät und zu dem Staatsministerium ohne Abweichung von dem Geiste der Verfassung ausgleichen. Im Reiche liegt die Sache anders. Den einzelnen Mitgliedern des Bundesraths fehlt jedes Recht, im Namen des Bundesraths dem Reichstage gegenüber Erklärungen abzugeben. Den Executiv-Beamten des Kaisers steht eine Betheiligung an der gesetzgebenden Gewalt an sich im Reiche nicht zu. In Preußen ist der König ein Factor der Gesetzgebung und wird als solcher durch seine verantwortlichen Minister vertreten; im Reiche dagegen hat der Kaiser keinen Antheil an der legislativen Gewalt, und folgeweise kann weder der Reichskanzler noch ein sonstiger Beamter als solcher auch nur vertretungsweise bei der Ausübung dieser Gewalt mitwirken. Die Reichsbeamten, einschließlich des Reichskanzlers, erwerben das Recht zur Theilnahme an der Gesetzgebung erst dadurch, daß sie Mitglieder des Bundesrathes werden. Aber selbst dann bleibt ihre Stellung eine andere als die der Preußischen Minister, weil im Bundesrath keine Ressorts existiren, und folgeweise kein einzelnes Mitglied dieser Körperschaft eine vorwiegende Autorität für die Beschlüsse auf einzelnen Gebieten ausübt, wie der einzelne Preu-

ßische Minister in den seiner Leitung unterstellten Angelegenheiten.

Es könnte allerdings in Frage kommen, ob es nützlich wäre, das von Bundesrathsmitgliedern factisch bereits wiederholt ausgeübte Recht, im Reichstage Erklärungen im Namen der verbündeten Regirungen auch ohne besonderen Auftrag abzugeben, zu erwerben. Meines ergebenen Dafürhaltens ist diese Frage jedoch zu verneinen. Ich halte es für einen wesentlichen Vorzug der Reichsverfassung, daß die obersten Kaiserlichen Beamten und die Bundesrathsmitglieder Anträgen oder Anfragen gegenüber, welche aus der Mitte des Plenums oder einer Commission gestellt werden, jede Äußerung abzulehnen berechtigt sind, solange sie nicht durch einen Majoritätsbeschluß des Bundesraths gedeckt sind. Für unzulässig und mit der Verfassung unvereinbar halte ich es, wenn seitens eines Bundesrathsmitgliedes oder eines Commissars in dergleichen Fällen auf den Reichskanzler Bezug genommen wird. Die Versuchung, dies zu thun, tritt nur den Preußischen Vertretern des Bundesrathes nahe; schon daraus läßt sich entnehmen, daß sie in factischen Machtverhältnissen und nicht in dem Verfassungsrechte wurzelt. Dem Kanzler steht in seiner Eigenschaft als oberster Reichsbeamter kein Antheil an der gesetzgebenden Gewalt zu; diesen Antheil hat er nur in der Eigenschaft eines Preußischen Bevollmächtigten; seine Functionen als Kanzler sind lediglich die eines

Vollzugsbeamten des Kaisers. Auch aus tactischen Gründen empfiehlt es sich, über die hieraus sich ergebende Grenze nicht hinauszugehen. Die an Mitglieder des Bundesraths oder Commissarien desselben gerichteten Anfragen gehen in der Regel von den Oppositionsparteien aus, welche dabei keinen anderen Zweck haben, als den Regirungen Schwierigkeiten zu bereiten und Material für Angriffe zu gewinnen; wir würden diesen Bestrebungen nur Vorschub leisten, wenn wir nicht die Vortheile unserer verfassungsmäßigen Stellung ausnutzen wollten.

Selbst über Absichten des Bundesraths ist ein einzelnes Mitglied desselben verfassungsmäßig nicht berufen, Auskunft zu ertheilen, solange die Absicht nicht durch Beschluß des Bundesrathes festgestellt ist. Es wäre dies analog dem Falle, daß ein einzelnes Herrenhausmitglied dem Abgeordnetenhause gegenüber Erklärungen abgeben wollte über die Absichten des gesetzgebenden Factors, dem er angehört. Der Bundesrath vereinigt in sich die Eigenschaften eines Senates oder Staatenhauses einerseits und eines ministeriellen Trägers der Reichssouveränetät der Fürsten andrerseits. Im Interesse der Wahrung seiner verfassungsmäßigen Stellung erlaube ich mir, Euerer Excellenz das ergebene Ersuchen auszusprechen, die im Vorstehenden dargelegten Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen gegenüber den Versuchen, die einzelnen Reichsbeamten für die Beschlüsse und das Verhalten der verbündeten

Regirungen verantwortlich zu machen. Gleichzeitig darf ich Euerer Excellenz ergebenst anheimstellen, diejenigen Beamten Ihres Ressorts, welche als Bundesraths-Commissarien zu fungiren bestimmt sind, gefälligst mit der Instruction zu versehen, daß Zusicherungen im Namen der verbündeten Regirungen nur auf Grund von Beschlüssen des Bundesrathes oder von actenmäßig feststehender Übereinstimmung der Mehrheit der Vota dem Reichstage oder dessen Commissionen ertheilt werden können.

(gez.) v. Bismarck."

Dieses Schreiben macht es recht anschaulich, wie des Reichskanzlers politische Sorgen und Fürsorgen sich keineswegs auf die zahlreichen aktuellen Aufgaben und Notwendigkeiten beschränken ließen, die doch fast jeder Tag schon mit sich brachte; daß seine Gedanken und Vorausschauungen vielmehr darüber hinaus immer auch noch mit Mängeln und Bedürfnissen sich beschäftigten, die nebenher liefen und zum Ausdruck gebracht zu werden verlangten.

Sehr viel größer und dringender war und blieb seine nie aufhörende Sorge, dem Reiche irgendwie die Geldmittel zu verschaffen, die zu der in der Welt ihm gebührenden Stellung zweifellos notwendig, aber immer noch nicht zu erlangen waren. Über diese seine schwere Sorge führten wir auch damals sehr ernste mündliche Gespräche und gelangten dabei mehr und mehr zu der Überzeugung,

daß eine geschickte Besteuerung des Branntweins ohne Bedrückung der Betroffenen und mit allgemeinem Nutzen sehr beträchtliche Mittel in erster Linie für das Reich würde beschaffen können. In der Abteilung meines Ministeriums für die indirekten Steuern hatte ich einen außerordentlich kenntnisreichen und fleißigen, im praktischen Dienst gut vorbereiteten Hilfsarbeiter, Herrn Regierungsassessor Koehler, den nachmaligen Generaldirektor dieser Abteilung, mit dem an solcher Aufgabe zu arbeiten eine Lust war. Wir waren mit einem vollständigen, uns selber befriedigenden Gesetzentwurf schon fertig geworden, als ich den nachstehenden eigenhändigen Brief des Reichskanzlers vom 11. November 1885 empfing.

„Friedrichsruh, 11. Nov. 85.

Darf ich Sie, verehrter Freund und College, fragen, ob Sie bezüglich der Branntweinbesteuerung noch für die bevorstehende Session eine Vorlage in dem von uns früher vertraulich besprochenen Sinne in Aussicht nehmen? Wenn es der Fall wäre, so würde ich gern vor definitiver Feststellung der Eröffnungsrede den Inhalt der letzteren vertraulich mit Ihnen besprechen. Der Ihrige (gez.) v. Bismarck."

Meine Antwort erfreute ihn sehr und führte nun zu mehrfachen Besprechungen des Weiteren; zuerst in Friedrichsruh, wohin mich ein telegraphisches Willkommen gerufen hatte. Daß und wie unser Entwurf

die Einführung eines Branntweinmonopols vorschlug, gefiel dem Reichskanzler durchaus, aber nach den üblen Erfahrungen, die mit ähnlichen Gesetzentwürfen beim Reichstage schon gemacht worden waren, blieb seine Hoffnung auf Erfolg doch eine geringe:

„Wie werden sich die Länder dazu stellen? Die süddeutschen zumal? Zu denen müssen Sie selbst sich begeben und mit Benutzung Ihrer freundlichen Beziehungen dort sie zu gewinnen suchen. Es mag ja nicht leicht sein, aber Sie müssen es versuchen! Haben wir sie auf unserer Seite, so ist die Sache jedenfalls wesentlich erleichtert — wenn nicht, nun so haben wir doch das Mögliche getan."

Da ich dieser Ermunterung natürlich bereitwilligst Folge leisten wollte, fügte der Fürst mit Bezug darauf, daß ich mir das kleine Landgut Seeheim zu Allmannsdorf bei Konstanz gekauft und kürzlich etwas eingerichtet hatte, noch folgende freundliche Ratschläge für meine Mission hinzu:

„Es würde sehr günstig sein, wenn Sie von dort aus die in Betracht kommenden Residenzen und Regierungen ganz unauffällig besuchen, mündliche Mitteilungen und Auskünfte über unser Vorhaben vertraulich geben und, wenn auch selbstverständlich keine verbindliche Erklärung, so doch klare Erkenntnis der dortigen Auffassung heimbringen könnten."

Ganz einverstanden auch hiermit, fuhr ich von meinem Seeheim zunächst nach München, wo ich beim Herrn

Finanzminister v. Riedel dem freundlichsten Empfange und nach eingehenden Besprechungen unseres Vorhabens auch allmählich vollkommener Billigung desselben begegnete. Ebenso erging es mir ein paar Tage später in Stuttgart bei den Herrn Ministern v. Mittnacht und v. Renner. In Karlsruhe empfing mich der Herr Minister Ellstädter zwar auch recht freundlich, aber zur Sache fand er nur eine sehr zögernde, unklare Antwort, die ich mit einigen diskreten Hinweisungen auf München und Stuttgart jedoch bald belebter und angenehmer zu machen vermochte.

Als ich so, die Tasche voll bester Nachrichten, nach Berlin zurückkam, wollte der Fürst zuerst mir gar nicht glauben — meine Erzählung fast für einen Scherz halten —, allmählich kam die Wahrheit zu ihrem Recht und die Hoffnung nahm zu, aber auch die diplomatische Besorgnis, daß Sachsen von dem, was geschehen und was nicht geschehen, sich unfreundlich berührt fühlen könnte, falls Kenntnis davon hinkäme — in jedem Falle besser sei es schon, wenn ich hinkäme, war des Kanzlers Meinung, und ihr gern wie fast immer mich anschließend, reiste ich nun rasch noch auch nach Dresden und hatte zu meiner Freude auch dort besten Erfolg. Das Branntweinmonopol kam nun von Woche zu Woche immer mehr zur allgemeinen Besprechung, und der Fürst begleitete sie nicht bloß mit aller Aufmerksamkeit, sondern auch mit jedem guten Mittel, das sich ihm irgend darbot, um

ein gutes verständiges Urteil über dasselbe in allen Kreisen zu erlangen. Dafür sprechen z. B. auch die drei hierunter gedruckten Briefe des Herrn v. Rottenburg an mich vom 21. und 22. Dezember 1885 und 9. Januar 1886 in beredter Weise*. Nichts von alledem schützte vor der bedauerlichen Wiederkehr der finanziellen Obstruktionspolitik des Reichstages, und

* Reichskanzlei.

Berlin, den 21. Dezember 1885.

Euerer Excellenz

beehre ich mich ergebenst mitzutheilen, daß ich dem Herrn Reichskanzler über die Frage der Anregung einer Lex Huene betr. Überweisung der Grund- u. Gebäudesteuer an die Kreise Vortrag gehalten habe. Seine Durchlaucht theilt Euerer Excellenz Auffassung, daß auf diesem Wege eine wenigstens partielle Unterstützung des Branntweinmonopols durch das Centrum erreicht werden könne, und ist mit den von Hochdenselben in Aussicht genommenen Schritten durchaus einverstanden. —

(gez.) Rottenburg.

Berlin, den 22. Dezember (1885).

Der Herr Reichskanzler hat mich beauftragt, Euerer Excellenz den Überbringer dieser Zeilen, Dr. Fischer, Redacteur der Cölnischen Zeitung, ergebenst zu empfehlen.

Dr. Fischer geht in diesen Tagen nach Cöln und will seine dortige Anwesenheit dazu benützen, um seine Collegen für das Spiritusmonopol zu gewinnen. Zu diesem Zweck wäre es ihm erwünscht, in den großen Grundzügen die Vorlage zu kennen. Seine Durchlaucht hat kein Bedenken dagegen, daß Herrn Fischer die gewünschte Mittheilung gemacht werde, zumal wenn man dadurch die werthvolle Bundesgenossenschaft der Cölnischen Zeitung gewinnen kann. Seine Durchlaucht hofft, daß Euere Excellenz diese seine Auffassung theilen werden, und bittet Hochdieselben Herrn Fischer einige Renseignements gefälligst geben zu wollen. Eine Benutzung derselben in der

so konnte man schon im März 1886 einer Ablehnung auch des Branntweinmonopolgesetzes sicher entgegensehen. Am 9. des Monats empfing ich aus der Reichskanzlei die schriftliche Meldung, daß der Reichskanzler durch Unwohlsein verhindert sei, auszugehen, und mir dankbar sein würde, wenn ich ihn zwischen 11 und 12 Uhr vormittags oder zwischen 4 und 6 Uhr nachmittags besuchen wollte. Um 11½ Uhr trat ich bei ihm ein und empfing zunächst auf meine Frage nach seinem Befinden ausführliche Antwort, insbesondere dahin, daß die beiden letzten parlamentarischen Diners

---

Presse würde nur erfolgen, falls Euere Excellenz eine solche wünschen sollten. Andernfalls wird das strengste Geheimnis bewahrt werden.

(gez.) Rottenburg.

Berlin, den 9. Januar 1886.

Euerer Excellenz

beehre ich mich in der Anlage das Protokoll der Staatsministerialsitzung vom 6. d. Mts. zu übersenden und Hochdenselben dabei im Auftrage des Herrn Minister-Präsidenten ergebenst anheimzustellen, auf Folio 5 dieses Protokolls den Verkaufspreis des Spiritus auf dem Auslandsmarkt auf 23—24 (nicht 21) Mark anzugeben. Nach den hier vorliegenden Hamburger Marktberichten entspricht diese Angabe den thatsächlichen Verhältnissen. Seine Durchlaucht glaubt denselben aber auch um dessentwillen den Vorzug geben zu sollen, weil er es für nützlich hält, daß ein möglichst hoher Ertrag des Spiritusmonopols in Aussicht gestellt und die Herabdrückung des finanziellen Erfolges den Gegnern überlassen werde.

Der Herr Minister-Präsident würde Euerer Excellenz dankbar sein, wenn Hochdieselben Sich diesen Erwägungen anschließen und denselben bei dem Entwurf der Motive für die Gesetzvorlage betr. das Spiritusmonopol hochgeneigte Berücksichtigung schenken wollten.

(gez.) Rottenburg.

die Ansicht seines Arztes vollkommen bestätigt hätten, daß vieles Sprechen ihm schädlich sei: —

„aber was soll ich machen? Höre ich auf zu sprechen, so denken die Gäste, sie sollen gehen —; sage ich gar, ich könne nicht sprechen, ich sei nicht wohl genug dazu, so sind auch alle gleich schon draußen."

Nachdem wir uns sodann über die von der Reichstagskommission zur Beratung des Branntweinmonopolgesetzes einzunehmende Haltung sowie über ein an die größeren deutschen Regierungen in dieser Angelegenheit zu richtendes Schreiben verständigt hatten, benutzte ich die Gelegenheit, die mir gerade wegen der vollkommenen Abwesenheit eines etwa voraufgegangenen Dissensus und bei der obwaltenden heiteren Stimmung besonders günstig erschien, zu folgender persönlicher Erörterung.

Ich sagte dem Fürsten, daß ich mich schon wiederholentlich selbst gefragt hätte und nun ihn bitte, diese Frage auch zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig und darum ratsam sein sollte, mich jetzt im Finanzministerium durch einen anderen zu ersetzen? Der Fürst war sichtlich unangenehm überrascht durch diese Anregung und unterbrach mich schnell mit den Worten: „Gott bewahre, wo denken Sie hin?" Ich führte nun näher aus, daß ich besorgte, irgendwelche positiven Resultate werde er mit mir zu erreichen nicht imstande sein; ein großer Teil der Konservativen sei gegen mich eingenommen wegen meiner Stellung in der Währungs-

frage und zum Teil wohl auch aus anderen Gründen; die Nationalliberalen haßten mich geradezu wegen Mangels an Ehrerbietung für sie; aus ihren Kreisen werde energisch und eifrig versucht, mich und zwar zunächst nur mich wenigstens zu verdrängen — Hobrecht möge daran vornehmlich seinen Anteil haben; die Unterhaltungen mit ihm über zweijährige Etatsperioden u. m. dergl. Vielleicht mehr als an sachlichen Widerständen würden unsere Bemühungen an solcher persönlicher Feindschaft scheitern. Ob dem Herrn Reichskanzler nicht vielleicht der Gedanke einer Erwägung wert erscheine, etwa mit Miquel z. B. zu versuchen, zu fruchtbringenderer Tätigkeit zu gelangen; die Nationalliberalen könnten eine solche vereinzelte Konzession immerhin als dargebotene Gelegenheit ansehen und schätzen, ihre Regierungsfähigkeit zu beweisen.

Der Fürst antwortete mir hierauf in längerer Ausführung durchaus ablehnend; ich habe daraus namentlich folgendes behalten:

„Miquel ist ein geistreicher, angenehmer Mann, mit dem ich mich gern unterhalte — aber Minister? — nein! Bei ihm rutscht plötzlich die Erde weg, auf die man bauen zu können glaubte — ein zuverlässiger Mann, wie er zum Minister erforderlich ist, ist er nicht —



Außer Maybach sind Sie der Einzige, auf den ich mich im Ministerium stützen kann; auch unseren verehrten Freund Herrn v. Puttkamer rechne ich nicht dazu; er hat eine schöne Rede, aber keine feste Hand;

er regiert nicht, er läßt die Sache laufen. Nein — wenn Sie und Maybach mich im Stich lassen wollen, dann schmeiß' ich die Sache auch hin, dann will ich nicht mehr. — — — Ich begreife, daß solche Mißerfolge Lust zum Gehen machen, aber daran dürfen Sie nicht denken — — —."

Mit meiner Erwiderung, daß ich nicht entmutigt sei, daß ich heut wie im Juli 1879 nur den einen Gedanken verfolgte, ihm eine Stütze und ein Helfer für seine Politik sein zu wollen, und daß nur die Besorgnis, dies kaum mehr mit Erfolg sein zu können, mich zu der Frage veranlaßt habe, — — — fand dann die Aussprache ihren freundlichen Abschluß. —

Als nun die Ablehnung des Branntweinmonopols in der Reichstagskommission sicher bevorstand, erschien es mir und ebenso dem Herrn Minister v. Boetticher empfehlenswert, es nicht mehr im Plenum des Reichstages zur Verhandlung darüber kommen zu lassen, um mit einem späteren Reichstage leichter zu dem besseren Erfolge zu kommen. Die hierunter abgedruckten Briefe des Herrn v. Boetticher vom 5. und 6. Juni besagen, daß und weshalb es nicht dazu gekommen ist*. Der damalige Reichstag hat, seiner Kommission folgend, das Gesetz abgelehnt und damit eine Kraft-

* Der Staatssekretär des Innern.

Berlin, den 5. Juni 1886.

S. D. telegraphierte mir:

Ich kann mich nicht überzeugen, daß wir uns mit Ablehnung der Kommission begnügen können, sondern glaube, daß wir auf Votum

quelle des Reiches verstopft, die dessen Dasein vielleicht noch bis heute wesentlich anders gestaltet hätte! Während Herr v. Boetticher, seiner beneidenswerten Naturanlage folgend, auch bei dieser Gelegenheit humoristisch schrieb, hatte der Fürst für die Sache keinen Humor übrig, für andere Sachen zu gleicher Zeit aber auch solchen. So beendete er damals in einem ihm etwas peinlich gewordenen Kampfe mit mir um die bestmögliche Wiederbesetzung eines wichtigen Amtes einen letzten Brief an mich mit folgenden Worten:

---

des Plenums bestehen müssen. Ihr Besuch würde mir morgen sehr angenehm sein.

Ich denke demgemäß, morgen früh nach Friedrichsruh zu fahren, und würde sehr dankbar sein, wenn Sie, mein hochverehrter Freund, mir vorher noch die in Aussicht gestellte Unterredung gönnen wollten. Wenn Sie nicht anders bestimmen, könnten wir hierzu den heutigen Abend nach Erledigung des archiepiscopalen Diners† bei Goßler wählen.

(gez.) v. Boetticher.

Friedrichsruh, den 6. Juni 1886.

Mein hochverehrter Freund!

Es ist mir nicht gelungen, S. D. davon zu überzeugen, daß es gerathen sei, den Reichstag vor der zweiten Lesung der Branntwein-steuer-Vorlage zu schließen. Seine Auffassung über diese Frage war von vornherein eine so bestimmte, daß unsere Gründe, die ich übrigens sämmtlich entwickeln durfte, keine Aussicht auf Eindruck besaßen. Seine Argumentation behalte ich der mündlichen Mittheilung vor. Sie werden also in den sauren Apfel beißen müssen, weiter zu fechten.

Freundlichen Gruß!

Ihr aufrichtig ergebener

(gez.) v. Boetticher.

---

† Das Diner fand zu Ehren eines Erzbischofes statt.

„Wenn Sie in den Beziehungen zu Herrn N. nicht schon so weit gegangen sind, daß die Nothwendigkeit weiter zu gehen vorliegt, so erlaube ich mir die vertrauliche Anfrage, ob Sie nicht die Gefahr, eine Bambergersche Schlange am Busen zu nähren, doch für wichtiger ansehen als die mögliche Minderwerthigkeit der technischen Leistung; mit anderen Worten, ob wir es nicht doch lieber mit Herrn NN's Kränklichkeit als mit der Unaufrichtigkeit des Anderen versuchen wollen?

Der Ihrige

(gez). v. Bismarck."

Wir einigten uns bald — wie, will ich nicht sagen, oder doch: ganz freundschaftlich!

Nachdem inzwischen ohne meine weitere Mitwirkung lediglich für das engere Gebiet der sogenannten Branntweinsteuergemeinschaft ein neues Branntweinsteuergesetz zustande gekommen und mit dem Datum des 24. Juni 1887 publiziert worden war, empfing ich mit demselben Datum den nachstehend abgedruckten Brief des Herrn Reichskanzlers aus Varzin:

„Varzin, den 24. Juli 1887.

Verehrter Freund und College,

bei unserer letzten Besprechung äußerten Sie mir Ihre Besorgnisse in Betreff der Schwierigkeiten, welche die Herstellung der in Folge des neuen Branntweinsteuer-Gesetzes nöthigen Einrichtungen und Garantieen bis zum 1. October haben wird. Dieselben werden besonders groß sein in Bezirken, wo, wie in dem

hiesigen, verhältnißmäßig viele Brennereien und wenige Handwerker vorhanden sind, welche die erforderlichen technischen Arbeiten ausführen können. Wenn es für Sie von Interesse sein sollte, Sich über die Fragen und die Zustände gerade in einer Gegend, wo die Schwierigkeiten besonders groß sind, persönlich an Ort und Stelle zu informiren, so würde ich mich sehr freuen, wenn mir diese Ihre Neigung das Vergnügen Ihres Besuches verschaffte. Da ich zu den wenigen Brennerei-Besitzern gehöre, vielleicht der Einzige bin, der mit Ihnen das gemeinsame staatliche Interesse an der Durchführung der Sache hat, so können Ihnen die Informationen, welche ich theils selbst theils durch meine Beamten geben kann, möglicherweise neben den amtlichen Berichten, die Ihnen reichlich zur Verfügung stehen, von Werth sein. Sie Selbst können allein ermessen, ob diese Informationen von Seiten eines Collegen, der zugleich Mitglied der contribuens plebs ist, Ihnen Anlaß bieten können, in einer übermäßig beschäftigten Periode Sich auf einige Tage dem Getriebe der amtlichen Maschinerie zu entziehen. Mir würde es Freude machen, Sie zu sehen, aber ich erwarte fast die Antwort, daß Ihre Zeit es Ihnen nicht erlaubt.

In der Hoffnung, daß es mit Ihrer Gesundheit ebenso gut geht, wie einstweilen mit der meinigen, bin ich

der Ihrige
(gez.) v. Bismarck."

Ich war eben von einer notwendigen Dienstreise aus Erfurt heimgekehrt und mußte eine solche nach Pommern und Westpreußen antreten, womit sich ein Besuch in Varzin sehr gut verbinden ließ; meine vom 26. Juli 1887 datierte Antwort lautete daher wie folgt:

„Euer Durchlaucht

sehr gütigen Brief vom 24. d. M. habe ich heut bei meiner Rückkehr von einer kurzen Dienstreise zu empfangen die Ehre gehabt. Nächst der innigsten Freude darüber, daß Euer Durchlaucht Sich zur Zeit zufrieden über Ihre Gesundheit zu äußern in der Lage waren, habe ich mit großer Dankbarkeit daraus entnommen, daß es mir vergönnt ist, zu Nutz und Frommen der Ausführung des neuen Branntweinsteuergesetzes Hochdieselben in Varzin zu sehen und zu sprechen. Noch niemals hat es mir Angesichts einer solchen Möglichkeit an Zeit gefehlt, und so hoffe ich auch jetzt, am nächsten Freitag, den 29. d. Mts., früh hier abreisen und Nm. 5^{26} in Hammermühle eintreffen zu können, um Euer Durchlaucht bald danach zu begrüßen.

Sollte der Zeitpunkt minder genehm sein, so darf ich wohl um geneigte, ev. telegraphische Bezeichnung eines anderen bitten — ich werde mich jedenfalls so einrichten können, wie es Hochdenenselben am genehmsten sein wird.

In unwandelbarer Treue und Verehrung stets

Euer Durchlaucht

ganz ergebener (gez.) Scholz."

Darauf Telegramm vom 27. Juli:

„Euerer Excellenz Schreiben von gestern erhalten. Sehr angenehm jeder Zeit und namentlich Freitag. Wagen erwartet Hammermühle.

von Bismarck.“

Und wieder verlebte ich dort einen herrlichen Tag, ehe ich nach Schlawe usw. reisen mußte. Die Reise zwang mich zu meiner herzlichen Freude, auch Danzig wieder zu besuchen und Marienburg, ein schönes Wiedersehn, aber keine Erholung — und heut: eine um so schmerzlichere Erinnerung!

Nach Berlin zurückgekehrt, wurde ich bald auch wieder an die Schwächen und Mängel des neuen Branntweinsteuergesetzes erinnert, das dem Reiche das leider, leider (!) verweigerte Branntweinmonopol ersetzen sollte und niemals ersetzen kann. Fürst Bismarck teilte mir in einem ausführlichen Briefe vom 14. Oktober 1887 aus Friedrichsruh die an ihn gelangten mannigfachen Beschwerden und Klagen über jenes Gesetz unter kritischer Würdigung derselben mit. Wie erstaunlich die hierin hervortretende geistige Mühe und Arbeit des so großen Mannes an der doch immerhin kleinen Sache ist, so scheint mir doch die Materie selbst, um die es sich handelt, von zu geringem Interesse für die Allgemeinheit, um diesen Teil des Briefes und meine lange, mit Hilfe des bereits erwähnten sehr lieben und werten Herrn Regierungsassessors Koehler streng sachverständig gestaltete Beantwortung

hier aufzunehmen. Mich selbst interessierte der hier folgende Schlußsatz des Briefes auch noch viel mehr; denn das darin angedeutete memento mori lenkte die Gedanken doch ganz anderswohin! Der Schluß des Briefes lautete:

„Ich hoffe, daß es mit Ihrem Befinden jetzt ganz zu Ihrer Zufriedenheit geht, was ich von dem meinigen leider nicht sagen kann: ich bin matter und ruhebedürftiger, als ich am Anfang des Sommers war. Gegen die Wirkungen des achten Jahrzehnts ist aber kein Kraut gewachsen. Sollten Sie Zeit und Lust haben, mich auf einen Tag zu besuchen, so würde ich mich herzlich freuen. Außer den im Reichstage bevorstehenden Fragen möchte ich gern die Besteuerung der ausländischen Papiervaluten bei uns nochmals besprechen, auf die ich aus Gründen der auswärtigen Politik fortwährend Werth lege.

Der Ihrige

(gez.) v. Bismarck."

Bei dem hierauf am 17. Oktober erfolgten Besuch kam meines Erinnerns im Gespräch über die Altersbeschwerden auch die Sorge Seiner Majestät des Kaisers um die immer bedenklicher werdende Krankheit seines Sohnes und die baldige Möglichkeit eines Dreikaiserjahres zu näherer praktischer Erörterung. Der Enkelsohn des Kaisers, der dann berufen sein würde, das Reich und Preußen zu regieren, solle nicht ohne beste Vorbereitung diesen großen und schweren Auf-

gaben gegenüberstehen, sondern mindestens neben seiner militärischen Ausbildung durch eine mehrmonatliche Mitarbeit im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten für diese, und dann im Finanzministerium an der Hand des Etats für das Innere vorbereitet werden. So geschah's auch, und gegen den Herbst des Jahres nahm Prinz Wilhelm nach beendeter Mitarbeit im auswärtigen Ministerium die ihm noch obliegende im Finanzministerium auf. Es wurde ihm da nach den näheren Angaben seines Adjutanten ein passendes Zimmer eingerichtet und Art und Weise seiner Mitarbeit nach Zeit und Mitteln mit ihm selbst vereinbart. Demgemäß kam er in der Woche mehrere Male von Potsdam, wo er noch weiter als aktiver Offizier im Gardehusarenregiment Dienst tat, nach Berlin und beehrte nun das Finanzministerium, teilnehmend an den Sitzungen und an Arbeiten einzelner Räte — alles nach sorgfältiger Beratung und Vereinbarung, so daß die Aufgabe, wie mir schien, nach beiden Seiten eine liebe und willkommene war.

Nur ein eigentümliches Ereignis hat mich peinlich berührt und dauernd so in meinen Gedanken sich festgesetzt: An einem Vormittage, wo der Prinz zu erwarten war, brachte mir der sehr ruhige und achtbare Bureauchef mit neuen Eingängen zugleich die Meldung, daß ein eben aus der Wilhelmstraße zurückgekehrter Bote ihm berichtet habe, Fürst Bismarck sei gestorben. Ich erschrak gar nicht, weil ich es gar nicht glaubte,

befahl aber doch, daß ein ganz zuverlässiger verständiger Mann hingeschickt werde, um ganz sichere Auskunft zu erhalten.

Ehe der Bote zurückkam, traf der Prinz, von Potsdam zu Pferde kommend, ein und hörte natürlich von mir dasselbe, was ich gehört hatte, mit demselben Unglauben und dem Hinzufügen, daß er eben vom Potsdamer Tor her an dem Hause des Reichskanzlers vorbeigeritten sei und niemanden dort stehen gesehen, geschweige einen Auflauf getroffen habe, der doch gewiß nicht gefehlt hätte, hätte das Gerücht irgend einen Grund gehabt; es handle sich also wohl nur um eine Dummheit oder Böswilligkeit. Soweit waren wir also ganz miteinander einverstanden; als ich aber dem Ausdruck meiner Freude hierüber noch einige Worte hinzufügte, die zu sagen wären, wenn die Meldung Wahrheit gewesen wäre, erwiderte der Prinz, daß er das Ereignis nicht so schlimm beurteilt haben würde, wie anscheinend ich — kein Mensch sei unersetzlich, auch Fürst Bismarck nicht; es gebe doch noch andere ausgezeichnete Männer, die ihn zu ersetzen wohl imstande sein würden; z. B. Herr v. Boetticher. Ich gab hierauf Vortrefflichkeit und große Begabung meines lieben Freundes und Kollegen dem Prinzen unbedingt zu, verneinte jedoch ebenso bestimmt, daß er deshalb schon mit Bismarck auf eine Stufe zu stellen wäre; die Aufgaben, die Bismarck in schweren Zeiten auf sich genommen

und glänzend erfüllt habe, würde Herr v. Boetticher schwerlich auf sich genommen und erfüllt haben; Leitung und Überwachung des Ganzen, wie der Fürst sie mit sicherem Blick und fester Hand als ein Großer geleistet habe, wäre nicht Boettichers Sache gewesen. „Ja," antwortete darauf der Prinz, „das glaube ich auch; aber das käme ihm auch gar nicht zu; das ist eben Sache des Monarchen." Ich erstaunte über diese von dem jungen Prinzen so sicher und als selbstverständlich geäußerten Worte und beendete dies Gespräch mit dem lächelnden Zugeständnis: „Ja, wenn Eure Königliche Hoheit davon ausgehen, dann allerdings — — —?"

Es erschien mir sogleich als ein bedenkliches Omen für die einst kommende Zeit; der Gedanke daran hat sich so in mir festgesetzt, mich nie ganz verlassen und immer betrübt; und die Zeit? die Zeit hat das doch wohl als richtig erwiesen, was ich gefürchtet habe seit jenem Tage, seit jenem Gespräch! Es war mir auch nicht zweifelhaft, daß der Prinz in dieser Richtung bereits unselig beeinflußt war; von wem? Auch das erschien mir nicht sehr zweifelhaft — nur ganz gewiß nicht von seinem Großvater! Der war und blieb bis zum Tode ein treuer deutscher Herr seines treuen deutschen Dieners! Wie sie auch manchmal miteinander kämpfen mußten um entgegengesetzte Meinungen — nie aus Ehrgeiz!

Auf das weitere Verhältnis des so liebenswürdigen und reich begabten Prinzen mit mir hat dieses Ereignis zunächst natürlich nicht den geringsten Einfluß gehabt und hat so auch auf ein schönes Diner, zu dem ich am 22. Oktober 1887 zur Feier des Geburtstags Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Prinzessin Wilhelm nach dem Marmorpalais in Potsdam geladen wurde, keinen Schatten geworfen. Im Gegenteil, ich habe mich immer und heute noch herzlich erfreut an allem, was ich damals mit erlebt habe; es sei mir erlaubt, kurz davon zu berichten.

Im Empfangssaal hatte die Frau Prinzessin mit einer Tante und einer Erzieherin die drei Prinzensöhne, die damals fünf, vier und drei Jahre alt und sehr lustig waren, zu beaufsichtigen bis zur Ankunft Seiner Majestät des Kaisers, den sie, mit ihren kleinen hölzernen Gewehren präsentierend, empfangen sollten. Es gelang sehr gut — Kaiser und Kinder freuten sich sehr und die damit eingeleitete Heiterkeit beherrschte bald die ganze Gesellschaft, die nur aus etwa noch vierzehn dem prinzlichen Hause näher stehenden Herren bestand. Die fröhliche gute Laune des Kaisers dauerte auch bei Tafel ununterbrochen fort und die allgemeine Heiterkeit um so mehr. Eine nicht gewollte Folge davon war, daß Seine Majestät sich längere Zeit, als man erwartete, noch nicht daran erinnerte, welche Pflicht gegenüber dem Geburtstagskinde zu erfüllen war; namentlich den Prinzgemahl schien das mehr und mehr

zu beunruhigen. Schon wurde hier und da die unmögliche Frage heimlich gewagt, ob irgend ein Signal denkbar wäre, — — — da hatte der Kaiser sich offenbar selbst plötzlich erinnert und feierte nun das Geburtstagskind so herzlich und lustig, daß die Freude und Dankbarkeit aller den Höhepunkt erreichte und auch beim Kaiser weiter wirkte. So kam es auch u. a., daß Ihre Königliche Hoheit die Frau Prinzessin, mit deren Vater und Oheim ich einst in Bonn bei Dahlmann Geschichte gehört und studiert, aber auch öfter ein heiteres Whist gespielt hatte, in Erinnerung daran noch zu einem Gespräch mit mir Anlaß nahm, indem sie mich lachend und scherzend bat, ihren „Mann" jetzt doch ja nicht zu sehr anzustrengen, er habe ohnehin so viel zu tun und zu überlegen, daß er unmöglich auch noch für das Finanzministerium wirklich viel zu tun vermöge; das möge ich ja nicht vergessen. Leicht und gern habe ich Ihrer Königlichen Hoheit das versprechen und halten können! Bis zu ihrem schweren Tode in der holländischen Zuflucht habe ich das schöne hilfreiche Leben und Tun der hohen Frau teilnahmsvoll bewundert.

Drei Briefe des Fürsten v. Bismarck, vom 26. November, 4. und 17. Dezember 1887 übergehe ich, weil sie alle drei nur sehr feine schwierige Fragen zum Verständnis und richtigen Handhaben des neuen Branntweinsteuergesetzes enthalten, die auch ich nur mit Hilfe meines schon rühmlichst erwähnten Adjutanten,

des Herrn Regierungsassessors Köhler, zu beantworten vermochte und die zweifellos nur einem sehr kleinen Teil der Leser dieses Buches willkommen sein würden. Ich lasse daher alsbald hier ein anderes schriftliches „Gespräch mit Bismarck" folgen in dem nachstehend abgedruckten Briefe des Fürsten vom 2. August 1888 und meiner Antwort vom 6. ej., welche vielleicht ihrer Höflichkeit wegen auffallend erscheinen können, ihrem Inhalt damit aber gerade recht entsprechen und von großem allgemeinen Interesse sein dürften; denn einen schlagenderen Beweis dafür kann es kaum geben, wie unendlich fern es dem Fürsten gelegen, dem jungen Kaiser gegenüber etwa den Mächtigen oder Belehrenden spielen zu wollen, wie sein Wille vielmehr immer dahin ging, die zartesten, schonendsten Rücksichten auf des Kaisers besonderen Charakter zu nehmen und selbst den geringsten Anlaß zur Erregung von Unwillen oder Verstimmung Seiner Majestät mit strengster Wahrung auch der Form zu verhüten.

„Friedrichsruh, den 2. August 1888.

Verehrter Freund und College.

Das Staatsministerium hat mir den beifolgenden von Euerer Excellenz und dem Herrn Minister des Innern unterzeichneten Entwurf zu einem Immediatbericht in Sachen N N übersandt.

Nach meinem psychologischen Urtheil möchte ich nicht dazu rathen, unserm jungen Herrn bei dieser Gelegenheit mit einer so scharfen Auffassung des Falles gegen-

über zu treten. Meiner Ansicht nach empfiehlt es sich namentlich nicht, die allgemein staatsrechtliche Entwicklung der Frage, was der König ohne Contrasignatur der Minister kann und nicht kann, theoretisch, und ich möchte sagen, polemisch mit Seiner Majestät zur Erörterung zu bringen. Der Moment unmittelbar nach den Eindrücken der nordischen Reise ist kein günstiger für solche Erörterungen, und wenn sie in Zukunft unvermeidlich werden sollten, so möchte ich doch nicht, empfehlen, sie in der Form eines derartigen Staatsministerial-Berichtes zu beginnen, hinter der unmittelbar die Cabinets-Crisis steht. Ich theile die dem Entwurf zu Grunde liegende Auffassung, aber ich glaube daß Zeit und Gewohnheit die Entwicklung von selbst in das richtige Geleise führen werden. Die Form einer ministeriellen staatsrechtlichen Belehrung würde bei dem Character Seiner Majestät die richtige Wirkung vielleicht nicht thun. In den Eigenheiten dieses Characters werden vielleicht manche Unbequemlichkeiten für uns und spätere Minister liegen, aber auch so große Vortheile für das Land und für die Monarchie, daß ich es nicht für unsere Aufgabe ansehe, ihnen von Haus aus in einer Personalfrage mit polemischer Schärfe entgegenzutreten.

Im Eingange des Entwurfes ist gesagt, daß das Staats-Ministerium sich ‚mit Seiner Majestät einverstanden‘ erklärt; darin würde der Anspruch auf ein dem Könige coordinirtes Zustimmungsrecht liegen, wel-

ches wir staatsrechtlich meines Erachtens nicht haben. Nach dem Wortlaut der Verfassung liegen alle Rechte der vollziehenden Gewalt in der Hand des Königs persönlich. Seine Majestät bedarf für jeden Act der Ausübung dieser Rechte allerdings der Contrasignatur, und darin liegt die Aufforderung an den König, Sich, ehe Er befiehlt, zu vergewissern, ob Er auf eine solche rechnen kann. Aber ein gesetzlicher Zwang, die Contrasignatur vor dem Königlichen Erlasse sicher zu stellen, ist nicht gegeben. Dem Könige bleibt die Möglichkeit, Sich nach Vollziehung des Erlasses einen Minister zu verschaffen, welcher zur Contrasignatur bereit ist. Es kommt also immer auf die Frage eines Cabinets- oder Personen-Wechsels hinaus, und die Schärfe der Sprache in dem Entwurfe würde diese, meines Erachtens in diesem Augenblicke sehr bedenkliche, Eventualität in Aussicht stellen, wenn z. B. der König die S. 13 verlangte Zustimmung nicht gäbe.

Ich habe in meiner langen ministeriellen Thätigkeit stets gefunden, daß die schwierigsten Aufgaben der Diplomatie in den Beziehungen mit dem eigenen Hofe liegen, und wenn Euere Excellenz zu den Erfahrungen, die ich auf diesem Gebiet mit vier Königen gehabt habe, Vertrauen hegen, so möchte ich anheimstellen, in dem Entwurfe die Stellen, deren Streichung ich mit Bleistift angedeutet habe, fallen zu lassen und meine vorgeschlagenen Änderungen zu ratihabiren. Von der Absendung des Berichtes in der ursprünglichen Form

möchte ich abrathen: ich würde darin eine Überhastung des Prozesses sehen, vermöge dessen wir uns mit dem jungen Herrn einleben müssen, der durch seine Eigenschaften verdient, daß wir dieser Aufgabe die Sorgfalt treuer und erfahrener Diener widmen.

Ich würde Ihnen, verehrter Freund, dankbar sein, wenn Sie einstweilen privatim mir Ihre Meinung hierüber mittheilen wollten.

Der Ihrige
(gez.) v. Bismarck."

„Berlin, den 6. August 1888.

Euer Durchlaucht

verfehle ich nicht in Erwiderung auf das geneigte Schreiben v. 2ten d. M., den Fall NN betreffend, bei Rücksendung der Anlagen meine Meinung wie folgt ergebenst vorzutragen.

Der vom Staatsministerium in dieser Angelegenheit für gut befundene modus procedendi ist mir von vornherein bedenklich erschienen. Von wesentlichem Einfluß darauf war das Votum des Herrn Kriegsministers. Unter Berufung auf seine längere Bekanntschaft mit der Eigenart unseres jetzigen Herren und auf den bekannten militärischen Grundsatz, daß Befehle zunächst widerspruchslos ausgeführt und erst nachher zum Gegenstand einer geziemenden Vorstellung gemacht werden sollen, empfahl derselbe, zunächst lediglich die Beförderung des Herrn NN herbeizuführen und erst, nachdem sie erfolgt sein würde, zu Nutz und Frommen für

künftige Fälle Seiner Majestät die Bedenken eines Eingreifens, wie es hier stattgefunden, darzulegen. —

Meines Dafürhaltens wären die Bedenken, die man überhaupt geltend machen wollte, sogleich mit vorzutragen gewesen, sei es mit dem Erfolg ihrer Würdigung, sei es ohne denselben. Mit der Modifikation, daß eine geringe Andeutung obwaltender Bedenken sogleich in dem ersten Bericht stattgefunden hat, ist nach dem Votum des Herrn Kriegsministers so weit bereits verfahren worden, daß Seiner Majestät bereits am 10ten oder 11ten d. Mts. die befohlenen Ausfertigungen für NN vorgelegt worden sind; dieselben sind auch alsbald Allerhöchst vollzogen und demnächst publicirt worden.

Es sollte nunmehr nur noch der andere Theil des staatsministriellen Planes, der in dem Protokoll vom 10ten v. Mts. als vorzulegende ‚Denkschrift' bezeichnet ist, zur Ausführung gebracht werden und hierzu der vorgelegte Immediatberichts-Entwurf dienen.

Daß letzterer so, wie er abgefaßt ist, insbesondere mit der vom Herrn Justizminister an die Hand gegebenen, m. u. E. in jeder Hinsicht unzweckmäßigen Citirung einer Äußerung Friedrich Wilhelms IV. die Zustimmung E. D. nicht finden würde, habe ich als sicher angenommen und daher den Kollegen Herrfurth auch sogleich gebeten, von der Mitvorlegung eines Mundums abzusehen. —

Die im Eingange des Entwurfs beabsichtigten Änderungen sind durch die bereits erfolgte Beförderung des

NN erledigt, alle übrigen habe ich mit überzeugter und dankbarer Zustimmung begrüßt und möchte jetzt selbst die Frage von Neuem zu erwägen bitten, ob es überhaupt noch räthlich erscheine, auf den Fall NN als solchen jetzt nochmals zurückzukommen, und ob es sich nicht vielmehr empfehle, ihn nur noch in weiterer Beschränkung als Einleitung für den zweiten Theil des Berichts, die Frage XX, aufzunehmen. Ich beabsichtige, morgen meinen Urlaub anzutreten, würde aber selbstverständlich meine Abreise verschieben, wenn E. D. in dieser oder einer anderen Sache mit noch hier zu erledigenden Aufträgen mich zu beehren beabsichtigen sollten etc. etc.

treu ergebenster
(gez.) v. Scholz."

Einen so unerwünschten Auftrag hatte der Fürst nun nicht, den aber, welchen der hierunter abgedruckte Brief des Herrn v. Boetticher vom 21. ej. m.* neben an-

---

* Der Staatssekretär des Innern.

Frankfurt a. Main, den 22. August 1888.

Mein hochverehrter Freund!

Verzeihen Sie, daß ich Ihre Erholungspause wiederum durch eine Anfrage in dienstlicher Angelegenheit störe.

Bei meinem Vortrage über die Besetzung der Stelle des Staatssekretärs des Reichs-Schatzamts entschied sich der Herr Reichskanzler in erster Linie für Herrn von Maltzahn-Gültz und beauftragte mich, mit demselben zu verhandeln. H. v. M. äußerte zwar einige Bedenken über seine Qualifikation, verstellte dieselben indessen zur Entscheidung Seiner Durchlaucht, erklärte sich darauf zur Übernahme der Stellung bereit, und soll noch in dieser Woche, vielleicht schon am Donnerstag, nachdem Herr Crispi Friedrichsruh verlassen haben wird, vom Fürsten dort empfangen werden. Heute erhalte ich nun einen

derem interessanten Inhalt mir überbrachte, konnte ich in kurzem Telegramm vom 23. ej. a., wie folgt, erledigen:

„Vom kleinen Ausfluge heimgekehrt, eile ich, zur Sache mein formelles Ja und Ihnen freudigste Glückwünsche zu senden.

(gez.) Scholz.“

Nicht lange nachher handelte es sich wiederum um den Entwurf eines nicht weniger peinlichen Immediatberichts als den oben erwähnten infolge eines vom

---

Brief von Graf Rantzau, in welchem mir derselbe schreibt, daß der Fürst noch eine ausdrückliche Bestätigung dahin wünsche, daß Sie, mein verehrter Freund, mit der Berufung des H. v. M. einverstanden seien. Bei der Unterredung, welche Sie und ich vor Ihrer Abreise über die Sache hatten, war, wenn ich recht erinnere, auch der Name des H. v. M. gestreift, und wir waren dahin übereingekommen, daß keiner von den in Betracht zu ziehenden Kandidaten ohne jedes Bedenken sei. So sehe ich das Ding auch noch heute an, glaube aber, daß M. unter den Parlamentariern, die in Frage kommen können, sowohl nach der geschäftlichen wie nach der politischen Seite der relativ Beste ist. Ich habe mich auch dem Fürsten gegenüber in diesem Sinne ausgesprochen.

Ich bitte Sie nun freundlichst, mir morgen hierher telegraphisch Ihr Sentiment in unverfänglicher Form mitzutheilen, damit ich dasselbe dem Fürsten übersenden kann. Ich wohne beim Stadtrath Metzler und denke, übermorgen nach Berlin zurückzukehren.

Von ganzem Herzen wünsche ich Ihnen volle Erfrischung und füge die Bitte hinzu, daß Sie der neuen Firma, welche ich zu führen habe, das alte mich so überaus erfreuende Wohlwollen erhalten mögen. Mit angelegentlichen Empfehlungen an Ihre Frau Gemahlin

Ihr aufrichtig ergebener

(gez.) v. Boetticher.

Sollte dieser Brief zu spät eingehen, so bitte ich um ein Telegramm nach Berlin.

Minister des Königlichen Hauses mir zugegangenen Schreibens vom 2. November 1888. Nach telegraphischer Verständigung mit dem Fürsten und persönlicher Beratung mit ihm in Friedrichsruh am 28. November konnte ich nachstehenden Brief vom 1. Dezember an ihn senden:

„Euer Durchlaucht

verfehle ich nicht, gemäß der Besprechung vom 28. v. Mts. den Entwurf eines nomine des Staatsministeriums zu erstattenden Immediatberichtes betreffend die Erhöhung der Krondotation hiermit ganz ergebenst vorzulegen. Das veranlassende Schreiben des Ministers des Königlichen Hauses vom 2. v. Mts. erlaube ich mir für den Fall, daß dessen Einsicht bei Prüfung des Entwurfs erforderlich erscheint, mit Bitte um geneigte Rückgabe anzuschließen.

Indem ich um nachsichtsvolle Kritik und schonungslose Verbesserung des Entwurfs bitte, verharre ich in Treue und Ehrerbietung stets als

Euer Durchlaucht

ganz ergebener

(gez.) Scholz."

Entwurf:

„Eure Kaiserliche und Königliche Majestät haben Allerhöchst den Minister des Königlichen Hauses zu beauftragen geruht, sich mit dem Finanzminister zu dem Zweck in Verbindung zu setzen, daß der Erlaß eines preußischen Gesetzes in die Wege geleitet werde,

durch welches die Dotation der Krone um jährlich 6 Millionen Mark erhöht werde. Das ehrfurchtsvoll unterzeichnete Staatsministerium hat die demgemäß dem Finanzministerium gemachte Mittheilung sorgfältigster Berathung unterzogen und erlaubt sich, über das Ergebniß derselben folgenden allerunterthänigsten Bericht zu erstatten.

Seit dem Erlaß des Gesetzes vom 27. Januar 1873, durch welches die Dotation der Krone auf den gegenwärtigen Betrag von jährlich 12219296 Mark erhöht worden ist, ist eine Reihe allgemeiner und besonderer Thatsachen eingetreten, welche es objektivem sachverständigen Urtheile ohne Weiteres erklärlich erscheinen lassen, daß dasjenige, was damals als ausreichend angesehen wurde für die darauf angewiesenen sämmtlichen Ausgaben des Königs, der Königlichen Häuser und aller Hofinstitute, heut nicht mehr in demselben Maße oder überhaupt nicht mehr dafür gehalten werden mag. Allein das allgemeine Urtheil in den weitesten Kreisen des Volkes wird zur Zeit schwerlich dasselbe sein, nicht bloß alle Darbende, alle von den Socialdemokraten Gewonnene und noch zu Gewinnende, sondern auch beste tüchtigste Kreise vielmehr werden von der vollständigen Zulänglichkeit der bisherigen Krondotation um so fester überzeugt sein, als es kein Geheimniß geblieben, sondern zu allgemeinster Kenntniß gekommen ist, daß des Hochseligen Kaisers und Königs Majestät Ersparnisse von mehr als 20 Millionen Mark hinterlassen hat,

während das allgemeine öffentliche Urtheil ebenso sicher und unbelehrbar an der Überzeugung festhalten wird, daß Allerhöchstderselbe auch alle diejenigen Obliegenheiten Seiner erhabenen Stellung, welche mit Geldausgabe verbunden waren, insbesondere die Repräsentationspflichten der Krone in vollkommenster, jede Bemängelung ausschließender Weise zu erfüllen gewußt und erfüllt habe. Mag nun auch ein solches Urtheil der weitesten Volkskreise der Berichtigung bedürftig erscheinen, so wird es derselben doch, zumal schon jetzt, nicht zugänglich sein und als thatsächlich bestehend nicht unbeachtet bleiben dürfen. Denn in der freien festen Überzeugung weitester Volkskreise wurzelt nicht zum geringsten Theile auch die Macht und das Ansehen der Krone. In der freien festen Überzeugung der weitesten Volkskreise haben insbesondere auch Euer Majestät durch Allerhöchstdero bisherige Regierungsacte dem überkommenen Erbtheil an Macht und Ansehen ein hohes Maß persönlichen Erwerbes davon hinzuzufügen vermocht. Eine gegen jene Überzeugung erlangte Vermehrung der Geldmittel der Krone würde — dieser Besorgniß können wir uns nicht entschlagen und fühlen wir uns verpflichtet ehrfurchtsvoll aber ehrlich Ausdruck zu geben — nur zu leicht eine ungleich schwerer wiegende Einbuße an den eben erst so glücklich erworbenen höheren Gütern zur Folge haben. Deshalb geht die einstimmige Meinung des Staatsministeriums an erster Stelle dahin, daß es für die Krone, für das

Reich und den Staat das Beste wäre, Eure Majestät fänden es für angängig, zur Zeit auf eine Erhöhung der Krondotation zu verzichten.

Finden Euer Majestät auch nach Allergnädigster Erwägung der angedeuteten Umstände und Besorgnisse eine Erhöhung der Krondotation gleichwohl unbedingt nothwendig, so ist das ehrfurchtsvoll unterzeichnete Staatsministerium zwar vollkommen damit einverstanden, daß eine solche nicht beim Reich, sondern in Preußen herbeizuführen sein wird, ist auch bereit, eine bezügliche Vorlage bei dem Landtage der Monarchie zu vertreten, bittet Eure Majestät aber zugleich inständigst, was den zu verlangenden Betrag betrifft, nicht über die Summe von 3 Millionen Mark hinausgehen zu wollen.

Zu diesem, fast 25 Procent der bisherigen Dotation gleichkommendem Betrage würde es unseres Dafürhaltens möglich sein, das Bedürfniß der Erhöhung mit den allgemeinen und den zur Darlegung geeigneten besonderen Umständen zu motiviren. Die Zustimmung beider Häuser des Landtages wird, wenn auch nicht ohne alle Schwierigkeiten, so doch ohne die Gefahr eines Mißerfolges und ohne eine peinliche Gestaltung der erforderlichen Verhandlungen zu gewinnen sein.

Von einer weiter gehenden Forderung glauben wir das Letztere nicht annehmen zu können. Sollte Eure Majestät aber unsrer Bitte die Allergnädigste Berücksichtigung versagen und die Vorlage auf 6 Millionen

Mark resp. 5780704 M. zu richten befehlen, so würde das Staatsministerium zwar nicht ermangeln, dem Allerhöchsten Befehle nachzukommen, aber seine wirkliche Verantwortlichkeit dafür als ausgeschlossen ansehen müssen und Eure Majestät zu bitten haben, jedenfalls vor Einbringung der Vorlage beim Landtage durch vertrauliches Benehmen mit den einflußreichen Persönlichkeiten im Landtage zu ermitteln, ob eine Aussicht auf Durchbringung der Vorlage bestünde. Denn im Falle der Ablehnung oder auch nur einer wesentlichen Reduktion würde, ganz abgesehen von den Eingangs erwähnten Bedenken, die politische Situation eine sehr schwierige sein. An eine Auflösung des Landtages aus solchem Anlaß würde nicht zu denken sein, Neuwahlen würden wahrscheinlich ein minder gut zusammengesetztes Abgeordnetenhaus bringen und keinen besseren Erfolg. Dagegen würde das Staatsministerium genöthigt sein, Euere Majestät um seine Entlassung zu bitten, und doch auch damit die Lage für Euere Majestät Allerhöchstselbst wie für die nachfolgende Regierung eine peinliche und schwierige bleiben. Im Ausblick hierauf würden wir meinen, daß eine Vorlage von 6 Millionen nicht ohne vorherige Vergewisserung zu machen wäre.

Eure Kaiserliche und Königliche Majestät bittet das Staatsministerium hiernach alleruntertänigst, die Frage in nochmalige Erwägung nehmen zu wollen."

Welches Schicksal vorstehender Entwurf demnächst gehabt hat, kann ich weder aus meiner Erinnerung

noch aus meinen erhaltenen Personalakten entnehmen, wohl aber mit voller Überzeugung versichern, daß er nicht zu üblen Folgen Anlaß gegeben, insbesondere nicht etwa zu längerem Unwillen oder Ärger des Kaisers. — Des zum Beweise berufe ich mich auf die sehr heitere und huldvolle Anwesenheit Seiner Majestät bei einem Gastmahl des Fürsten Bismarck am 25. Februar 1889, über welches die hier nachgedruckten Meldungen der Freisinnigen Zeitung vom 2. und der Vossischen Zeitung vom 4. März d. J. berichteten.

Freisinnige Zeitung vom 2. März:

„Suum cuique. Dem Staats- und Finanzminister v. Scholz, Excellenz, ist der Charakter als Sekondelieutenant verliehen worden. Das neueste ‚Militärwochenblatt' vom 2. März meldet nämlich wörtlich folgendes:

Im aktiven Heere.

Berlin, den 25. Februar 1889.

Graf v. Bismarck-Schönhausen, Major à la suite der Armee, der Charakter als Oberstlt.,

Graf v. Bismarck-Schönhausen, Rittm. à la suite der Armee, der Charakter als Major, — verliehen.

Im Beurlaubtenstande.

Berlin, den 25. Februar 1889.

v. Goßler, Hauptm. a. D., zuletzt von der Inf. des damaligen 1. Bats. (Insterburg) 2. Ostpreuß. Landw.-Regts. Nr. 3, der Charakter als Major,

v. Scholz, früherer Vizefeldw. der Landw., der Charakter als Sek.-Lt., — verliehen.

‚Der jüngste Lieutenant', Herr v. Scholz, hat das 55. Lebensjahr bereits überschritten. Obige Charakterverleihungen datiren vom 25. Februar, jenem Tage, an welchem bekanntlich die Herren Minister zum Diner beim Reichskanzler versammelt waren."

Vossische Zeitung vom 4. März 1889:

„Über die Form, in welcher der preußische Finanzminister v. Scholz von seiner Ernennung zum Sekondelieutenant unterrichtet wurde, erzählt man sich der ‚Frkf. Ztg.' zufolge in parlamentarischen Kreisen, daß der Kaiser, als er am 25. Februar beim Fürsten Bismarck zum Mahl erschien, die Patente mit sich brachte, durch welche Herbert v. Bismarck zum Oberstlieutenant, Wilhelm v. Bismarck und Herr v. Goßler zu Majoren befördert wurden. Der Kaiser überreichte diese Beweise hoher Gnade den Herren vor Tische persönlich; zuletzt wandte er sich an den ebenfalls anwesenden Herrn Finanzminister v. Scholz, bedauerte, daß derselbe als junger Mann in seiner militärischen Karrière zurückgeblieben sei, und überreichte ihm dann das Patent, durch welches er nachträglich den Charakter als Sekondelieutenant erhält."

Meine dabei erfolgte, in der Öffentlichkeit meist mißverstandene und verspottete Ernennung zum Sekondeleutnant war ein überaus feines und wohlwollendes Gnadenzeichen Seiner Majestät; denn ich hatte dem Kaiser gelegentlich früher einmal erzählt, wie lebhaft ich einst in meiner Jugend gewünscht und versucht hatte, die

Offizierslaufbahn zu betreten, und welchen Hindernissen ich da zu meiner Betrübnis begegnet war — Seine Majestät hatte mit mir gefühlt und mein einstiges Weh noch ebenso bald wie einfach wegschaffen wollen. Darum bin ich ihm dankbar für seinen mich überraschenden Beschluß gewesen und immer geblieben, den Spöttern ihren Spott gerne gönnend.

Nicht lange nachher sah ich mich durch ein zunehmendes Augenleiden ernstem ärztlichen Rate gemäß veranlaßt, die nötigen Schritte zu meiner Entlassung aus dem Dienste vorzubereiten und dieserhalb vor allem natürlich mit dem Herrn Ministerpräsidenten zu sprechen. Sein Widerspruch war so stark oder stärker noch als im Jahre 1886 und führte zuletzt zu dem Vorschlage, Seiner Majestät zwar meine Absicht und deren Gründe unumwunden vorzutragen, mich aber zugleich mit einem längeren Urlaub vorläufig zufrieden zu erklären. Das hierunter abgedruckte Immediatgesuch vom 7. Juni 1889 bestätigt, wie gewissenhaft und vollständig ich nach beiden Seiten meine Eingabe abgefaßt hatte, und die nachstehend abgedruckte Allerhöchste Order vom 19. Juni 1889, wie überaus gnädig und huldreich meine Bitte erfüllt wurde. Am 29. September 1889 konnte ich dem Kaiser und dem Herrn Ministerpräsidenten mittels der ebenfalls nachstehend abgedruckten Briefe meine Heimkehr und Rückkehr zum Dienst melden*.

* Allerdurchlauchtigster Großmächtigster Kaiser und König! Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

Mit dem Jahre 1890, dem verhängnisvollen Jahre der Entlassung Bismarcks, begannen bald die sehr ernsten und schweren Beratungen, betreffend die

---

Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät verfehle ich nicht ehrfurchtvollst zu melden, daß ein mehr und mehr zunehmendes Augenleiden mich behindert, die Geschäfte des Allergnädigst mir anvertrauten Amtes fernerhin so wahrzunehmen, wie es erforderlich ist. — Die alleruntertänigst angeschlossenen ärztlichen Atteste besagen, daß ich, um Schlimmerem vorzubeugen, meine Augen längere Zeit hindurch zu schonen, insbesondere des Lesens und Schreibens mich zu enthalten haben würde. Da dies mit den Interessen des Allerhöchsten Dienstes im Finanzministerium schwer vereinbar ist, und auch keine Aussicht darauf besteht, daß eine mehrmonatige Enthaltung von den Geschäften einen ausreichenden dauernden Erfolg haben werde, so hielt ich es für meine Pflicht, Euere Majestät ehrfurchtvollst zu bitten, in Gnaden lediglich meine Entlassung anzuordnen. Euerer Majestät Ministerpräsident hat mir indessen den Rat erteilt, gleichwohl zunächst auf ein Urlaubsgesuch mich zu beschränken, da er ein Entlassungsgesuch meinerseits zur Zeit nicht zu befürworten vermögen würde und nicht glaube, daß Euer Majestät jetzt geneigt sein würden, einem solchen stattzugeben.

Demzufolge erlaube ich mir, jetzt nur Euerer Majestät alleruntertänigst die Bitte zu unterbreiten, für einen längeren, etwa dreimonatigen Zeitraum huldreichst mich beurlauben zu wollen.

In tiefster Ehrfurcht ersterbe ich als Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät alleruntertänigster treugehorsamster

(gez.) von Scholz.

Berlin, den 7. Juni 1889.

Aus Ihrem Gesuch vom 7. d. M. habe Ich zu Meinem lebhaften Bedauern ersehen, daß Sie in Folge Ihrer aufreibenden Thätigkeit von einem ernsten Augenleiden befallen sind. Je größeren Wert Ich darauf lege, Ihre bewährte und hervorragende Kraft Mir und dem Lande zu erhalten, um so mehr gebe Ich Mich der Hoffnung hin, daß es mit Gottes Hülfe gelingen werde, durch eine längere Schonung jede Gefahr abzuwenden, und will Ich daher Ihnen unter

von Seiner Majestät dem Kaiser und König angeregten und dringend verlangten Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter.

Zuerst in dem Kronrat, der am 24. Januar im Königlichen Schlosse unter dem Vorsitz Sr. M. selbst abgehalten wurde; demnächst in einer vertraulichen Besprechung

---

dem Ausdruck Meiner wärmsten Wünsche für baldige Beseitigung des Leidens den erbetenen dreimonatigen Urlaub hiermit bewilligen.

Neues Palais, den 19. Juni 1889. (gez.) Wilhelm R.

An den Staats- und Finanzminister Dr. von Scholz.

Allerdurchlauchtigster usw. Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät verfehle ich nicht alleruntertänigst zu melden, daß ich, von dem huldreichst mir bewilligten Urlaube zurückgekehrt, die Geschäfte meines Amtes in vollem Umfange wieder übernommen habe, da ich, wenngleich mein Augenleiden sich nicht gebessert hat, doch in der gewonnenen allgemeinen Kräftigung die tiefe Verpflichtung empfinde, dem mir Allergnädigst kund gegebenen Willen Euerer Majestät gemäß zu versuchen, dem Dienste noch länger obzuliegen.

In tiefster Ehrfurcht usw. (gez.) von Scholz.

Berlin, den 29. September 1889.

Berlin, den 29. September 1889.

Euer Durchlaucht

verfehle ich nicht, ganz ergebenst anzuzeigen, daß ich gestern von dem mir Allerhöchst bewilligten Urlaube zurückgekehrt, die Geschäfte meines Amtes in vollem Umfange wieder übernommen habe, da ich, wenngleich mein Augenleiden sich leider nicht gebessert hat, doch in der gewonnenen allgemeinen Kräftigung die ernste Verpflichtung empfinde, der mir s. Zt. geneigtest zu erkennen gegebenen Auffassung Eurer Durchlaucht gemäß zu versuchen, gerade jetzt noch länger im Dienste auszuharren.

Seiner Majestät, dem Kaiser und Könige habe ich entsprechende Meldung gemacht. In größter Verehrung verharre ich usw.

(gez.) von Scholz.

des Staatsministeriums unter dem Vorsitz des Fürsten v. Bismarck am 26. Januar; dieselben hier näher zu besprechen, versage ich mir um so mehr, als sie in ihrem ganzen Zusammenhange anderweit bereits mitgeteilt und erörtert worden sind; aber meine „Gespräche mit Bismarck", die bei seiner Entlassung stattgefunden, darf ich um so weniger übergehen, weil ihr sehr bedeutsamer und interessanter Inhalt bisher zum Teil gar nicht, zum Teil entstellt in die Öffentlichkeit gelangt ist, während er doch eine sehr bemerkenswerte Stufe auf der jäh abwärts führenden Leiter des großen Mannes beleuchtet.

Zum 7. Februar 1890 war wiederum eine Staatsministeriumssitzung anberaumt, vor welcher ich folgendes Schreiben des Herrn v. Rottenburg empfing:

„Euere Excellenz

würden den Herrn Ministerpräsidenten zu Dank verpflichten, wenn Sie die Güte haben wollten, Seiner Durchlaucht um 11¾ Uhr vor der heutigen Staatsministerialsitzung die Ehre Ihres Besuchs zu schenken.

(gez.) v. Rottenburg."

Bei der demgemäß stattgehabten Unterredung teilte der Fürst mir zunächst mit, daß er auch Herrn v. Maybach gebeten habe, zu kommen, daß der aber leider im Abgeordnetenhause unabkömmlich sei. Der Fürst hätte gern uns beiden zugleich nähere Kenntnis von den Veränderungen gegeben, die sich in bezug auf seine Stellung vorbereiteten, Veränderungen, die für ihn

nicht ohne Gemütsbewegungen sein könnten, die er nicht im Staatsministerium besprechen könne — namentlich nicht wegen eines (von ihm auch namentlich bezeichneten) Mitgliedes.

Er habe es für notwendig gehalten, Klarheit darüber zu erlangen, ob Seine Majestät der Kaiser noch Wert darauf lege, ihn als erfahrenen Berater zur Seite zu haben, oder ob er etwa als ein Hindernis empfunden, „nur noch ertragen“ werde. Er habe daher am Montag (3. Februar) bei Vorlage der verlangten Entwürfe zu den beiden Allerhöchsten Erlassen Seiner Majestät dem Kaiser gesagt, daß er diese Entwürfe zwar in Betätigung des schuldigen Gehorsams gemacht habe und vorlege, daß er aber keineswegs mit denselben einverstanden sei und Seiner Majestät noch jetzt abraten müsse, sie sich anzueignen; es werde ein gefährlicher Weg damit beschritten, und wenn nachher üble Folgen einträten, wolle er nicht den Vorwurf verdienen, Seine Majestät unberaten gelassen zu haben.

Da der Kaiser im Schweigen verharrt habe, sei von ihm die Frage generell weiter erörtert worden, ob Seine Majestät auf sein Verbleiben im Amte noch Wert lege oder ihn mit dem Schwergewicht seines Alters und seiner Erfahrung mehr als ein Hindernis Allerhöchstseiner eigenen Aktion empfinde; und da Seine Majestät weiter geschwiegen, habe er nun hypothetisch erörtert, wie dann sein Rücktritt allmählich, nicht vor den Wahlen, füglich aber auch nicht

nach etwaigen schlechten Wahlen, also am Wahltage selbst, zunächst aus allen preußischen Beziehungen erfolgen könne, und wie er später auch aus der Reichskanzlerstellung ganz zurücktreten könne.

Hier erst habe der Kaiser die bis dahin anscheinend ganz zustimmende Haltung unterbrochen und gefragt: „Sie werden doch aber die weiteren Militärvorlagen noch vertreten?"

Das habe er in gewisser Weise bejaht und aus allem Weiteren per indirectum den Schluß gezogen, daß Seine Majestät mit den hypothetischen Erwägungen innerlich zufrieden und einverstanden gewesen sei. —

Dies habe ihm nun gestern der Geheime Kabinettsrat bestätigt, der ihn zu fragen gekommen sei, ob der Fürst wirklich abgehen wolle? Seine Majestät habe sich sehr zufrieden dahin geäußert, daß er sich mit dem Fürsten über dessen Rücktritt und die dabei zu beobachtenden Modalitäten „vollständig geeinigt" habe. Er, der Kaiser, habe den 20. Februar als passendsten Tag für den nächsten Schritt vorgeschlagen usw.; Herr v. Boetticher solle das Ministerpräsidium übernehmen, sein, des Fürsten, Sohn Herbert auswärtiger Minister werden. Danach sehe er, der Fürst, die Sache für definitiv gelöst an. Wie lange der neue Zustand dauern könne, sei nicht zu sagen — schwerlich auch nur bis zum Sommer!

Wir sprachen noch über einzelne voraufgegangene Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kaiser und

dem Fürsten, wobei ich mir zu bemerken erlaubte, daß hier und da doch eine gewisse Pflege der Kaiserlichen Anschauungen und eine leichte Nachgiebigkeit auf Seite des Kanzlers sich gezeigt habe, die auf Seite des Kaisers den Eigenwillen und die Neigung, über den Kanzler hinweg zu regieren, wohl ein wenig bestärken konnte und sie allmählich zu der jetzt leider deutlich sichtbar gewordenen Höhe habe gelangen lassen. Der Fürst gab das zu, verteidigte aber sein Verhalten sehr richtig und nachsichtig gegen mich mit dem Hinweise auf seine feste Hoffnung, daß er mit einem in allen minder wichtigen Differenzen leicht und freundlich gewährten Nachgeben die Besorgnis des jungen Herrn, nicht genug selbst regieren zu können, allmählich ganz beseitigen würde und dann in den wenigen schweren Fällen, wo es sich um Wohl und Wehe des Landes und Volkes handle, um so eher und sicherer auf eine, wenn auch nicht leichte Nachgiebigkeit rechnen dürfe, wie er sie seinerzeit bei Kaiser Wilhelm dem Ersten zwar auch, aber wiederholentlich nur sehr schwer erreicht habe — beim Prager Frieden, bei Wiederaufrichtung von Kaiser und Reich und anderen Anlässen.

Was hierauf an diesem Tage noch in der Staatsministeriumssitzung verhandelt und beschlossen worden ist, kann ich weder aus meinen Notizen noch aus meiner Erinnerung berichten; wahrscheinlich waren es nur geringfügige Dinge oder Formalitäten.

Anders verhielt es sich mit der vertraulichen Besprechung, zu der der Ministerpräsident zum 17. März 1890 das Staatsministerium wieder eingeladen hatte. Ich ahnte wohl, daß die traurigen Veränderungen, die der Fürst bezüglich seiner Stellung mir am 7. Februar als sich vorbereitende vertraulich mitgeteilt hatte, inzwischen immer näher gekommen seien und bald wirklich werden sollten; und es war so! Den vollzählig erschienenen Kollegen teilte der Herr Ministerpräsident mit, daß er Seiner Majestät dem Kaiser und Könige heute ein Gesuch um Entlassung aus seinen Ämtern überreicht habe, dessen Genehmigung wahrscheinlich sei. Er müsse bezweifeln, daß er die ihm verfassungsmäßig obliegende Verantwortlichkeit für die Politik Seiner Majestät noch tragen könne, da ihm von Allerhöchster Stelle die hierfür unerläßliche Mitwirkung nicht eingeräumt werde.

Überraschend sei ihm schon gewesen, wie Seine Majestät über die sogenannte Arbeiterschutzgesetzgebung ohne vorheriges Benehmen mit ihm und dem Staatsministerium definitive Entschließungen gefaßt habe. Er habe alsbald seine Befürchtungen ausgesprochen, daß dieses Vorgehen in der Wahlzeit Aufregung im Lande erzeugen, unerfüllbare Erwartungen wachrufen, auf die Wahlen, und schließlich, bei der Unerfüllbarkeit der erweckten Hoffnungen, auf das Ansehen der Krone nachteilig wirken werde. — Er habe gehofft, daß einhellige Gegenvorstellungen des Staatsmini-

steriums Seine Majestät zum Verzicht auf die gehegten Absichten bewegen könnten, habe jedoch diese Einmütigkeit im Staatsministerium nicht gefunden, sondern sich überzeugen müssen, daß mehrseitig das Eingehen auf die Anregung Seiner Majestät für ratsam erachtet wurde.

Schon hiernach habe er bezweifeln müssen, ob er die sichere Autorität als Präsident des Staatsministeriums noch besitze, wie er sie vermöge des ihm von Seiner Majestät Kaiser Wilhelm dem Ersten geschenkten Vertrauens seinerzeit genossen habe. Jetzt verhandle der Kaiser ohne ihn nicht nur mit einzelnen Herrn Ministern, sondern sogar mit Räten der ihm untergebenen Ministerien. Der Herr Minister für Handel habe Immediatvorträge ohne vorherige Verständigung mit ihm gehalten. Im Interesse der Einheitlichkeit des Ministerkollegiums habe er dem letztgedachten Herrn Minister die demselben unbekannte Allerhöchste Order vom 8. September 1852 mitgeteilt und, nachdem er in der Sitzung des Staatsministeriums vom 2. d. Mts. sich überzeugt habe, daß dieselbe überhaupt nicht allen Herrn Ministern gegenwärtig sei, allen eine Abschrift derselben zugehen lassen und in dem Begleitschreiben hervorgehoben, daß er die Order nur auf Immediatvorträge beziehe, welche Änderungen der Gesetzgebung oder der bestehenden Rechtsverhältnisse bezweckten.

In dieser Weise mit Takt gehandhabt, enthalten die Vorschriften der gedachten Order nicht mehr, als für

jeden Präsidenten des Staatsministeriums, der dieser Stellung gerecht werden wolle, unerläßlich sei. Er wisse nicht, von welcher Seite Kenntnis dieses Vorganges an die Allerhöchste Stelle gelangt sei, aber Seine Majestät der Kaiser habe ihm befohlen, daß die gedachte Order, durch welche die Minister gehindert würden, Immediatvorträge zu halten, aufgehoben werde. Er habe erklärt, die Herren Minister seien dadurch nicht behindert, es folge höchstens daraus, daß er bei den Vorträgen zugegen sei; Seiner Majestät stehe es dann immer frei, auch gegen den Ministerpräsidenten für den Ressortminister sich zu entscheiden. Die Order sei notwendig, und das könne er am wenigsten jetzt verleugnen, nachdem er soeben an dieselbe erinnert habe.

Diese Meinungsverschiedenheit allein würde ihn zum Rücktritt nicht bewogen haben, noch weniger die wegen der Arbeiterfrage bestehende. Auf diesem Gebiete habe er redlich das Seinige zu dem Erfolge der Kaiserlichen Initiative beigetragen und durch diplomatische Befürwortung wie durch Aufnahme der internationalen Konferenz in seinen Diensträumen bekundet, daß er die Arbeit derselben fördere.

Ein ferneres Zeichen mangelnden Vertrauens habe Seine Majestät der Kaiser ihm durch den Vorhalt gegeben, daß er ohne Allerhöchste Erlaubnis den Abgeordneten Windthorst nicht hätte empfangen sollen. Alle Abgeordneten empfange er grundsätzlich, und nach-

dem Windthorst darum nachgesucht, habe er auch dessen Besuch angenommen — mit dem Erfolge, daß er über die Absichten desselben nun vollständig unterrichtet sei. Er könne sich einer Allerhöchsten Kontrolle über seinen persönlichen Verkehr in und außer Dienst nicht unterwerfen.

In seinem Entschluß zum Rücktritt aus allen seinen Ämtern sei er bestärkt, nachdem er sich heute überzeugt habe, daß er auch die auswärtige Politik Seiner Majestät nicht mehr vertreten könne.

Er habe ungeachtet seines Vertrauens auf die Tripelalliance doch auch die Möglichkeit, daß dieselbe einmal versagen könne, nie aus den Augen verloren; in Italien stehe die Monarchie nicht auf starken Füßen, die Eintracht zwischen Italien und Österreich sei durch die Irredenta gefährdet, in Österreich könne trotz der sicheren Zuverlässigkeit des regierenden Kaisers die Stimmung eine andere werden, Ungarns Haltung sei nie sicher zu berechnen; dasselbe könne sich und Österreich in Händel verwickeln, denen wir fern bleiben müßten. Deshalb sei er stets bestrebt gewesen, die Brücke zwischen uns und Rußland nicht abzubrechen; er glaube den Kaiser von Rußland in friedlichen Absichten so weit bestärkt zu haben, daß er, Bismarck, einen russischen Krieg, bei dem selbst im Falle siegreichen Verlaufs nichts zu gewinnen sei, kaum noch befürchte. Höchstens würde von dort uns entgegengetreten werden, wenn wir bei einem siegreichen Kriege

gegen Frankreich letzterem Gebietsabtretungen auferlegen wollten. Rußland bedürfe der Existenz Frankreichs wie wir der Österreichs als Großmacht.

Nun habe der deutsche Konsul in Kiew 14 eingehende Berichte, zusammen wohl an 200 Seiten, über russische Zustände, darunter manche über militärische Maßnahmen, eingesandt, von welchen er, der Fürst, einige politische Seiner Majestät eingereicht, andere militärische dem Großen Generalstabe in der Annahme, daß dieser sie an Allerhöchster Stelle zum Vortrag bringen werde, falls sie dazu geeignet wären, übersandt, die übrigen, um sie sich vortragen zu lassen, dem Geschäftsgange zurückgegeben habe. Darauf sei ihm heut das nachstehende Allerhöchst eigenhändige Handschreiben zugegangen:

„Die Berichte lassen auf das Klarste erkennen, daß die Russen im vollsten strategischen Aufmarsch sind, um zum Kriege zu schreiten — und muß ich es sehr bedauern, daß ich so wenig von den Berichten erhalten habe. Sie hätten mich schon längst auf die furchtbar drohende Gefahr aufmerksam machen können! Es ist die höchste Zeit, die Österreicher zu warnen und Gegenmaßregeln zu treffen. Unter solchen Umständen ist natürlich an eine Reise nach Krasnoe meinerseits nicht mehr zu denken!

gez. Wilhelm.

Die Berichte sind vorzüglich."

In diesem Schreiben sei einmal der Vorwurf ausgedrückt, daß er, der Fürst, Seiner Majestät Berichte

vorenthalten und Seine Majestät nicht auf Kriegsgefahr rechtzeitig aufmerksam gemacht habe; ferner aber seien Ansichten ausgesprochen, die er nicht teile: daß uns von Rußland furchtbare Gefahr drohe, daß wir Österreich warnen und Gegenmaßregeln treffen müßten, endlich daß der Besuch des Kaisers zu den russischen Manövern, zu welchem Seine Majestät sich selbst angemeldet habe, unterbleiben müßte.

Er, der Fürst, sei überhaupt nicht verpflichtet, Seiner Majestät alle Berichte vorzulegen, die ihm zugingen; er habe darunter die Wahl je nach dem Inhalt, für dessen Eindruck auf Seine Majestät er glaube die Verantwortung tragen zu können. Er habe nach bester Einsicht eine Auswahl getroffen und müsse in diesem Handschreiben ein unverdientes kränkendes Mißtrauen finden. Er sei aber auch bei seiner noch jetzt unerschütterten Überzeugung von den friedlichen Absichten des Kaisers von Rußland außerstande, Maßregeln zu vertreten, wie sie Seine Majestät verlange.

Dabei höre er, daß Seine Majestät der Kaiser, der seine, des Fürsten, Vorschläge bezüglich der zum Reichstage einzunehmenden Stellung und dessen eventueller Auflösung früher gebilligt habe, jetzt der Meinung sei, die Militärvorlage sei nur soweit einzubringen, als man auf deren Annahme rechnen könne. Der Herr Kriegsminister habe sich neulich für eine ungeteilte Einbringung ausgesprochen, und wenn man auch Gegenmaßregeln gegen Rußland ergreifen wolle und Gefahr

von dort kommen sehe, sei das um so mehr das Richtige.

Nach dem Gesagten nehme er an, daß er mit seinen Kollegen nicht mehr in voller Übereinstimmung sei und das Vertrauen Seiner Majestät nicht mehr in ausreichendem Maße besitze. Er freue sich, wenn ein König von Preußen selbst regieren wolle, er erkenne selbst die Nachteile seines Rücktritts für die öffentlichen Interessen, er sehne sich auch nicht nach einem arbeitslosen Leben, seine Gesundheit sei jetzt gut — aber er fühle, daß er Seiner Majestät im Wege sei, daß an Allerhöchster Stelle sein Rücktritt gewünscht werde, und danach habe er mit Recht seine Dienstentlassung erbeten.

Der Herr Vizepräsident des Staatsministeriums erklärte, daß ihn und gewiß alle seine Kollegen diese Mitteilungen tief betrübten. Er habe bis jetzt gehofft, daß zwischen Seiner Majestät und dem Herrn Ministerpräsidenten nur auf dem Gebiet der inneren Politik Meinungsverschiedenheiten beständen, und daß daher der von Seiner Durchlaucht neulich angedeutete Weg, sich auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten beschränken zu wollen, eine geeignete Lösung sein würde. Der Rücktritt Seiner Durchlaucht aus allen Ämtern bedeute unabsehbare Schwierigkeiten — und wenn er auch den Unmut Seiner Durchlaucht begreiflich finde, könne er doch nur dringend bitten, den Weg eines Ausgleichs, wenn irgend möglich, zu betreten.

Der Herr Ministerpräsident bemerkte hierauf, der Ausweg, daß er aus dem preußischen Staatsdienst scheide und sich auf die Stellung als Reichskanzler beschränke, sei bei den verbündeten Regierungen und im Reichstage auf Bedenken gestoßen; dort wünsche man, daß der Reichskanzler in einer amtlichen Stellung sich befinde, in welcher er die Abgabe der preußischen Stimme leite, und er würde die Stellung nicht einnehmen können, vom preußischen Staatsministerium Instruktionen zu empfangen, bei deren Feststellung er nicht mitgewirkt habe. Auch dieser neulich von ihm selbst vorgeschlagene Ausweg würde daher nicht ohne Schwierigkeiten sein.

Meinerseits wurde hierauf die Meinung vertreten, daß wir wegen der Schwierigkeiten auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten wohl nur der Bitte des Herrn v. Boetticher uns anschließen könnten, daß ein Ausgleich gesucht werden möge. Wenn übrigens der Rücktritt Seiner Durchlaucht nicht wie neulich auf Gesundheitsrücksichten zurückgeführt werde, sondern auf politische Gründe, und wenn er aus allen Ämtern erfolgen solle, so werde das Staatsministerium in Erwägung ziehen müssen, ob es sich diesem Schritt nicht anzuschließen habe? Vielleicht würde das dazu beitragen, das verhängnisvolle Ereignis abzuwenden! Ein Widerspruch dagegen wurde nicht erhoben, im Gegenteil vom Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten erklärt, der Rücktritt Seiner Durchlaucht würde ein nationales

Unglück sein; es müsse alles versucht werden, um dem vorzubeugen; die Minister müßten für einen solchen Fall ihre Ämter zur Verfügung Seiner Majestät stellen, und er wenigstens sei entschlossen, dies zu tun. Obwohl das auch die übereinstimmende Auffassung der Mehrheit der Anwesenden sein mochte, wurde doch in dieser Sitzung natürlich kein weiterer Beschluß gefaßt.

Mit dem Datum des 20. März 1890 erschien dann der Allerhöchste Erlaß, welcher die Entlassung des Fürsten aus allen seinen Ämtern publizierte.

Am 27. März erst konnte ich durch gütige Vermittlung des Herrn v. Rottenburg vom Fürsten Bismarck zu einem Besuch empfangen werden, nachdem die Fürsten von Pleß und Anton Radziwill ihn verlassen hatten.

Wir sprachen bald von seinen Abschiedsworten an den Bundesrat, deren Tendenz — Stärkung der Stellung des Bundesrats gegenüber dem Reichstage — ich besonders hervorhob; er war erfreut darüber, sagte aber: er wisse gar nicht mehr, was er dem Bundesrate geschrieben; es interessiere ihn selbst sehr, was er dem Bundesrate geschrieben, und er wolle es sich gleich ins Gedächtnis zurückrufen. Es wurde nun ein Exemplar der Abschiede vom 24. d. Mts. herbeigeholt, und er las sie mit einigen Erläuterungen vor.

Der Bundesrat schrieb an den Fürsten:

„Durchlauchtigster Fürst!

Nachdem dem Bundesrath die Kunde geworden, daß Eure Durchlaucht aus seiner Mitte ausgeschieden

sind, können wir es uns nicht versagen, dem scheidenden Vorsitzenden unseren ehrerbietigen Abschiedsgruß darzubringen.

Nahezu zwei Jahrzehnte sind verflossen, seitdem der Bundesrath nach dem schöpferischen Gedanken Eurer Durchlaucht ins Leben getreten ist und in stiller, ernster Arbeit Stein auf Stein zu dem Bau gefügt hat, durch welchen Eure Durchlaucht Sich im Herzen des Deutschen Volkes ein unvergängliches Denkmal gegründet haben.

Wenn die Mitwirkung des Bundesraths an der Lösung der dem Reiche gestellten Aufgaben nicht ohne Erfolg geblieben ist, so ist dies vor Allem der Weisheit und Thatkraft seines Vorsitzenden zu danken, der sein Vorbild und sein Stolz war.

Mit der unentwegten Treue gegen den Bundesstaat, den Eure Durchlaucht als erster Bevollmächtigter vertraten, haben Hochdieselben allezeit das in tiefem Gerechtigkeitssinne wurzelnde, volle Verständniß für die Interessen aller anderen Glieder des Bundes zu vereinigen gewußt. Daraus erwuchs für uns alle das freudige Bewußtsein der Übereinstimmung in den Zielen unserer dem Heile des Vaterlandes gewidmeten Arbeit, und ein Vertrauen, welches die Wege zu diesen Zielen auch unter schwierigen Verhältnissen ebnete. Um so schmerzlicher empfinden wir die Trennung von unserem Vorsitzenden, dessen staatsmännischer Führung freudig zu folgen uns bisher vergönnt gewesen ist.

Gestatten Eure Durchlaucht, daß auch wir neben der Anerkennung, welche das ganze Vaterland Ihnen zollt, dem tiefgefühlten Danke für Ihr segensvolles Wirken in unserer Mitte Ausdruck geben.

Möge es Gott gefallen, Eure Durchlaucht dem Reiche noch lange zu erhalten, damit sich die Zuversicht Seiner Majestät des Kaisers erfülle, daß Ihr Rath und Ihre Thatkraft dem Vaterlande auch in Zukunft nicht fehlen mögen!

Berlin, den 22. März 1890.

(Unterschriften.)

An des Fürsten von Bismarck Durchlaucht."

Die mir vom Fürsten vorgelesene Antwort lautete:

„Berlin, den 24. März 1890.

Meinen geehrten Herren Collegen im Bundesrathe danke ich von Herzen für die wohlwollende Kundgebung, welche Sie mir bei meiner Entlassung aus dem Reichsdienste haben zugehen lassen. Ich würde mich gefreut haben, die ‚stille und ernste' Arbeit an dem Ausbau unseres Reiches, auf welche Sie Bezug nehmen, mit Ihnen fortsetzen zu können. Nachdem es zu meinem aufrichtigen Bedauern mir versagt worden ist, kann ich nur die Bitte an Sie richten, Ihre Arbeit als oberster gesetzgebender Körper des Reiches und als Vertreter der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes und seiner Fürsten in der Weise fortzusetzen, wie sie seit 20 Jahren stattgefunden hat, erfolgreich in Be-

festigung unserer nationalen Einheit, im Herzen des Volks, wie im Sinne der Regirungen der Bundesstaaten.

Wenn ich aus meiner langjährigen Mitarbeit an der inneren Reichspolitik die Berechtigung zu einem letzten Votum an meine bisherigen Collegen entnehmen darf, so erlaube ich mir dasselbe in die Empfehlung zu kleiden, daß der Bundesrath seine Stellung als gleichberechtigter gesetzgebender Körper festhalten und die Stellung einer vorwiegend ministeriellen Behörde meiden möge. Ich bin überzeugt, daß die Weisheit der Regirungen auch ohne mich diesen Weg gehen wird, halte aber für meine Pflicht, dem Reiche gegenüber Zeugniß dafür abzulegen, daß die Entstehung unserer Reichsverfassung nur möglich war unter der Voraussetzung der vollen Gleichberechtigung des Bundesraths mit dem Reichstage, als einer gesetzgebenden und nach Mehrheit abstimmenden Körperschaft.

Ich werde ein dankbares Andenken an meine Mitarbeiter im Bundesrathe in das Privatleben hinübernehmen, und gern die mir werthvollen persönlichen Beziehungen fortsetzen, welche durch gemeinsame Arbeit im Dienste des Reiches entstanden sind.

(gez.) von Bismarck.

An den Bundesrath."

Des weiteren kamen wir auf seinen gestrigen Besuch beim Kaiser zu sprechen. Er, der Fürst, habe nur

eine kurze militärische Meldung beabsichtigt, aber der Kaiser habe ihn etwa eine Stunde zurückgehalten. Es hätten sich ihm, dem Fürsten, dabei „psychiatrische Fragen aufgedrängt“. Der hohe Herr habe von nichts als von seiner, des Fürsten, Gesundheit, wie der Verpflichtung, ihn dem Lande zu erhalten, u. dgl. m. gesprochen. Selbst auf die Frage, ob er, der Fürst, sein Abschiedsgesuch veröffentlichen dürfe, sei nur jenes Thema weitergesponnen worden!

Später kamen wir auf den Rücktritt seines Sohnes zu sprechen, und lächelnd sagte der Fürst:

„Der Kaiser hat mich durch Hahnke und Lucanus dringend auffordern lassen, ich solle mitwirken, daß mein Sohn bleibe. Ich habe den Herren gesagt: ‚Ich weiß wohl, daß Abraham auf direktes Gebot Gottes bereit war, seinen Sohn Isaak zu opfern; ein solches göttliches Gebot liegt hier nicht vor. Es wird sich schon noch ein Böcklein finden, das an meines Sohnes Statt geopfert werden kann.‘“ — — —

Wir schieden in großer Herzlichkeit, noch nicht für immer.

Nicht für immer! Nein! Schon am 28. März sah ich ihn wieder; aber nicht ich allein, sondern zusammen mit vielen Tausenden, die dem Scheidenden auf dem Lehrter Bahnhof ein herzliches Lebewohl zurufen, ihre Hochachtung und Dankbarkeit, ihre Liebe und Verehrung, am meisten aber ihr Mißfallen an seiner gewaltsamen Entlassung bezeugen wollten. Die

angeordneten Ehrenbezeigungen wurden völlig überwältigt von diesen Kundgebungen der erschienenen Massen. Zu dieser feierlich-traurigen Gelegenheit, bei welcher der Fürst bekanntlich das Wort vom „Begräbnis erster Klasse“ sprach, hatte ich meinen damals 16jährigen Sohn mitgenommen, den ich frühzeitig in Gesprächen an den politischen Angelegenheiten teilnehmen ließ und dem ich gern die Möglichkeit verschaffte, den wichtigen Geschehnissen der Zeit, soweit angängig, beizuwohnen und sie sich einzuprägen; dessen Verständnis für die großen Ereignisse unmittelbar und lebendig war — wobei ich ihm nicht verübelte, daß er in seiner Stellungnahme für den Fürsten und gegen den Kaiser leidenschaftlicher, heftiger wurde, als vielleicht gerecht war. Lächelnd und doch mit ihm fürchtend hörte ich damals seine Verkündigung, daß mit der Entlassung Bismarcks — und besonders mit dieser Art der Entlassung — eine Zeit des Unglücks für Deutschland beginne. Mein Sohn erzählte mir nachher, daß er auf dem Bahnsteig einen Augenblick dicht neben dem Fürsten Bismarck gestanden und gehört habe, wie dieser, die Menge der Menschen und die zahllosen Blumenspenden überschauend, vernehmlich zu seinem Begleiter gesagt habe: „Eine letzte Erinnerung.“

So reiste er ab!

Der in Bismarcks bisherige Ämter berufene Herr v. Caprivi, den ich lange schon kannte und als General wie als Menschen hochachtete, erschien mir recht bedauernswert als Nachfolger Bismarcks, und ich habe ihm das auch zugleich mit der Erklärung, daß ich unter allen Umständen nach einer kurzen Anstandspause aus meinem Amte austreten werde, unverhohlen gesagt. Ich bat ihn insbesondere noch, mein Ausscheiden aus dem Staatsministerium in keiner Hinsicht als gegen ihn gerichtet anzusehen, was er gern hörte und mit dem heiteren Worte schloß: „Also werden wir bald in Freundschaft wieder voneinander scheiden."

Zunächst mußte ich zu einer mir sehr empfohlenen ärztlichen Behandlung in Dresden einen 14tägigen Urlaub mir erbitten, den Seine Majestät mittels einer nicht kontrasignierten, noch sehr gnädig lautenden Allerhöchsten Order vom 9. Mai mir erteilte. Als ich dann aber nach erfolglosen Bemühungen des Dresdener Arztes um meine Entlassung bat, bewilligte Seine Majestät selbige zwar auch bald — aber mit Caprivis Kontrasignatur und ohne jedes freundliche Wort, was mich ja schon deutlich genug erkennen ließ, daß ich in Ungnade entlassen wurde; indessen das wurde mir auch in mancherlei Form noch deutlicher zu erkennen gegeben und hat sich auch nie wieder geändert.

Also befand ich mich nun wieder in gleicher Lage mit meinem hoch und herzlich verehrten bisherigen Vorgesetzten. Diese „gleiche Lage" hatte jedoch die

mir sehr schmerzliche Eigentümlichkeit, daß wir nun nicht weiter an demselben Orte, sondern weit voneinander wohnten, nur ganz selten und auf kurze Zeit vielleicht zusammenkommen konnten, „mündliche" Gespräche also fast gar nicht zu sprechen hatten, und „schriftliche", d. h. Briefwechsel, füglich doch nur bei ausreichend wichtigen, wiederkehrenden Anlässen pflegen konnten. Ein solcher Anlaß war für mich ja unbedingt der jährlich wiederkehrende Geburtstag des Fürsten, und da meine Gratulationsbriefe zum 1. April immer so gütig und bald beantwortet wurden, so sollte man meinen, daß immerhin eine Anzahl solcher schriftlicher Gespräche hier auch sollte Aufnahme finden können. Dem steht jedoch entgegen, daß Abschriften oder Entwürfe meiner Briefe nicht existieren und das Gedächtnis natürlich nicht mehr helfen kann.

Von den nächsten vier Jahren habe ich keine besonderen Erinnerungen hier zu berichten, wohl aber vom Jahre 1895: da überbrachte mir am 7. Januar der damals eben von Köslin nach Konstanz versetzte Herr Oberpostdirektor mit seinem Antrittsbesuch zugleich einen herzlichen Gruß, den ihm der Fürst Bismarck für mich mitgegeben habe. Meine dankbare Freude darüber verwandelte sich bald ins Gegenteil, als der Herr im weiteren Gespräch des Todes Ihrer Durchlaucht der Frau Fürstin gedachte. Davon — von dem Trauertage des 24. November 1894 — war noch keine Kunde bis hierher zu mir gelangt!

In tief trauriger Anteilnahme schrieb ich am nächsten Tage einen längeren Brief nach Varzin mit herzlichem Dank für die gewählte Vermittelung, worauf ich dann folgenden Brief des Fürsten vom 22. Januar 1895 empfing:

„Friedrichsruh, 22. Januar 1895.

Geehrter Freund.

Ihr liebenswürdiges Schreiben ist mir eine besondere Freude gewesen im Andenken an das freundschaftliche Wohlwollen, welches uns in der ganzen Zeit unsrer gemeinsamen Amtsthätigkeit verbunden hat und dessen ich mich stets dankbar erinnere auch im Rückblick auf unsre letzten dienstlichen Beziehungen. Die freundlichen Worte Ihrer Theilnahme haben mir besonders wohl gethan und ich bitte Sie gewiß zu sein, daß ich Ihr persönliches Ergehen auch nach dem Aufhören unsres dienstlichen Verkehrs mit lebhaftem Intresse verfolgt und mich sehr gefreut habe, wenn ich Nachricht erhielt.

Ihr Brief erweckt mir Hoffnung, daß Sie dem Norden Deutschlands nicht immer fern bleiben werden und mir in diesem Falle erneut die Ehre Ihres Besuches erzeigen werden. Friedrichsruh ist von Berlin aus in 3¼ Stunden zu erreichen, da die Schnellzüge, dank der freundlichen Fürsorge unsres Collegen Maybach, dessen Anordnung von seinem Nachfolger übernommen ist, auf hiesiger Station für meine Gäste halten. Ich würde nur um kurze telegraphische An-

sage am Tage zuvor bitten, damit ich heimisch bleibe. In der Hoffnung, Sie persönlich wieder zu begrüßen bin ich der Ihrige (gez.) v. Bismarck."

Die hierin enthaltene Einladung nach Friedrichsruh wirkte zusammen mit einer späteren amtlichen Aufforderung zur Teilnahme an der feierlichen Grundsteinlegung für das Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmal in Berlin mehr als hinreichend auf mich ein, um den so freundlichen Worten des Fürsten: er hoffe, daß ich dem Norden Deutschlands nicht immer fern bleiben werde, recht bald Folge zu leisten und Mitte August eine zwei- bis dreiwöchige Reise dahin wirklich anzutreten.

Die Feier der Grundsteinlegung in Berlin gab, von ihrer unmittelbaren Bestimmung abgesehen, mir eigentlich nur eine wohlverdiente Erinnerung daran, daß ich doch eigentlich nicht mehr hierher gehörte; Seine Majestät hatte keine Zeit gehabt, meine Meldung anzunehmen, und mich auch nicht bemerkt in der großen Menge erwünschterer Festteilnehmer. Um so lebhafter empfand ich neben meiner hellen Freude auf den nun nahenden Besuch in Friedrichsruh meine Pflicht, meine schöne Pflicht dazu.

Ich fuhr alsbald nach Hamburg und meldete mich dort aus dem Hotel telegraphisch in Friedrichsruh an. Sehr bald kam die Antwort:

„Sehr willkommen heute zu Tisch mit Nachtlager. Schlage vor Zug sechs Uhr zwanzig von Hamburg, den ich halten lasse. v. Bismarck."

Pünktlich war ich da. Wie glücklich und wohl fühlte ich mich wieder in dem schönen Hause, in dem ich so oft schon wichtiger geistiger Arbeit obgelegen und edler Genüsse teilhaft geworden, in dem der verehrte liebe Fürst mich wieder so freundlich und gütig empfing wie je — — — aber die Frau Fürstin?? sie war ja nicht mehr unter den Lebenden; nur ihr Bild, ihre Erinnerung lebte in uns, verließ uns nicht.

Bestimmte Gespräche von diesem Tage, von diesen schönen Stunden habe ich nicht notieren und in dem alternden Gedächtnis nicht so festhalten können wie früher; ich kann nur den Gesamteindruck des damaligen Wiedersehens und Gedankenaustausches berichten: er war erhebend und beglückend. Ein Besonderes jedoch kann ich urkundlich genau, Wort für Wort, wiedergeben: Als ich nach allen hohen Genüssen und Freuden des Tages das so liebenswürdig offerierte Nachtlager aufsuchen wollte, reichte mir der Fürst noch einen Ausschnitt aus dem Hannoverschen Courier (Nr. 19637) für den Fall, daß ich zum Einschlafen etwas lesen wollte. Und ich las es in der Erwartung eines hübschen Scherzes; aber es war Politik, ernste, weitsehende Politik, die die Hand unseres weitestsehenden Politikers mir angeboten hatte. Der Artikel lautet:

„Wir lesen in den ‚Grenzboten‘:

Ein Zufall weht uns folgenden Entwurf eines Begrüßungsartikels auf den Schreibtisch, den officiöse

Federn aus Anlaß des demnächst bevorstehenden Besuchs Ihrer höchst gnadenreichen großbritannischen Majestät in Deutschland für das Leiborgan des Reichskanzlers zurecht gemacht haben. ‚Ihre Majestät, heißt es da, kann in Deutschland stets einer herzlichen Aufnahme sicher sein, zunächst als Großmutter unseres Kaisers, dann als Freundin und Verbündete Deutschlands. Zwar haben es die Deutschen von jeher mit dem salischen Gesetz gehalten und den Frauen in öffentlichen Angelegenheiten keine entscheidende Stimme eingeräumt. Dennoch steht auch bei uns die politische Weisheit der Großmütter, Schwiegermütter und Tanten im höchsten Ansehen, gern und willig leihen ihr bei uns Fürsten und Staatsmänner ihr Ohr. Die Bedingungen, die der Krone für ihr Wirken in Deutschland gegeben sind, unterscheiden sich freilich sehr wesentlich von denen, die in England gelten. Zu der selbstlosen Weisheit oder zu der weisen Selbstlosigkeit, zu Allem gläubig Ja und Amen zu sagen, was die von der Nation präsentirten Minister Ihrer großbritannischen Majestät nur immer vorschlagen, hat sich die Monarchie in Deutschland noch nicht hindurchgerungen. Das rückständige deutsche Staatsrecht kennt noch ein eigenes Recht und deshalb auch eine Pflicht des Herrschers, auch an seinem Theile über das Wohl der Deutschen nachzudenken und es nach seinem besten Vermögen zu fördern. Als Beherrscherin Großbritanniens und Kaiserin von Indien wird Ihre Majestät

und werden Hochdero treugeborene Unterthanen auch bei uns nach der Art der Beziehungen abgeschätzt werden, die sie zu Deutschland unterhalten. Bisher glaubte man, englische Minister, gleichviel aus welcher Partei sie hervorgegangen seien, hegten keinen sehnlichern Wunsch, als sich aus der Haut der dummen Deutschen Riemen zu schneiden, nachdem sie mit einigen täppischen und tölpelhaften Complimenten ihr Herz gerührt hätten. Jetzt aber weiß auch bei uns Jedermann, daß die Haupt- und Cardinalinteressen beider Staaten durchaus dieselben sind. Deutschland hat den dringenden Wunsch, von dem Ballast seiner Colonien befreit zu werden, und England ist großmüthig genug, sie uns für ein Billiges abzunehmen. Und giebt es wohl dringendere Lebensinteressen für Deutschland, als daß das Pamirplateau von den nach den indischen Besitzungen Ihrer Majestät vorstrebenden Russen niemals überschritten werde, oder daß in Siam der Union Jack stets einige Zoll höher wehe als die französische Tricolore? Es würde deshalb allen logischen Voraussetzungen zuwiderlaufen, wenn Deutschland und England nicht allezeit und überall verbündet blieben. Ein Freund sollte deshalb auch des Freundes Schwächen ertragen lernen. Mit Bedauern glauben wir sagen zu müssen, daß Ihrer Majestät Regierung in den letzten zwei Jahrhunderten nicht immer daran festgehalten hat. Ja man muß sagen, daß die Minister Ihrer Majestät und Ihrer erlauchten Vorgänger ohne Unterschied

der eignen Parteistellung immer eine stark betonte Neigung zu diplomatischen Unverschämtheiten gegen Deutschland haben hervortreten lassen. Die deutsche Politik war während dieser Zeit, wir gestehen es, meist hilflos und schwachmüthig. Wir Deutschen verehren gerade deshalb den Fürsten Bismarck, weil er ihr Rückgrat ein wenig gestärkt hat, und wir sind schon recht gelehrige Schüler seiner Strategie geworden, Freunde unserer Freunde, Feinde unserer Feinde zu sein, vor Allem aber die Nationen mit dem äußersten Argwohn zu betrachten, die sich mit leeren Händen und hohlem Pathos als seine großmütterlich besorgten Freunde aufspielen. Es fehlt deshalb in Deutschland nicht an Stimmen, die ein Zusammengehen mit Frankreich, dessen Gefühle ja auch Ihrer Majestät Minister jederzeit aufs ängstlichste zu schonen bemüht sind, für vortheilhafter halten, als sich an platonischen Liebesbetheuerungen von jenseits des Canals zu berauschen. Während ihres Besuchs in Deutschland wird Ihre Majestät Gelegenheit haben, sich über die öffentliche Meinung Deutschlands aufs genaueste zu unterrichten. Sie wird finden, daß es nicht die schlechtesten und nicht die thörichtsten Deutschen sind, die den leidigen Zwiespalt mit unserem westlichen Nachbar deshalb so schwer bedauern, weil er Ihrer Majestät Politik eine so schöne Gelegenheit giebt, auf Kosten der festländischen Mächte in colonialen und anderen untergeordneten Fragen im Trüben zu fischen. Ihre Majestät

wird weiter finden, daß wir zwar aufrichtige Bewunderer des englischen Schuhwerks, des Frock-Coat und des Lawn-Tennisflanells geworden sind, daß wir aber ganz und gar keine Lust mehr verspüren, um der schönen Augen Ihrer indischen Majestät willen auch ferner unsere Haut für sie und Höchstdero Unterthanen zu Markte zu tragen. Die Deutschen erinnern sich gerade jetzt einiger vor 25 Jahren bestandenen Kämpfe, bei denen sie mehr brave Söhne auf der Wahlstatt liegen gelassen haben, als Ihre Majestät beim Schall ihrer Werbetrommel überhaupt nur an Soldaten aufzubringen vermag. Sie können nicht ganz vergessen, daß sich gerade während jener blutigen Tage die Sympathien unserer englischen Vettern überwiegend auf der Seite unserer Feinde befanden, wenn sie sich auch nur in einem schwunghaften Handel mit Pappsohlen nach der Normandie erschöpften. Wenn Ihre Majestät sich mit diesen und ähnlichen Stimmungen der Deutschen vertraut macht — und ihrem Scharfblick dürfte nicht entgangen sein, daß die Deutschen inzwischen eine Nation geworden sind —, so kann das dem Einvernehmen beider Staaten nur frommen. Vielleicht bestimmt sie, wenn sie in politischen Dingen überhaupt eine Meinung zu äußern wagen darf, ihre Minister, Samoa zu räumen, die Walfischbai, Sansibar, Wituland und einige andere in deutsches Fleisch gerammte Pfähle herauszugeben, die Buren als unsere Freunde zu respectiren, panafrikanischen und sonstigen Träumen

der über die Wogen des Weltalls herrschenden Britannia zu entsagen und dergleichen mehr. Wenn das geschehen sein wird und die englischen Staatsmänner zugleich gelernt haben werden, gegen eine große Nation und gegen ihr als Gast bei ihnen weilendes Oberhaupt eine etwas achtungsvollere Sprache zu führen, dann kann es vielleicht kommen, daß eines Tages auch Deutschland, wiewohl nach genauester, selbstsüchtigster Prüfung des Für und Wider, erwägen wird, ob es nicht seinen liebevollen englischen Vettern bei der einen oder anderen ihrer mancherlei kleinen Bedrängnisse auf dem Erdball gefällig sein könnte.'"

Am anderen Morgen nach herzlicher dankbarer Verabschiedung setzte ich meine Reise nach dem Norden fort bis Kiel, und nach Befahrung des großen Kanals, dessen Eröffnungsfeier unter Kaiser Wilhelm dem Ersten mir ganz andere, lebendige Eindrücke hinterlassen hatte als die Feier der Grundsteinlegung seines Nationaldenkmals in Berlin, noch weiter zu dem schönen Flensburg. Dort wäre ich gern noch länger geblieben, aber ich mußte rückwärts eilen, um am 1. September — nur als stiller Privatmann — der Einweihung der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin beiwohnen zu können. Das war eine andere Feier als die jener voraufgegangenen Grundsteinlegung — und welche lebendige schöne Erinnerung an den gefeierten Kaiser rief gerade sie wieder wach in mir! Lang war's schon her; an einem trüben Sonntage, an dem ich

wirklich einmal Zeit hatte, statt meiner lieben Frau deren Platz im nahen Dom einzunehmen, waren nicht viele Andächtige im Gotteshause erschienen, aber Seine Majestät der Kaiser war schon da in seiner Loge, ganz allein. Nach einigen Minuten trat sein Diener ganz unauffällig an mich heran mit den leise gesprochenen Worten: „Seine Majestät wünschen, daß Exzellenz zu Ihm hinaufkommen." Ich glaubte, es würde sich wohl um eine wichtige und eilige Staatsangelegenheit handeln, und war nicht wenig überrascht, als der Kaiser so ruhig wie huldvoll, mit der Hand auf den leeren Stuhl neben sich weisend, sagte: „Wir sind ja draußen immer Nachbarn, können's doch auch hier sein" — und wir blieben's, ohne irgend eine Staatsangelegenheit zu besprechen, nur mit wenig freundlichen Bemerkungen zur Stunde, bis zum Schlusse des Gottesdienstes: ein immerhin bemerkenswertes Beispiel, wie die evangelische Kirche auf so verschiedenen Stufen stehende Menschen in ihrem Bereich zueinander führen kann, als wären sie gleich.

Die neubelebte, mir heut noch wertvolle Erinnerung an jenen Sonntag machte mir schließlich doch auch die Reise nach Berlin recht dankenswert und hätte gewiß zu einem sehr interessanten Gespräch mit Bismarck Anlaß gegeben, wenn sie mir vor dem Besuch in Friedrichsruh ins Gedächtnis gerufen worden wäre; denn in der nimmer erkaltenden herzlichen Verehrung unseres alten kaiserlichen Herrn waren wir so einig

und treu, daß wenig Stunden unseres Zusammenseins ohne eine warme lebendige Erinnerung an ihn verflossen wären. —

Die nächsten Jahre brachten dem Fürsten mehr Krankheit und Schmerzen, seinen wahren Freunden umso mehr teilnahmsvollen Kummer, aber dazwischen manchesmal auch wieder Abnahme der Leiden und erneute Hoffnungen. Im Frühjahr 1898 hatte ein solcher Wechsel den Fürsten ermutigt, die von den Hamburgern zu seinem Geburtstage vorbereitete feierliche Begrüßung zwar nicht schon am 1. April, wohl aber später im Sommer empfangen zu wollen. Mein Gratulationsbrief zum 1. April 1898 nahm hierauf Bezug und lautete so:

„Seeheim bei Konstanz, den 30. März 1898.

Euer Durchlaucht sind, wie ich mit Betrübnis erfahren, jüngst von Krankheit und großen Schmerzen heimgesucht worden, — aber gottlob folgten bald wieder bessere und gute Nachrichten, und die schönste, froheste war die, daß Euer Durchlaucht den Hamburger Festzug im Sommer annehmen wollen.

Das ist ganz helle, zuversichtliche Hoffnung! und mit ihr verbindet sich der kühne Wunsch, den Hamburgern mich vielleicht anschließen oder an irgend einem anderen Tage das gleiche Glück wie jene haben zu dürfen: Euer Durchlaucht wieder zu sehen!

Inzwischen darf ich heut nur meine innigen Geburtstagsglückwünsche wiederholen und meine ange-

legentlichen Empfehlungen an die dort versammelten hochverehrten Ihrigen, die sich meiner gütig noch erinnern, hinzufügen. In unwandelbarer Treue und Dankbarkeit habe ich usw. (gez.) von Scholz."

Sein letzter Antwortsbrief vom 6. April 1898, nicht mehr eigenhändig geschrieben, wohl aber so unterschrieben, ist hierunter abgedruckt:

„Friedrichsruh, den 6. April 1898.

Geehrter Freund,

ich bitte Sie, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen für Ihre freundlichen Glückwünsche, die für mich von besonderem Werthe sind, weil meine Erinnerungen an unsere gemeinsame Thätigkeit zu den angenehmsten meines ministeriellen Lebens gehören. Es würde mir eine große Freude sein, Sie im Sommer hier zu sehen, und ich bitte Sie, versichert zu sein, daß Ihr Besuch zu jeder Ihnen convenirenden Zeit mir willkommen sein wird.

Der Ihrige

(gez.) v. Bismarck."

Am Schlusse dieser Bismarckgespräche füge ich noch einen kurzen Briefwechsel mit dem Grafen Herbert v. Bismarck, dem nachmaligen zweiten Fürsten Bismarck, hinzu, mit dem ich in dem besten kollegialischen Verhältnis gestanden habe und dem ich daher gerne auch hier ein kleines Denkmal setzen will.

Er schrieb an mich am 25. Juni 1890 wie folgt:

„Königstein, 25. 6. 1890.

Euere Excellenz haben, wie ich aus den Zeitungen ersehe, Ihre Absicht, im Laufe des Sommers den Dienst zu quittieren, schon beim Beginn dieser Jahreszeit zur Ausführung gebracht. Wenn diese Nachricht mir nach dem, was ich vor 3 Monaten von Ihnen hörte, auch nicht ganz überraschend kam, so habe ich sie doch nicht ohne Bewegung vernommen, und ich kann es mir daher nicht versagen, die Empfindungen, welche sie in mir weckt, Euerer Excellenz zum Ausdruck zu bringen. Wenn ich im ersten Teil der mehr als 10 Jahre, während welcher ich die Ehre hatte, mit Ihnen in geschäftlichen und persönlichen Beziehungen zu stehen, auch nur eine untergeordnete Stellung in der staatlichen Hierarchie einnahm, so war dieselbe doch dazu angetan, Ihnen näher zu treten, und ich werde niemals die Liebenswürdigkeit und freundliche Zuvorkommenheit vergessen, mit der Sie mir stets begegnet sind. Ich darf wohl hoffen, daß Eure Excellenz mir Ihrerseits auch ferner ein gutes Andenken bewahren werden, und es wird mir jederzeit eine ganz besondere Freude sein, Ihnen wieder zu begegnen. Vor allem wünsche ich Ihnen, daß Ihre Gesundheit in der bevorstehenden Ruhepause so gut als nur denkbar werden möge, zumal mit Bezug auf die Augen, welche Sie so sehr angestrengt hatten. Sie nehmen jedenfalls in die otia quae Deus nobis fecit das Gefühl mit, mehr und nutzbringender für das Beste des Landes gewirkt zu haben

wie die meisten anderen, welche Ministerposten inne hätten oder haben.

In unwandelbarer Verehrung bleibe ich Eurer Excellenz treuergebener (gez.) Grf. Bismarck."

Ich an ihn am 27. desselben Monats wie folgt:

„Berlin, den 27. Juni 1890.

Euer Excellenz haben mit Ihrem überaus gütigen Briefe vom 25. d. M. mir eine große Freude bereitet. Auch im Trubel der Vorbereitung eines totalen Abmarsches und Umzuges möchte ich es doch nicht um einen Tag verschieben, dafür von ganzem Herzen mich zu bedanken.

Für meinen redlichen Willen, dem Vaterlande in dieser großen erhebenden Zeit auch mit meinen geringen Kräften zu dienen, ist mir nimmer ein anderer Weg gangbar und gut erschienen als der: ganz und treu ein anspruchsloser aber hingebungsvoller Gehülfe Ihres Herrn Vaters zu sein. Ich hoffe, diesen Ehrentitel in der Arbeit eines Jahrzehnts gewonnen zu haben; ihn dereinst unversehrt mit ins Grab zu nehmen, wird meine Sorge bleiben, und in ihr werde ich mich namentlich auch mit Ihnen, verehrter Herr Graf, immer innig verbunden wissen.

Indem ich Ihre gütigen Wünsche für meine Gesundheit aus voller Seele erwidere und Ihnen für den liebenswürdigen Beweis dauernder Freundschaft und Teilnahme dankbarst die Hand drücke, bleibe ich stets in herzlicher Verehrung Euer Excellenz ergebenster

(gez.) Scholz."

Nachwort

Das zurzeit anscheinend sehr gesteigerte Interesse für neue Bismarckbücher ist wohl nicht bloß die ganz natürliche Folge unserer traurigen bismarcklosen Zeit, sondern scheint zum Teil auch durch bewußt oder unbewußt täuschende Spekulation gefördert zu werden. Denn wenn z. B. kleine aber weitverbreitete Zeitungen jetzt auf ein im Erscheinen begriffenes Bismarckbuch deshalb empfehlend aufmerksam machen, weil endlich jetzt erst durch frei gewordenes Aktenmaterial u. dgl. wirklich erkannt und festgestellt, veröffentlicht werden konnte, daß Bismarck nur deshalb entlassen worden sei, weil der Kaiser ganz selbständig, ohne die ihm lästig gewordene Hilfe Bismarcks habe regieren wollen, so liegt es doch auf der Hand, daß solche Empfehlung zurzeit nur noch auf die geschichtlich minder unterrichtete große Menge berechnet sein kann. Schon am 20. März 1910 haben z. B. die „Hamburger Nachrichten“ wie folgt berichtet:

„Der Wahrheit gemäß und gestützt auf zahlreiche Mitteilungen aus dem eigenen Munde des Fürsten Bismarck können wir bezeugen, daß es ein Irrtum ist, wenn man die Entlassung des großen Kanzlers auf bloße Meinungsverschiedenheiten, die zwischen dem Kaiser und ihm bezüglich der Arbeiterfrage, der Kabinettsorder von 1852, über den unkontrollierten Verkehr des Kanzlers mit Parteiführern Platz gegriffen hatten, zurückführt. Der wahre Grund dafür, daß der

erfahrene, bewährte, beispiellos erfolgreiche und mit einer Autorität ohnegleichen ausgerüstete große Staatsmann heute vor 20 Jahren seinen Platz räumen und ihn einem politischen Analphabeten überlassen mußte, bestand einzig in dem von Neidern und Gegnern des Fürsten Bismarck eifrigst geförderten und gesteigerten brennenden Wunsche des Monarchen, allein zu regieren. Er wollte den Gewaltigen los werden, der ihm infolge seiner welthistorischen Stellung, seiner ungeheuren Überlegenheit, seiner Unbeugsamkeit und seines starken Willens allmählich unbequem geworden war. Er wollte die erdrückende Heroengestalt auch deshalb nicht mehr an seiner Seite haben, weil, solange Fürst Bismarck im Amte blieb, alle etwaigen Erfolge der neuen kaiserlichen Politik in der öffentlichen Meinung diesem zugeschrieben worden wären. Das war für den jungen ehrgeizigen Kaiser ein unerträglicher Zustand. So wurde Fürst Bismarck gezwungen, zu gehen. Der junge Monarch wollte der Welt zeigen, was er könne, er wollte Deutschland herrlichen und großen Zeiten entgegenführen — aber ohne Bismarck. Daß der Kaiser damals an seine Fähigkeit, sein eigener Kanzler zu sein, den Fürsten Bismarck nicht nur voll zu ersetzen, sondern ihn noch in den Schatten zu stellen, wirklich geglaubt hat, ist zweifellos. Persönlich schmerzlich hat der große Kanzler nur die rücksichtslose Eile empfunden, mit der er und die Seinigen aus dem Reichskanzlerpalais vertrieben worden waren. ‚Caprivi stand mit

seinen sieben Sachen vor der Tür und begehrte derart drängend Einlaß, daß wir unseren Auszug Hals über Kopf vornehmen mußten und dabei in Unbequemlichkeiten gerieten.' Wenn es etwas gibt, das auf das Empfinden jedes guten Deutschen, der sich pietätvoll der großen Dankesschuld bewußt ist, die Kaiser und Reich dem Fürsten Bismarck gegenüber obliegt, wahrhaft empörend einwirken muß, so ist es dieser äußere Vorgang, der ganze Bände spricht. In das gleiche Kapitel gehören auch die Empfindungen, die im Jahre 1892 unser deutsches Volk durchzitterten, als dem Fürsten Bismarck selbst die Teilnahme an der Hochzeitsfeier seines Sohnes in Wien durch die bekannten Uriasbriefe verbittert wurde, die seinen Empfang beim Kaiser Franz Josef unmöglich machen sollten. Dergleichen kann nie vergeben und vergessen werden! Was damals verschuldet worden ist, rächt sich jetzt. Unausgesetzt steht Bismarcks gigantischer Schatten hinter dem Machthaber von heute, mahnend und drohend. Auf den Lippen aller deutschen Patrioten aber schwebt die Frage: wäre es nicht anders und besser mit dem Deutschen Reiche gekommen, wenn man den alten Helden ruhig, wie er gewollt, in den Sielen hätte sterben lassen? Einer der ‚Nachfolger' des großen Kanzlers äußerte uns gegenüber einmal im Privatgespräch, als es ihm darauf ankam, die ‚Hamburger Nachrichten' günstig zu stimmen, er halte die Entlassung des Fürsten Bismarck für das größte Unglück, das Preußen und Deutschland

seit der Schlacht von Jena betroffen habe. Wir glauben, daß der Mann damit Recht hatte. Deshalb muß der 20. März als ein eben so schwerer Trauertag für die ganze deutsche Nation gelten, wie der Tag von Jena und Auerstädt."

In solcher Überzeugung hat auch wohl eine große Mehrheit schon längst gelebt und ist auch dieses Buch geschrieben worden; jedoch nicht im entferntesten etwa mit der täuschenden Absicht, eine große politische Neuigkeit erst aufdecken zu wollen, sondern lediglich, um auf diesem schon ganz bekannten Boden sich bewegende Vorkommnisse interessanter Art in durchweg freundlicher und wohlwollender Beleuchtung zu veröffentlichen. Dies hätte auch früher schon unbedenklich geschehen können, weil sie Milderungen und spätere Versöhnungen so wenig verhindert haben würden wie ernstere Vorkommnisse unter Kaiser Wilhelm dem Ersten.

Dies möchte ich die geehrten Leser und Kritiker des Buches bitten, nicht zu übersehen.

Berlin 13. 2. 8[illegible]

Ich sehe, daß unseren Re-
[illegible] der Deutschen Reichs-
für [illegible] [illegible]
zur Landesvertheidigungs-Rüstungen.
Da ich nicht vorausgesehen habe
zu welchen Leistungen
sie [illegible] sind, so wollen
Sie mir noch heute Vor-
mittag die Ergänzungsliste [illegible]
[illegible] [illegible], die [illegible]
werden sollen.

Wilhelm

Leipzig 31 Aug. 1894.

Geehrter Freund & College

ich schreibe Ihnen nicht um Ihnen
meine herzlichen Theilnahme an
Ihrer Erkrankung Ausdruck zu
geben, denn Sie werden derselben
versichert sein; und die Bitte
will ich Ihnen dringend ans Herz
legen, dass Sie den Geschäften und
Ihrer Sorge um den Verlauf der-
selben nicht gestatten wollen, Ihre
sichere & volle Genesung zu beeinträch-

tigen. Nicht bloß vom Standpunkt,
der Stellungnehmenden Kommandos, son-
dern ebenso von dem der gemein-
samen dauerlichen Interessen bit-
te ich Sie im Auge zu behalten, daß
Sie im Februar oder März für die
Landtagsarbeit Ihre Kräfte schonen
müssen. Doch wird notwendig
sein, daß Sie das Reichstagsgeschäft
beschließen, dergestalt u. uns vertrau-
ensvoll überlassen, u. für die nächs-
ten Wochen alle Geschäfte als nicht
vorhanden betrachten. Ich danke u.

9 bis 10 Tagen in Berlin zu sein,
u. alles so einzurichten, daß Sie un-
behelligt bleiben. Die Reichstagsverhand-
lungen werden wohl im Oktober oder No-
vember stattfinden, u. vor denselben
beabsichtige ich nichts in Angriff zu neh-
men, was bei den Wahlen gegen
uns gemißbraucht werden könnte,
also überhaupt nichts Wichtiges; wohl
müßten die Wahlen festsetzen. Das
Reichsbudget bleibt im Wesentlichen das
alte, auch die sonstigen vorjährigen
Reichsvorlagen, mutatis mutandis,
unter Vervollständigung der Anstalt-
erfahrungen. Das alles machen wir ohne

Sie ohne Scheu ein Concept zu zer-
brechen. Sie haben also alle Zeit ge-
sund zu werden ohne etwas zu über-
stürzen. Thun Sie nur was der Arzt
verlangen Sie selbst über sich verfügt zu
Gott empfängt ohne nach dem Recht zu
fragen. Lassen Sie uns für die Erhaltung
der Hoffnung auch gemeinsam sehen
nennen Sie uns dem einzigen Fr-
vorzüglichen mit dem uns das, ein ge-
genseitigen Einverständniß, seit 22 Jahr
ein vertraut gewesen ist. Erhalten Sie
Ihren Glaubensmuth auch, Sie ungeduldig
zu machen, darum bittet Sie herzlich Ihr
Freund u. College [illegible]

Register

Anzeigen des Cotta'schen Verlages

Fürst Otto von Bismarck

Gedanken und Erinnerungen. Neue Ausgabe. Groß-Oktav. Band 1 und 2. Mit einem Bildnis und einem Faksimile — In Halbleinen gebunden M. 90.— in Ganzleinen M. 120.—, in Halbleder M. 200.—
Der dritte Band — In Halbleinen gebunden M. 35.— in Ganzleinen M. 45.—, in Halbleder M. 65.—
Volksausgabe. Band 1 und 2. Mit einem Bildnis — In Halbleinen gebunden M. 45.—

Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen
Zwei Bände — In Leinen gebunden M. 48.—

Einzelausgaben:

Kaiser Wilhelm I. und Bismarck. Mit 1 Bildnis des Kaisers und 22 Briefbeilagen in Faksimiledruck — In Leinen gebunden M. 24.—

Aus Bismarcks Briefwechsel — In Leinen gebunden M. 24.—

Wegweiser durch Bismarcks Gedanken und Erinnerungen. Hrsg. von Horst Kohl. Mit einem Porträt — In Halbleinen gebunden M. 18.—

Wilhelm I. und Bismarck in ihrem Briefwechsel
Auswahl und Erläuterungen von Eduard von der Hellen — Geheftet M. 9.—

Briefe an seine Braut und Gattin. Herausgegeben vom Fürsten Herbert Bismarck. Mit einem Titelbild der Fürstin nach Franz v. Lenbach und zehn weiteren Porträtbeilagen. 7. Auflage — In Halbleinen gebunden M. 65.—
Ergänzungsband: Erläuterungen und Register von Horst Kohl — In Halbleinen gebunden M. 20.—

Briefe an seine Gattin aus dem Kriege 1870/71
Mit einem Titelbild und einem Brieffaksimile — In Halbleinen gebunden M. 10.—

Briefe an seine Braut und Gattin. Auswahl. Mit einem erläuternden Anhange hrsg. von Eduard von der Hellen. Mit 3 Bildnissen — In Halbleinen gebunden M. 28.—

Druck der
Union Deutsche Verlagsgesellschaft
in Stuttgart

DATE DUE

GAYLORD			PRINTED IN U S A